

aus
politik
und
zeit
geschichte

beilage
zur
wochen
zeitung
das parlament

Jochanan Hans Roman
Neue Entwicklungen in
Israels Parteienlandschaft

Amnon Neustadt
Israelische Nahostpolitik
nach den Wahlen 1984

Michael Wolffsohn
Deutsch-israelische
Beziehungen im Spiegel
der öffentlichen Meinung

Christiane Busch-Lüty
Der israelische Kibbutz heute

ISSN 0479-611 X

B 46-47/84
17. November 1984

Hans (später Jochanan) Roman, Dr. jur., geb. 1907 in Schlesien; Studium der Rechts- und Staatswissenschaften an den Universitäten Breslau und Heidelberg. Im März 1933 Auswanderung nach Palästina. Dort zunächst Mitglied eines Kibbuz, später in vielen Zweigen des Wirtschaftslebens, aber auch im öffentlichen Dienst in leitender Stellung tätig. In den fünfziger Jahren Sonderbeauftragter des Ministeriums für Handel und Industrie in den Entwicklungsländern Afrikas und Asiens. 1977 Veröffentlichung einer Abhandlung über die völkerrechtliche Bedeutung des Sinai-Abkommens vom September 1975; neueste Veröffentlichung: Israel. Reiseführer und Landeskunde, Frankfurt/M. 1984.

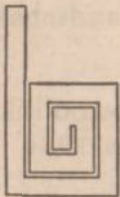
Amnon Neustadt, geb. 1950 in Kfar-Saba/Israel; nach sechsjährigem Militärdienst Studium der politischen Wissenschaft an der Universität Bonn; als Stipendiat der Friedrich-Ebert-Stiftung 1982 Promotion zum Thema: Die deutsch-israelischen Beziehungen im Schatten der EG-Nahostpolitik; seit 1983 Lehrtätigkeit an der Universität Tel-Aviv im Rahmen der Phil. Fakultät im Institut für Staatswissenschaft.

Michael Wolffsohn, Dr. phil., geb. 1947; Professor für Neuere Geschichte (insbesondere Internationale Beziehungen) an der Hochschule der Bundeswehr München.

Veröffentlichungen u. a.: Politik in Israel, Opladen 1983; Grundwissen Israel, Opladen 1984; Politik als Investitionsmotor? Deutsche ‚Multis‘ in Lateinamerika, Frankfurt/Main 1984; West Germany's Foreign Policy in the Era of Brandt and Schmidt 1969—1982, London 1985; German-Saudi-Arabian Arms Deals Past and Present: 1936—1939 and 1981—1984, Frankfurt/Main 1985.

Christiane Busch-Lüty, Dr. rer. pol., geb. 1931; Studium der Wirtschaftswissenschaften und Social Sciences in München, Nottingham, Bonn und Freiburg/BrsG.; Professorin für Wirtschafts- und Sozialpolitik im Fachbereich Sozialwissenschaften der Hochschule der Bundeswehr München; 1967—71 Mitglied der Redaktion der WIRTSCHAFTSWOCHE/DER VOLKSWIRT, Frankfurt.

Veröffentlichungen zur Lohn- und Einkommenspolitik, Wissenschafts- und Bildungspolitik, Umweltpolitik, Systemvergleich.



Herausgegeben von der Bundeszentrale für politische Bildung,
Berliner Freiheit 7, 5300 Bonn 1.

Redaktion: Paul Lang, Dr. Gerd Renken, Karl-Heinz Resch,
Rüdiger Thomas (verantwortlich), Dr. Klaus W. Wippermann.

Die Vertriebsabteilung der Wochenzeitung DAS PARLAMENT, Fleischstraße 62—65, 5500 Trier, Tel. 06 51/460 40, nimmt entgegen

- Nachforderungen der Beilage „Aus Politik und Zeitgeschichte“;
- Abonnementsbestellungen der Wochenzeitung DAS PARLAMENT einschließlich Beilage zum Preis von DM 14,40 vierteljährlich einschließlich Mehrwertsteuer; bei dreiwöchiger Kündigungsfrist zum Quartalsende;
- Bestellungen von Sammelmappen für die Beilage zum Preis von DM 6,50 zuzüglich Verpackungskosten, Portokosten und Mehrwertsteuer.

Die Veröffentlichungen in der Beilage „Aus Politik und Zeitgeschichte“ stellen keine Meinungsäußerung des Herausgebers dar; sie dienen lediglich der Unterrichtung und Urteilsbildung.

Neue Entwicklungen in Israels Parteienlandschaft

I. Resümee der 9. Knesset-Periode (1977—1981)

Die Parlamentswahlen vom November 1977, die die jahrzehntelange Vorherrschaft der Arbeiterpartei beendeten und der oppositionellen Likud-Bewegung zum Sieg verhalfen, sind zweifellos Markstein und Beginn der Gegenwartsgeschichte der israelischen Parteienlandschaft. Eine Analyse der Wahlergebnisse hat gezeigt, daß dem Umschwung eine gewisse Verdrossenheit der Wählerschaft mit der im Laufe ihrer langen Herrschaft entstandenen Verknöcherung der Arbeiterpartei, ihrer Vetternwirtschaft und den Anzeichen von Korruption zugrunde lag. Diese Verdrossenheit kam auch in der Gründung einer Protestpartei („Dash“), die im Wahlkampf nicht weniger als 15 Mandate erringen konnte, zum Ausdruck. Andererseits erzielte der Heruth mit seinem im Likud verankerten Bündnis mit dem Bürgertum und seiner weitgehenden Annäherung an die religiösen Parteien eine schier unangreifbare Majorität, die dann noch dadurch verstärkt wurde, daß Teile der erwähnten Protestpartei sich — in offensichtlichem Widerspruch zu dem ausgesprochenen Willen ihrer Wählerschaft — der Regierungskoalition anschlossen.

Die Knessetperiode 1977 bis 1981 stand im Zeichen der Begin-Sadat-Friedensinitiative und des Camp-David-Abkommens, das auch von dem größten Teil der Opposition gebilligt und ratifiziert wurde; gleichzeitig begann in dieser Zeit eine intensive Besiedlung der Westbank und des Gaza-Bezirks, die von der Arbeiterpartei bekämpft wurde, wenn die Siedlungen außerhalb der Grenzen des von ihr programmierten „Allon-Plans“ lagen.

Innerhalb der Regierungskoalition machten sich die ersten Risse bemerkbar, als „Super-Falken“ der Heruthfraktion im Protest gegen die Konzessionen des Camp-David-Abkommens eine neue Partei, die „Tchiah“ gründeten; diese wollte mit Hilfe der Gush-Emunim-Bewegung (des Blocks der Getreuen) die Räumung der jüdischen Sinai-Kolonien sogar mit Gewalt verhindern. Es war aber weniger der außenpolitische Schaden als vielmehr die Wirtschaftspolitik des Likud, die die Regierung in eine ernste Gefahr brachte. Die ungebremste freie Marktwirtschaft, speziell die Liberalisierung der Devisenkontrollen, hatte die Inflationsrate zu ungeahnten Höhen anschwellen lassen. Die daraufhin versuchte Drosselung der Inflationsspirale durch rigorose Sparmaßnahmen verärgerte die Bevölkerung dann jedoch so sehr, daß mit Beginn des Jahres 1981 alle Meinungsumfragen eine drastische Niederlage des Likud voraussagten.

Aber eine erneute Richtungsänderung der Wirtschaftspolitik, die die vorausgegangene Sparpolitik eher ins Gegenteil verkehrte, erreichte auch bei der Wählerschaft ein Umdenken. Im Wahlkampf des Herbstes 1981, der mit einer niemals vorher erlebten Verbissenheit geführt wurde, spielte die persönliche Ausstrahlung Menachem Begins auf die nichtaschkenasische, speziell auf die Wählerschaft marokkanischer Herkunft eine entscheidende Rolle. Von da an trat der „ethnische“ Faktor in der israelischen Politik in den Vordergrund aller Erwägungen. Von ihm wird im Verlauf dieser Abhandlung noch die Rede sein.

II. Das Parteienspektrum nach den Wahlen von 1981

Die Wahlen von 1981 sahen ein Wiedererstarken des Maarach, des Bündnisses der Arbeiterparteien: Mit jetzt 48 Mandaten gegenüber seinem vorherigen Tiefstand von 32 Mandaten, wurde er so stark wie der Likud; aber dem Bündnis des Likud mit den religiösen Parteien konnte der Maarach auch diesmal keine Koalition mit einem gleichstarken Partner entgegensetzen. Daher wurde der Li-

kud wiederum mit der Regierungsbildung betraut. Im größeren Rahmen gesehen, konnte das „rechte“ Lager einen Zuwachs von acht Mandaten verzeichnen, das „linke“ Lager wuchs um zwölf Mandate, das religiöse Lager erlitt einen Verlust von vier Mandaten, während Parteien, die man vielleicht als parlamentarische Mitte bezeichnen könnte, völlig aus dem Parteienspektrum verschwanden,

denn der „Shinui“ (zwei Mandate), ursprünglich Mitgründer der Dash-Partei, war, wie seine weitere Entwicklung zeigen wird, bereits zu dieser Zeit dem linken Lager zuzuordnen.

Im religiösen Lager war der Abstieg der national-religiösen Partei „Mawdal“ von zwölf auf sechs Mandate bemerkenswert. In den Jahren nach der Staatsgründung war der Mawdal mit 16 Mandaten der alleinige Bannerträger der religiösen Wählerschaft, später verlor er einige Mandate an die nicht-zionistische, extrem religiöse „Agudat Israel“. Aber als aus ihren Reihen in den siebziger Jahren die Gush-Emunim-Bewegung entstand, die sich die Besiedlung der Westbank zum Ziel gesetzt hatte, geriet die Partei in ein unausweichliches Dilemma; dies bestand in der Unvereinbarkeit einer traditionellen, auf die Tolerierung der säkularen Bevölkerungsgruppen eingestellten Religiosität und einem der Wiedergewinnung des „gottverheißenen Heiligen Landes“ verhafteten Fanatismus. So kam es zu einer Abwanderung großer Wählermassen, vornehmlich aus der jungen Generation, die zum Likud und später zur Tchiah übergingen, die in dieser Gründungsphase aus weltlichen Elementen des Likud und dem religiös inspirierten Gush Emunim zusammengesetzt war. Eine weitere Schwächung des Mawdal bedeutete der Austritt des Religionsministers Abu Chazera aus der Partei. Er gründete eine

eigene, auf seiner marokkanischen Anhängerschaft aufgebaute Partei. Die „Tami“ konnte drei Mandate erringen, größtenteils auf Kosten des Mawdal. Die Tami schloß sich nach den Wahlen der Regierungskoalition an¹⁾.

Auch in der Führungsspitze des Likud hatten weitgehende Änderungen stattgefunden. Im Oktober 1979 war Außenminister Moshe Dajan, im Mai 1980 Verteidigungsminister Ezer Weizman zurückgetreten. Beide Politiker hatten entscheidend an den Camp-David-Verhandlungen teilgenommen; ohne den nie versiegenden Einfallsreichtum Dajans und ohne die persönliche Ausstrahlung des lebenswürdigen Ezer Weizmans, der das Vertrauen von Sadat gewinnen konnte, wäre der Friedensvertrag mit Ägypten wohl kaum zustande gekommen. Aber mit der erneuten Verhärtung der Beginnschen Politik in der Frage der besetzten Gebiete waren sie nicht einverstanden. Weizman begab sich in die „politische Wüste“, aus der er erst 1984 wieder auftauchen sollte. Dajan gründete die Telem-Partei, die trotz der immensen Popularität Dajans nur zwei Sitze erobern konnte. Dajan war zur Zeit der Wahl bereits unheilbar krank; er starb im Oktober 1981. Damit war der Weg frei für Ariel Sharon, der vom Landwirtschaftsminister zum Verteidigungsminister avancierte und von nun an eine maßgebende Rolle in der Wehrpolitik des Staates spielen konnte.

III. Politische Positionen der Parteien

1. Außenpolitik:

Westbank und Libanonkrieg

In einem Staat, der von einem Ring übermächtiger Feinde umgeben ist, die diesen Staat und seine Bewohner vernichten wollen, genießt die äußerste Verteidigungsbereitschaft und die geschlossene und entschlossene Abwehr akuter Kriegsgefahren unbedingte Priorität über jedweden ideologischen Dissens hinsichtlich der Gestaltung der politischen Auseinandersetzung mit der feindlichen Umwelt. Erst wenn der Würgegriff des feindlichen Rings sich lockert, die militärische Überlegenheit der Feindbündnisse in Frage gestellt ist und Anzeichen dafür bestehen, daß auch die politische Einheitsfront des Feindes rissig geworden ist, kann eine ideologisch unterbaute Außenpolitik zum Zuge kommen.

Für Israel konnte es in den ersten 20 Jahren seiner Existenz nur militärische Überlegungen geben; der Feind diktierte das Gesetz sei-

nes Handelns. Erst der Ausgang des Sechstage-Krieges von 1967, der den Sicherheitsgürtel Israels in ungeahntem Ausmaß erweiterte, und die militärische Schlagkraft Israels — um nicht zu sagen: seine militärische Überlegenheit — unter Beweis gestellt hatte, ließ eine Verständigung mit der arabischen Welt in den Bereich des Möglichen rücken.

Der Heruth, die dominante Fraktion des Likud, hatte bis 1965 an der Doktrin der vor-

¹⁾ Abu Chazera, der als Erstgeborener des ehemaligen Großrabbiners von Marokko eine große Gefolgschaft unter den marokkanischen Juden genoß, war wegen Veruntreuung von Geldern eines von ihm verwalteten Fonds zu einer, allerdings nur in einer Art Hausarrest zu verbüßenden, Gefängnisstrafe verurteilt worden. Abu Chazeras Anhänger konnten jedoch in einer gelegentlichen Verwendung von Fondsgeldern für Abu Chazeras Privathaushalt keine Anstößigkeit sehen; sie betrachteten die Anklage als aschkenasische Intrige, an der auch die Führungsspitze des Mawdal beteiligt gewesen sei.

staatlichen „Revisionistischen“ Partei festgehalten, die ein „Israel auf beiden Seiten des Jordans“ forderte. Erst die Vereinigung des Heruth mit den Liberalen im Gachal-Block, dem Vorgänger des Likud, reduzierte die Forderung auf das Gebiet zwischen Jordan und Mittelmeer als dem eigentlichen „integralen Bestandteil der historischen Heimat des jüdischen Volkes“. Konsequenterweise konnte nach dem Sechs-Tage-Krieg eine auch nur teilweise Rückgabe dieses Landes nicht Gegenstand von Verhandlungen werden, selbst nicht für den — unwahrscheinlichen — Fall, daß die arabische Welt als Gegenleistung die Anerkennung Israels und einen völkerrechtlich verankerten Friedensvertrag anbieten würde. Auch das unerwartete Erscheinen Begin im Gewand eines Friedensapostels konnte nur vorübergehend den Eindruck erwecken, er wäre auch hinsichtlich der Westbank konzessionsbereit. Im weiteren Verlauf der Verhandlungen wurde es jedem intelligenten Beobachter klar, daß Begin durch die Rückgabe des Sinai nur das Ausscheiden Ägyptens aus der militärischen Feindfront erreichen und sich damit gleichzeitig seinen Besitzstand in Judäa und Samaria sichern wollte.

Die vor den Wahlen 1981 konstituierte Tchiah war aus dem Trauma der Aufgabe der Sinai-Siedlungen entstanden. Die um diese Partei gescharten „Super-Falken“ befürchteten, daß Begin auch in der Westbank „schwach“ werden und vielleicht einem Einfrieren der Siedlungstätigkeit zustimmen könnte, und sei es nur als taktische Konzession gegenüber einem überwältigenden Druck der Vereinigten Staaten. An der Gründung der Tchiah war auch der Gush Emunim beteiligt; dies gab der Partei anfangs auch eine religiöse Note. 1984 ging der Gush Emunim aber auf die neugegründete „Morascha“ über, und damit wurde die Tchiah eine rein weltliche Partei, während die Morascha alle nationalistisch-religiösen Elemente in sich vereinigte.

Als gemeinsamer Nenner in der Außenpolitik des aus Arbeiterparteien verschiedener Richtungen (Mapai, Achduth Avoda, Rafi, Mapam) zusammengeschweißten Maarach kann die territoriale Kompromißbereitschaft genannt werden. Aber welches Ausmaß die territorialen Verzichte annehmen dürften (die „Allon-Teilungslinien“ als Verzichtsmaximum oder nur als Ausgangspunkt von Verhandlungen), ob man den Palästinensern das Selbstbestimmungsrecht, also das Recht auf einen eigenen Staat konzidieren dürfe, ob man nur mit König Hussein oder auch mit einem Vertreter

der Palästinenser bzw. gar mit der PLO verhandeln könne — in allen diesen Fragen gehen die Ansichten des Maarachs weit auseinander. Insbesondere der „rechte“ Flügel des Maarachs betont nachdrücklich das Recht jedes Juden, sich in jedem Teil des historischen Israel niederlassen zu dürfen; nur aus realpolitischen Erwägungen könne man bereit sein, auf die Ausübung dieses Rechtes in den von Arabern dicht bevölkerten Gebieten zu verzichten. Diese Position ist nicht allzuweit von den Anschauungen der zum Likud gehörenden Liberalen entfernt. Auch diese mögen, wenn es hart auf hart geht, zu recht vorsichtigen Konzessionen bereit sein.

Aus der Erkenntnis, daß eine derart beschränkte Konzessionsbereitschaft Israels zu keinem Fortschritt des Friedensprozesses führen könne, haben *Raz* (die Bürgerrechtspartei), *Shinui*, *Mapam* und die neue Partei der *Progressiven* Positionen links vom Maarach bezogen.

Jenseits aller realpolitischen Einschätzungen sind sie von einem Gefühl moralischen Unbehagens erfüllt, das ihnen die nach dem Sechs-Tage-Krieg entstandene Situation verursacht. Die zionistische Bewegung hatte immer gehofft, zu einem friedlichen Zusammenleben mit der arabischen Bevölkerung gelangen zu können, denn der Aufbau des verödeten Landes war ja auch dieser zugute gekommen. Daß der Krieg zur Herrschaft Israels über eine Million Araber geführt hat, ist aus der Sicht der „Friedensfront“ ein unerträglicher Zustand, für dessen Beseitigung nur das Gebot der Selbsterhaltung — die Sicherheit des Fortbestandes des Staates innerhalb „verteidigungsfähiger“ Grenzen — die alleinige Richtschnur sein dürfe.

Man mag die Invasion im Libanon als die wohl bisher einzige kriegerische Aktion Israels charakterisieren, die sich nicht auf einem Konsens des Jischuws — der jüdischen Bevölkerung Israels — stützen konnte. Die PLO hatte sich, seit sie 1980 aus Jordanien vertrieben wurde, im Libanon als ein Staat im Staate etabliert; sie hielt von dort Nord-Galiläa und insbesondere die große Siedlungsstadt Kirjat Schmona unter fortgesetztem Raketenbeschuß. Es war klar, daß Israel diesen Zustand auf die Dauer nicht hinnehmen konnte. Dem US-amerikanischen Diplomaten libanesischer Abstammung Philip Habib war es aber im Herbst 1981 immerhin gelungen, die PLO zur Einstellung der Beschießungen zu bewegen. Als jedoch am 6. Juni 1982 in London ein Attentat auf den israelischen Botschafter verübt wurde, folgten die Ereignisse Schlag auf Schlag: ein Luftangriff auf PLO-

Stützpunkte im Libanon, darauf erneuter Raketenbeschuß Galiläas, schließlich — am 8. Juni — Einmarsch der israelischen Truppen in den Libanon. Ministerpräsident Begin verkündete, daß die Aktion die Herstellung einer Sicherheitszone von 40 Kilometern bezwecke (der maximalen Reichweite der PLO-Raketen). Der Notwendigkeit einer solchen Aktion konnten sich auch die Führer des Maarach nicht verschließen, und sie gaben ihre, wenn auch nur zögernde Zustimmung. Es stellte sich jedoch bald heraus, daß Verteidigungsminister Sharon — mit oder ohne das vorausgegangene oder nur nachträglich eingeholte Einverständnis Begins — viel weitergehende Pläne hatte. Er ließ die Armee bis nach Beirut vorstoßen und riskierte auch Zusammenstöße mit den im Süd-Osten des Libanon postierten syrischen Militäreinheiten.

Mit dem von Sharon eindeutig erklärten Kriegsziel der „endgültigen politischen und physischen Vernichtung der PLO“ konnten sich die Oppositionsparteien nicht einverstanden erklären, und zwar sowohl wegen der bis dahin entstandenen Verluste (500 Tote), als auch wegen der zu erwartenden Verluste unter der Zivilbevölkerung, hinter der sich die Terroristen verschanzt hatten. Es kam zu Protestversammlungen der Bewegung Shalom Achschaw (Frieden jetzt), zur Abdankung eines kommandierenden Generals, ja sogar zu vereinzelt Fällen von Kriegsdienstverweigerung. Einem nun offensichtlich werdenden Plan Sharons, zusammen mit dem christlichen Falangistenführer Bashir Jemayel eine neue, von Israel abhängige Ordnung im Libanon zu schaffen, war zunächst Erfolg beschieden: Bashir Jemayel wurde am 23. August 1982 zum Präsidenten von Libanon gewählt. Drei Wochen später wurde er Opfer eines Attentates. Die Wahl seines Bruders Amin, der syrischen Einflüssen unterlegen war, machte Sharons Pläne zunichte. Von nun an gewann Syrien eine die libanesische Politik völlig beherrschende Position.

Am 18. September 1982 überfielen christliche Falangisten die palästinensischen Flüchtlingslager Zabra und Shatila. Israel wurde beschuldigt, das Massaker nicht verhindert zu haben. Die in der Nähe befindlichen israelischen Militäreinheiten wären in der Lage gewesen, einzugreifen, wenn sie einen entsprechenden Befehl erhalten hätten. In Israel verlangten die Oppositionsparteien die Einberufung einer Untersuchungskommission, und als Begin sich nicht dazu entschließen konnte, organisierten sie eine Hunderttausende zählende Massendemonstration, die die Einsetzung einer solchen Kommission erzwang. Die

Kommission stellte fest, daß Sharon und der Generalstabschef Rafael Eitan es unterlassen hätten, das Massaker zu verhindern, und empfahl, Sharon seines Postens als Verteidigungsminister zu entheben. Begin folgte dieser Empfehlung, behielt aber Sharon im Kabinett als Minister ohne Geschäftsbereich.

Professor Arens, Sharons Nachfolger im Sicherheitsministerium, sah sich im Dezember 1983 gezwungen, die Armee auf eine neue Linie entlang des Auwaliflusses zurückzunehmen. Aber auch diese Position ist angesichts der zunehmenden Feindseligkeit der Bevölkerung und beinahe täglichen Sprengstoffattentaten auf die Besatzungstruppen inzwischen unhaltbar geworden. Auch die Führung des Likud ist zu der Einsicht gekommen, daß an eine länger dauernde Besetzung der Auwali-Linie nicht gedacht werden kann, jedoch ein Rückzug bis zur israelischen Grenze eine erneute Raketenbeschießung Galiläas zur Folge haben könnte — ein nicht auszudenkender Prestigeverlust für den Likud. Worin aber liegen die Alternativen: in der Stärkung der südlibanesischen Formationen des verstorbenen Majors Haddad, im Einsatz von Grenzschutztruppen der Vereinten Nationen oder in einer diplomatischen Verständigung mit Syrien? Mit diesen schwerwiegenden Problemen wird sich der neue Verteidigungsminister des Maarach, Jizhak Rabin, zu befassen haben.

2. Sozialpolitik

Die Bezeichnungen „rechts“ und „links“ bedeuten im israelischen Sprachgebrauch fast ausschließlich das, was im allgemeinen unter „Falken“ und „Tauben“ verstanden wird. Vielfach stehen außenpolitisch „linke“ Parteien auch links im sozialpolitischen Spektrum, was aber keineswegs die Regel ist. Herut, die Mehrheitsfraktion des Likud, rekrutiert die Masse ihrer Wähler aus den orientalischen Armutsvierteln der großen Städte und den hart um ihre wirtschaftliche Existenz kämpfenden Einwohnern der „Entwicklungsstädte“; er ist daher sozialpolitisch nicht weniger links als der Maarach, dessen Mehrheitsfraktion, die ehemalige Mapai Ben Gurions, sich heute nicht nur auf die soliden Kader der Facharbeiterschaft und der mittleren Beamtenschaft stützen kann, sondern auch weitgehend auf die wohl situierte Bürgerschaft von Nord-Tel-Aviv und Haifa-Carmel. Die am linken Flügel des Parteienspektrums angesiedelte „Kommunistische Partei“, die offiziell als „Demokratische Front für Frieden und Gleichbe-

rechtigung" firmiert, ist ein von der Sowjetunion ferngelenktes Auffangbecken für israelische Araber aus allen sozialen Schichten; sie ist keineswegs auf ideologische Positionen des Marxismus festgelegt, für die Muslime ohnehin wenig empfänglich sind. Auch die Sheli-Partei der 9. Knesset, die jetzt im neuen Gewand als „Progressive Partei für Frieden“ auftaucht, ist — als Vorkämpfer für eine israelisch-arabische Verständigung — extrem links im außenpolitischen Sinne, ohne sich sozialpolitisch zu artikulieren.

In den Anfängen der zionistischen Besiedlung lagen die Dinge freilich anders. Die dem zaristischen Regime entflohenen russischen Studenten, die um die Jahrhundertwende ins Land kamen, waren unzweifelhaft Jünger marxistisch-sozialistischer Ideologien. In reiner Form konnten sie ihre Ideen in den „Kibbutzim“ verwirklichen, die sie auf ihnen überlassenen Sümpfen und Steinwüsten errichteten; diese stellten den vielleicht radikalsten Versuch der Bildung einer „klassenlosen Gesellschaft“ dar und waren zudem auf ökonomischem Gebiet durchaus erfolgreich.

Aber die ideologische Starre der Gründergeneration hat sich in der Mehrzahl der Kibbutzim weitgehend gelockert. Von den drei ursprünglich separaten Kibbutzbewegungen haben sich zwei vereinigt; sie bilden heute eine einflußreiche Gruppe innerhalb des Maarach. Die dritte Kibbutzbewegung Hashomer Hazair ist den sozialistischen Ideen treu geblieben. Im Parteienspektrum gehört sie der Mapam an, der Linksfraktion des Maarachs, die jetzt — anlässlich der Formierung der Nationalen Einheitsregierung — aus dem Maarach ausgetreten ist.

Der Arbeitgebersektor bildet parteipolitisch keine einheitliche Front, weil ein erheblicher Teil der industriellen und anderen Großbetriebe staatseigen ist bzw. der Chewrat Ovdim (Gesellschaft der Arbeitenden) gehört. Es handelt sich dabei um eine Gründung der Histadrut, der Spitzenorganisation der Gewerkschaften. Soweit jedoch von einer Interessenvertretung des Privatkapitals gesprochen werden kann, ist sie bei den Liberalen, der Juniorfraktion des Likud, zu finden. Von sozioökonomischen Aspekten aus gesehen befinden sich Herut und Liberale an entgegengesetzten Polen der Skala — heute, da die Wirtschaftsprobleme Israels im Mittelpunkt der Politik stehen, hat es bereits ernste Auseinandersetzungen der beiden Fraktionen gegeben, die vielleicht sogar die Fortdauer des Likud in Frage stellen können.

3. Kulturpolitik — Säkularer Staat oder Theokratie?

Im Oktober 1947 schrieb David Ben-Gurion an Rabbi Maimon, dem Führer der Agudat-Israel-Bewegung: „Wir haben nicht die Absicht, einen theokratischen Staat zu errichten. Wir werden keinen Religionszwang auf die Bürger unseres Staates zulassen, der auch Nicht-Juden haben wird. Aber der Schabbat wird unser offizieller Ruhetag sein, die religiösen Speisegesetze werden in offiziellen und aus Staatsmitteln unterhaltenen Institutionen beobachtet werden. Angelegenheiten des personalen Status der Bürger werden religiösen Gerichten übertragen und für Kinder aus religiösen Familien wird ein selbständiges Schulsystem errichtet werden.“

Das ist der berühmte Brief des „Status quo“, so genannt, weil diese Regeln schon in der vorstaatlichen Struktur des „Jischuw“ galten, nur daß ihnen staatliche Gesetzesgewalt fehlte. Ben-Gurions Schreiben war an die super-orthodoxe Agudat Israel adressiert, aber es war die Nationale Religionspartei (Mawdal), die in den nächsten 30 Jahren der Koalitionspartner der Arbeiterregierungen wurde, während die Agudat Israel nur in der 1. Knesset einen Minister stellte.

Im ersten Jahrzehnt des Staates funktionierte das Status-quo-Prinzip beinahe reibungslos. Die Auseinandersetzungen zwischen den Arbeiterparteien und dem Mawdal beschränkten sich auf die Frage, wieweit die Schabbatruhe und die Beachtung der Speisegesetze auch auf die im strikten Sinne nicht öffentlichen oder staatlich beeinflussten Bereiche auszudehnen sei, zum Beispiel auf den Autoverkehr²⁾, auf Industriebetriebe, die Regierungsaufträge erhielten, auf Hotels, die vom Staat unterstützt wurden. Als weit einschneidender erwies sich die Zuständigkeit der Rabbinatsgerichte bei Personalrechtsfragen. In Anwendung traditionell religiösen Rechts erkannten sie nur eine Person, die von einer jüdischen Mutter geboren oder zum Judentum übergetreten war, als Juden an und verweigerten Eheschließungen oder Ehescheidungen, wenn nicht Mann und Frau in diesem Sinn nachweisbar Juden waren. „Wer ist Jude?“ Diese Frage entbrannte in voller Heftigkeit, als die religiösen Parteien einen Über-

²⁾ Weit später, im Jahre 1976, stürzte die Mawdal die Regierung Rabins, weil die langerwarteten amerikanischen Düsenflugzeuge nach Schabbat-Beginn eingeflogen und auf dem Flugplatz mit einer Staatszeremonie empfangen wurden. Als Partner der Likudregierung setzten die Religiösen durch, daß ELAL am Samstag weder starten noch landen dürfe.

tritt zum Judentum nur anerkennen wollten, wenn die Konversion in strikter Befolgung „halachischer“³⁾ Vorschriften erfolgt war; das hieß in der Praxis, daß nur Konversionen anerkannt wurden, die von orthodoxen und nicht von konservativen oder Reform-Rabbinern durchgeführt worden waren. Immer wieder aufflammender Streitpunkt war die Zulässigkeit von Abtreibungen. Nachdem die Arbeiterregierung durchgesetzt hatte, daß Abtreibungen auch im Falle wirtschaftlichen Notstands zugelassen werden könnten, erzwangen die religiösen Parteien später die Streichung dieser Bestimmung. Das halachische Gebot, den Körper des Verstorbenen unversehrt zu lassen und die Totenruhe nicht zu stören, damit der Hingeschiedene bei Ankunft des Messias an der Auferstehung teilnehmen könne, führte zu immer rigoroser werdenden Einschränkungen medizinischer Obduktionen. Später, nunmehr bereits von lautstarken Massendemonstrationen der Agudat Israel unterstützt, wurde die Forderung erhoben, daß archäologische Ausgrabungen nur mit Genehmigung des Religionsministeriums vorgenommen werden dürften.

Da Menachem Begin dem religiösen Lager nahestand, konnten die religiösen Parteien unter dem Likudregime mehr erreichen als je zuvor. Die Liberalen distanzieren sich nur von den extremsten religiösen Forderungen in der Form einer von Begin zugebilligten Stimmenthaltung. Auch der Maarach ließ sich weitgehend von koalitionspolitischen Rücksichten leiten. Die im Maarach „eingebaute“ links-sozialistische Mapam-Fraktion fügte sich immer wieder der Parteidisziplin; nur ein einziges Mitglied des Maarach, Shulamit Aloni, verließ den Maarach und gründete die antiklerikale Bürgerrechtspartei „Raz“. Ebenso schrieb der Shinui den Widerstand gegen religiösen Zwang auf seine Fahne.

Der führende Streiter im „innerjüdischen“ Kulturkampf ist jetzt die Agudat Israel. Sie ist antizionistisch, weil nur der Messias befugt gewesen wäre, den jüdischen Staat wieder aufzurichten⁴⁾. Aber die Realpolitiker der

Agudat Israel haben erkannt, daß sie den Staat, in dessen Mitte sie leben, brauchen; ihre heutige Doktrin ist daher, daß sie zwar den Staat, nicht aber die Gesetze des Staates anerkennen, soweit sie mit den in der Halacha fixierten religiösen Gesetzen nicht übereinstimmen. Daher übernimmt die Agudat Israel auch keine Ministerposten, aber zur Wahrung ihrer finanziellen Interessen schickt der „Rat der Großen der Thora“ seine Sendboten in alle Gremien, die über die Verteilung von Staatsgeldern zu befinden haben (die Knesset-Kommission für Finanzen, die Bank of Israel, etc.). Die Zuwendungen, die die religiösen Parteien, vor allem die Agudat Israel, aus der Staatskasse erhalten, sind enorm, ohne daß der Staat von ihren Parteigängern die Gegenleistungen erhält, die von allen anderen Teilen des Jischuws als selbstverständlich angesehen werden. Die Mehrzahl aller Männer der Agudat Israel widmet sich dem Studium der heiligen Schriften in „Jeschivoth“ (Talmud Thora Schulen), von denen es ungefähr 300 gibt. Sie sind vom Militärdienst befreit, erhalten aber trotzdem vom Wohlfahrtsministerium die außerordentlich hohen Unterstützungen für Väter kinderreicher Familien und zusätzlich aus dem Etat des Religionsministeriums hohe Zuwendungen.

4. Der ethnische Faktor

Seit marokkanische Juden im Jahre 1977 dem Likud zum Wahlsieg verhalfen, erhielt der ethnische Faktor für alle parteipolitischen Überlegungen wachsende Bedeutung. Dies kam erstmalig zum Ausdruck, als Abu Chazera die sich auf Wähler marokkanischer oder jedenfalls nordafrikanischer Herkunft stützende Tami-Partei gründete; diesem Ereignis folgte die noch zu berichtende Abspaltung sephardischer Juden aus der aschkenasischen Agudat Israel.

Zur genaueren Präzision der oft falschverstandenen Begriffe wie „Sepharden“ oder „Orientalen“ kann auf Regierungsstatistiken verwiesen werden, die zwischen Einwohnern europäischer Herkunft (Aschkenasen) einerseits und den aus Afrika oder aus Asien eingewanderten Nicht-Aschkenasen unterscheiden. Die afrikanische Gruppe ist der im Sprachgebrauch „Marokkaner“ genannte Teil des Jischuw, der in den letzten 500 Jahren in Nordafrika gewohnt hat und von dort nach Israel eingewandert ist. Er gehörte ursprünglich zu den im ersten und zweiten Jahrhundert in die römische Sklaverei verkauften Bewohnern Judäas. Im dritten Jahrhundert befanden sie sich zum größten Teil in Gallien und am Rhein. Diejenigen, die sich von dort

³⁾ Unter Halacha versteht man die im späten Mittelalter verfaßten Kommentare der Bibel, den „Talmud“, der sich mit jeder erdenklichen juristischen Zweifelsfrage beschäftigt und unzählige Gebote und Verbote dekretiert.

⁴⁾ Die extremsten Sekten des orthodoxen Lagers nehmen an Knessetwahlen nicht teil, und Zehntausende aus Amerika eingewanderte Orthodoxe haben die israelische Staatsangehörigkeit nicht angenommen. Den Agudat-Israel-Gemeinden gehören deshalb wesentlich mehr Wahlberechtigte an, als die 80 000 Stimmen, die für die Partei 1981 abgegeben wurden, erkennen lassen, und auch mehr, als aus dem Stimmenzuwachs der Wahlen von 1984 zu errechnen ist.

nach Osten, also nach Deutschland (hebräisch: „Aschkenas“) wandten, hießen fortan Aschkenasim, diejenigen, die nach Spanien zogen, nannte man „Sephardim“ — Spanier. Dort lebten sie während der arabischen Ära Spaniens im besten Einvernehmen mit der muslimischen Bevölkerung, aber nach der christlichen Wiedereroberung des Landes wurden sie vor die Wahl gestellt, die Taufe anzunehmen oder auszuwandern. Der größere und wohl auch ärmste Teil der Auswanderer fand in den arabischen Emiraten der afrikanischen Nordküste Asyl. Sie litten dort in den nachfolgenden Jahrhunderten unter religiöser Verfolgung und wirtschaftlicher Bedrängnis. Als Israel selbständig wurde, wurden sie als Staatsfeinde behandelt und schließlich des Landes verwiesen. Fast alle, viele Hunderttausende, emigrierten nach Israel⁵⁾.

Die aus Asien eingewanderten Juden, die eigentlichen „Orientalen“, entstammen einem viel früheren Exil. Sie waren von Assyryern im achten vorchristlichen Jahrhundert und von Babyloniern 200 Jahre später nach Asien in die Sklaverei geführt worden. Bereits vor der Staatsgründung kam die erste Gruppe von Jemeniten, nur wenig später folgten die irakischen Juden nach Israel, dann zahlreiche andere „Stämme des Ostens“.

Die „Marokkaner“ kamen in ein Land, das sich nach einem gerade überstandenen Krieg in einem Zustand völliger Erschöpfung befand. Die Einwanderer wurden in Lagern untergebracht, wo sie oft jahrelang warten mußten, bis Wohnungen einzugsbereit waren, und auch in allen anderen Lebenssphären waren sie in dieser Zeit von den Verfügungen einer

überarbeiteten aschkenasischen, wohl nicht immer verständnisvollen Beamtschaft abhängig. Aus dieser Situation entstand ihre Verbitterung gegen das Regime der Arbeiterregierung und ihr Anschluß an Menachem Begins Oppositionspartei. Die „orientalischen“ Juden können dagegen keineswegs als Partei-gänger des Likud klassifiziert werden, insbesondere ihre größte Gruppe, die Iraker, ist eher dem Maarach zuzuordnen, jedenfalls gehören viele prominente Iraker zum Parteiapparat des Maarach, als Knessetabgeordnete, vielfach auch mit Ministerrang.

Innerhalb der großen Parteiblöcke haben nun auch Nicht-Aschkenasen die oberste Führungsspitze erreicht: David Levi im Likud, Jizchak Navon, ein „Alt-Sepharde“, im Maarach. Auch außerhalb der Parteien bekleiden Nicht-Aschkenasen heute die wichtigsten Positionen des Staates. Navon war bereits Staatspräsident, der aus dem Jemen stammende Israel Kessar ist Generalsekretär der Histadrut und der im Irak geborene Moshe Levi ist Generalstabschef.

Laut Regierungsstatistik zählte der Jischuw Ende 1982 39,3 % Aschkenasen und 44,3 % Nicht-Aschkenasen (22,3 % aus Afrika, 22 % aus Asien). Juden, deren Väter bereits im Land geboren waren, wurden nicht mehr nach Herkunftsländern registriert. Diese Gruppe betrug am Stichtag 16,4 %, so daß nicht mit Sicherheit gesagt werden kann, ob Nicht-Aschkenasen bereits eine Mehrheit erreicht haben. „Mischehen“, die am Censustag 20 % erreichten, sind ein weiterer Unsicherheitsfaktor in dieser Statistik.

IV. Neuwahlen 1984

Ende des Jahres 1983 mehrten sich die Anzeichen, daß der Stern des Likud im Sinken war. Zwei Gründe gab es für den Umschlag der Volksstimmung: Der Libanonkrieg hatte hohe Verluste zur Folge gehabt, und es war noch kein Ende abzusehen. Zweitens hatte die Finanzpolitik der Regierung schlimme Rückschläge erlitten, welche die Bevölkerung täglich am eigenen Leibe erfuhr. Finanzminister Joram Aridor, der den Sparpolitiker Jigael Horowitz abgelöst und durch massive Zoll-

und Steuervergünstigungen und verstärkte Subventionen für alle Verbrauchsgüter die Wahlen für den Likud gerettet hatte, setzte diese Politik auch in der Folgezeit fort. Die Inflation stieg im raschen Tempo, die Devisenreserven schrumpften, aber der Bürger, gegen die Inflation durch ein ausgeklügeltes Indexierungssystem weitgehend abgesichert, sah nur, daß sich die Wirtschaft in allen Zweigen zu entwickeln schien, investierte seine Ersparnisse, wo immer er glaubte, an der Konjunktur teilnehmen zu können. Plötzlich wertete Aridor dann die Währung in zwei Schüben am 6. und 11. Oktober 1983 um 25 % ab. Das Publikum wurde von Panik erfaßt. In überstürzten Verkäufen zerstoben die Ge-

⁵⁾ Ein anderer Teil begab sich in die „Levante“, auf den Balkan und auch nach Palästina. Diese „Alt-Sepharden“ waren bei der Staatsgründung ein gewichtiger Faktor; heute ist ihre Zahl vergleichsweise sehr zusammengeschrunpft.

winne der vorangegangenen Hausse, Späteinsteiger erlitten empfindliche Verluste, und die Banken, deren Aktien die begehrteste Anlage gewesen waren, mußten die Finanzbehörden um Hilfe angehen.

Aridor konnte sich nicht halten; aber auch sein Nachfolger bemühte sich vergeblich um eine Gesundung der Finanzen. Im Frühjahr 1984 war die Inflation auf über 200 % gestiegen und die Devisenreserven waren auf einem besorgniserregenden Tiefstand angekommen. In dieser Situation war der Maarach außerordentlich an vorgezogenen Wahlen interessiert, aber erst mit der unerwarteten Hilfe von Abu-Chazeras Tami-Partei gelang es am 22. März 1984, die Regierung zu stürzen. Der Tag der Neuwahlen wurde auf den 23. Juli 1984 festgesetzt.

Es ist in Israel leicht, eine Partei zu gründen und ihre Zulassung zu den Knessetwahlen genehmigen zu lassen.

Die Zahl der 1984 eingereichten Listen betrug 26, von ihnen gelangten 15 (8 alte und 7 neue) in die nächste Knesset.

Die folgende kurze Übersicht über das Parteienspektrum am Anfang der Wahlkampagne wird die nachfolgenden Entwicklungen besser verständlich machen.

Im *Likud* waren große Veränderungen vor sich gegangen. Menachem Begin hatte im September 1983 sein Amt als Regierungschef mit einer einfachen Erklärung „ich kann nicht mehr“ in einer Regierungssitzung niedergelegt, ohne weder damals noch seither Gründe für diesen Entschluß anzugeben. Zu seinem Nachfolger wurde im *Likud* Jizschak Schamir gewählt, nachdem David Levi seine Kandidatur zurückgezogen und auch Ariel Scharon es für opportun gehalten hatte, zu diesem Zeitpunkt eine abwartende Haltung einzunehmen. Zwischen Heruth und Liberalen war es aber nach Begins Rücktritt zu hitzigen Auseinandersetzungen gekommen, da den Liberalen vor 20 Jahren 18 sichere Plätze auf der *Likud*-Einheitsliste zugesagt worden waren⁶⁾. Inzwischen war klar geworden, daß die auf das Votum einer bürgerlichen Wählerschaft bauenden Liberalen mit einer selbständigen Liste nur einen Bruchteil der ihnen im *Likud* verbürgten Mandate erhalten würden. Vor die Alternative gestellt, im *Likud* ohne Son-

derstellung aufzugehen oder ihn zu verlassen, akzeptierten die Liberalen die vielleicht nur vorläufige Kompromißlösung einer unbedeutenden Reduzierung ihrer gesicherten Plätze.

Die *Tschiah* hatte bedeutenden Zuzug in der Person des ehemaligen Generalstabschefs Rafael Eitan erhalten, eines „Superfalken“ eigener Prägung. Ezer Weizman hatte eine neue Partei, die *Jachad*, gegründet. Er hoffte, zwischen Likud und Maarach das Zünglein an der Waage zu werden, um der einen oder der anderen seine politische Linie aufzwingen zu können. Die *Omez* des ehemaligen Finanzministers Horowitz verlangte eine Wiederaufnahme der von ihm seinerzeit eingeschlagenen Sparpolitik. Die neue *Schass* war als eine Sammlungsbewegung sephardischer Orthodox-Religiöser entstanden, die sich in der von Aschkenasen dominierten Agudat Israel zurückgesetzt fühlten. Auf die neue *Progressive Partei für Frieden* und die *Kach-Partei* des Raw Kahane wird noch zurückzukommen sein.

Die im Juni einsetzende Wahlkampagne richtete sich fast ausschließlich an jene große Wählergruppe, die in den städtischen Armenvierteln und in „Entwicklungsstädten“ lebt, also an die aus Nordafrika, vor allem aus Marokko stammenden sephardischen Juden. Der Maarach hoffte, dem Likud diese Gruppe zu entfremden, indem er auf die von der Regierung verursachte Wirtschaftsmisere und die immer noch steigenden Verlustziffern im Libanonkrieg hinwies. Der Likud verstand es jedoch, die Verbesserung der Lebensbedingungen sehr anschaulich aufzuzeigen, die er gerade für diese Schichten des Jischuw in die Wege geleitet hatte; den Klagen über den Libanonkrieg begegnete er mit einer anderen Taktik, indem er etwa ein neunjähriges Mädchen aus Kirjat Schmona im Fernsehen vorführte, das sehr eindrucksvoll von seinem Leben im Luftschutzkeller erzählte und davon, daß es jetzt „endlich leben könne wie alle anderen Kinder in Israel“.

1. Wahlergebnisse

Noch am Vortag der Wahlen hatten Volksbefragungen einen Vorsprung des Maarach vor dem Likud von acht bis zehn Mandaten voraussagesagt. Die in der Wahl erzielte Differenz von nur vier Mandaten war daher für Maarach-Anhänger sehr enttäuschend. Auch im Gesamtergebnis hatte sich das Parteienspektrum nur unter Einbeziehung der „Progressiven“ etwas nach links verschoben, wie die folgende Tabelle zeigt.

⁶⁾ Die linksorientierte „Unabhängige Liberale Partei“ hatte die Verschmelzung mit dem Heruth nicht mitgemacht, jedoch verlor sie in den folgenden Jahren zusehends an Stärke. 1984 brachte sie ihre Wähler in den Maarach gegen die Garantie eines sicheren Listenplatzes für ihren Parteiführer.

Partei	1981	1984
1) Maarach (Arbeiterpartei und Mapam)	48	44
2) Raz (Bürgerrechtspartei)	—	3
3) Shinui (Wendung)	2	3
4) Likud (Heruth und Liberale)	48	41
5) Tchiah (Erneuerung)	3	5
6) Kach (Raw Kahane)	—	1
7) Jachad (Ezer Weizman)	—	3
8) Ometz (Jigael Horowitz)	—	1
9) Mawdal (Religiös Nationale)	6	4
10) Agudat Israel (Orthodoxe)	4	2
11) Schass (Orthodox-Sepharden)	—	4
12) Morascha (Nationalistisch-Religiöse)	—	2
13) Tami (Religiöse Sepharden)	3	1
14) Progressive Partei für Frieden	—	2
15) Kommunisten	4	4
16) Telem (Dajan)	2	—

Raz und Shinui, die linksliberalen Parteien, hatten auf Kosten des Maarach einen erheblichen Stimmenzuwachs erzielt. Die Tchiah war von drei auf fünf Mandate gekommen: Das Erscheinen des Generals a.D. Rafael Eitan auf der Wahlliste, des legendären Helden aller Kriege Israels, hatte auf andere Kriegsveteranen, besonders aber die Jugend, seinen Eindruck nicht verfehlt. Nach einer von der Zeitung Haarez veröffentlichten Analyse hat Tchiah in den für das Militär bestimmten Wahlurnen 9,7% aller Stimmen erhalten, gegenüber 4% im Landesdurchschnitt. Jachads Anhänger waren enttäuscht; sie hatten mit fünf oder sechs Mandaten gerechnet. Die religiösen Parteien (9—13 der Tabelle) konnten zwar mit 13 Mandaten ihre frühere Stärke behalten, aber die Zusammensetzung hatte sich wesentlich verschoben. Mawdal, der schon aus den vorigen Wahlen geschwächt hervorgegangen war, hatte zwei weitere Mandate verloren, vermutlich an die nationalistische Morascha Partei. Agudat Israel und Tami mußten je zwei Mandate an die sephardisch-orthodoxe Schass abgeben — ein alle Politiker verblüffendes Ergebnis. Man hatte sich nicht vorstellen können, daß sie in Konkurrenz mit der Agudat Israel einen solchen Erfolgskurs nehmen würde.

Die Progressive Partei für Frieden mit einem arabischen Politiker als Spitzenkandidaten wird von allen Parteien (mit der möglichen Ausnahme von Mapam und Raz) als Verräter an der zionistischen Sache angesehen. Tatsächlich versuchen die Progressiven jetzt mit Hilfe der arabischen Wählerschaft zu errei-

chen, was ihnen im Rahmen der damals noch als zionistisch angesehenen Scheli-Partei nicht gelungen war: Israels Staatsführung zu Verhandlungen mit der PLO zu bringen. Die Progressiven betrachten die PLO als einen nicht zu umgehenden Faktor im arabischen Lager; nur „realistische“ Konzessionen können ihrer Ansicht nach zu einem Frieden führen.

Eine Analyse der für die Progressiven abgegebenen Stimmen ergab, daß über 90% der Stimmen aus den arabischen Distrikten des Landes kamen⁷⁾ und die Progressiven daher als ein Teil von Israels arabischem Szenario anzusehen sind. Dies gilt auch für die Kommunistische Partei, die ebenfalls etwa 90% ihrer Stimmen aus arabischen Wahldistrikten bezieht, obwohl auf ihrer Liste seit Jahren als Spitzenkandidaten Juden stehen.

In den arabischen Wahlbezirken nahmen die Kommunisten seit jeher eine vorherrschende Stellung ein. Selbständige arabische Parteien konnten, mit Ausnahme der „Unabhängigen Arabischen Partei“, die 1977 ein Mandat erhielt, niemals die Zulassungsgrenze erreichen. 1981 wurden in diesen Bezirken — bei einer Wahlbeteiligung von 68% — ungefähr 170 000 Stimmen abgegeben, von denen die Kommunisten 65 000, der Maarach 47 000 erhielten und der Rest sich auf Likud, Shinui, Mawdal und arabische Listen verteilte, die nicht zum Zuge kamen.

1984 entbrannte ein heftiger Kampf zwischen den Kommunisten und der neuen Progressiven Partei. Beide befürworteten die Hinzuziehung der PLO zu politischen Gesprächen mit Israel. Die Progressiven jedoch versuchten, die „Gemäßigten“ innerhalb der PLO zum Beginn eines Dialogs mit Israel zu gewinnen⁸⁾. Die Kommunisten wiederum unternahmen ohne Erfolg den Versuch, Arafat zu veranlassen, die neue „Spalter“-Partei zu verdammen, aber auch führende Politiker der Progressiven hatten — ebenfalls vergeblich — versucht, von Arafat legitimiert zu werden.

Wegen des Interesses, das die arabischen Wähler an dem Wettstreit zwischen Kommunisten und Progressiven nahmen, stieg die Wahlbeteiligung von 68% im Jahre 1981 auf 77% im Jahre 1984; fast 200 000 Wähler gin-

⁷⁾ Bei allen in diesem Kapitel erwähnten Zahlen bleiben die 110 000 in Ost-Jerusalem wohnenden Araber unberücksichtigt, da diese die ihnen angebotene israelische Staatsangehörigkeit nicht angenommen haben und daher nicht wahlberechtigt sind.

⁸⁾ Gespräche, die sie vor einigen Jahren mit Dr. Sartawi, einem Mitglied der PLO führten, hatten böse Folgen für den arabischen Gesprächspartner. Er wurde wegen dieses „Verrats“ ermordet.

gen diesmal an die Urnen. Die Kommunisten gingen im arabischen Sektor aus den Wahlen geschwächt hervor; sie erzielten zwar 70 000 Stimmen, die jedoch nur 36% der insgesamt abgegebenen Stimmen ergaben. Die Progressiven erzielten 35 000, der Maarach 52 000, der Schinui, der besonders stark in den drusischen Distrikten war, über 10 000, und Weizman über 6 000 Stimmen. Auch der Likud, der einen Araber auf seiner Liste hatte, und sogar der Mawdal, der zu einigen lokalen „Chamulot“ gute Beziehungen unterhielt, erzielten einige tausend Stimmen.

Der Wahlerfolg der Kach hat wohl 95% des Jischuw — wenn wir die restlichen 5% dem extremsten Flügel der Tchiah zurechnen — nicht weniger entsetzt und schockiert als die ausländischen Berichtersteller. Allerdings wurde das Ereignis oft in einer solchen Weise aufgebläht, als wäre Kach bereits auf dem besten Wege, den Staat Israel nach seinen Ideen umzuformen.

Man ist sich in Israel sehr wohl darüber im klaren, daß aus einem „crazy fringe“, von dem niemand so recht Notiz genommen hatte, eine Partei geworden ist, dessen Führer von der Bühne der Knesset unter dem Schutz parlamentarischer Immunität seine Lehren verkünden kann. Aber vielleicht noch mehr als sein wahnwitziger Plan, die Araber Israels zur Auswanderung zu veranlassen (oder zu zwingen) — bereits am Tage nach der Wahl war er auf dem Weg in ein arabisches Dorf, um dort ein „Auswanderungsbüro“ zu errichten —, entsetzt den Jischuw der Anblick seiner in gelben Hemden auftretenden, Händel suchenden Banden.

Der Jischuw war jetzt entschlossen, die Kach im Keim zu ersticken und verlangte wirksame Sofortmaßnahmen. So enthalten bereits die „Politischen Richtlinien“ der neuen Regierung der „Nationalen Einheit“ die sofortige Vorbereitung eines Gesetzes gegen den Rassenhaß. Auch ein Parlamentsabgeordneter kann mit diesem Gesetz in Konflikt kommen. Außerdem wurde auch mit Blick auf die Straßenbanden des Rabbi beschlossen, das Polizeidezernat aus dem bisher von dem Mawdal-Führer Dr. Burg verwalteten Innenministerium herauszunehmen und als ein selbständiges Polizeiministerium Chaim Bar-Lev anzuvertrauen, einem ehemaligen Generalstabschef, der heute der Führungselite des Maarach angehört.

2. Die Regierung der nationalen Einheit

Da der Maarach aus den Wahlen als größte Partei hervorgegangen war, übertrug der

Staatspräsident dem Vorsitzenden des Maarach, Shimon Peres, den Auftrag zur Regierungsbildung. Seine Verhandlungen mit den Religiösen Parteien, von denen er zumindest eine für eine Knessetmajorität brauchte, blieben jedoch erfolglos, da er ihre Bedingungen nicht akzeptieren wollte.

Dagegen war Ezer Weizman nicht nur bereit, einer Maarach-Koalition beizutreten, sondern er traf mit Peres ein Abkommen, wonach die Jachad dem Maarach als Fraktion beitrug. Dies kann man als die wahrhaft dramatische Entscheidung eines Mannes bezeichnen, der 1977 dem Likud zu seinem Sieg verholfen hatte. Jetzt war der Likud ebensowenig wie der Maarach im Stande, eine Regierung zu bilden; daher wurde der bereits vor den Wahlen ventilierter Gedanke einer Regierung der Nationalen Einheit wieder aufgenommen. Die Wirtschaftslage des Staates war in einem so katastrophalen Zustand, daß einschneidende Maßnahmen ohne Verzug ergriffen werden mußten; eine nur von einer knappen Mehrheit unterstützte Regierung hätte es nicht wagen können, dem Volk die unerlässlich gewordene Reduzierung seines Lebensstandards aufzuzwingen.

Das nach mühsamen Verhandlungen erreichte Abkommen über die Errichtung der Regierung der Nationalen Einheit sah eine Dauer der Regierung für 50 Monate vor. In den ersten 25 Monaten soll Peres, in den nächsten Shamir als Ministerpräsident, dagegen in der ersten Hälfte Shamir, in der zweiten Peres als Außenminister amtieren. Für die gesamte Laufzeit ist Rabin als Verteidigungsminister, Jizchak Moda'i, der Vorsitzende der liberalen Likud-Fraktion, als Finanzminister vorgesehen.

Im übrigen sollte die Regierungsbank auch hinsichtlich der anderen Ministerposten paritätisch besetzt sein, wobei alle wesentlichen Entscheidungen einem „inneren Kabinett“ von zehn Mitgliedern vorbehalten sein sollten. Für dieses Kabinett wurden vom Maarach ernannt: Peres, Rabin, Navon, Bar-Lev und Weizman, vom Likud: Shamir, Levi, Sharon, Arens und Moda'i. Die „politischen Richtlinien“ beschäftigten sich mit einer Unzahl von Punkten; dabei mag die Richtlinie erwähnenswert sein, die im Libanon befindlichen Truppen zurückzuziehen, sobald dies ohne Gefährdung der Sicherheit Galiläas bewerkstelligt werden könne. Aber alle Richtlinien, die sich mit den besetzten Gebieten, mit der Fortsetzung des Camp-David-Abkommens oder auch anderen Verhandlungen mit der arabischen Welt befassen, laufen im Grunde darauf hinaus, weder die politischen Intentionen des Li-

kud noch diejenigen des Maarach zu verwirklichen. Wichtig jedoch ist die Vereinbarung, daß neue Siedlungen in der Westbank einen Mehrheitsbeschluß des „inneren Kabinetts“ erfordern.

Der Regierung traten auf der Seite des Maarach die Parteien Shinui und Ometz bei. Raz blieb in der Opposition. Die sechs Abgeordneten der Mapam traten zusammen mit einem stark links engagierten Abgeordneten der Arbeiterpartei aus dem Maarach aus. Die linke Opposition besteht daher einschließlich der „Progressiven“ und den Kommunisten aus 16 Abgeordneten, die rechte Opposition — Tchiah und Kach — aus sechs Abgeordneten.

Die religiösen Parteien verhielten sich abwartend. Mawdal und Schass beanspruchen das Innen- und das Religionsministerium — nachdem das bisher von der Mawdal beherrschte Erziehungsministerium Jizchak Navon übergeben worden war. Bis zu einer Besetzung dieser Vakanzen wird der Ministerpräsident beide Ressorts verwalten.

Zum Zeitpunkt der Niederschrift dieses Beitrages ist die neue Regierung drei Wochen im Amt. Zur Enttäuschung wohl der ganzen Wählerschaft des Landes war die Regierung noch nicht im Stande, sich auf eine gemeinsame Politik zur Bekämpfung der Wirtschaftskrise zu einigen. Der vom Finanzminister Modaï vorgeschlagene Plan, auf den sich die Partner der Regierung in Vorbesprechungen geeinigt hatten, umfaßt drei Punkte: eine starke Reduzierung des Regierungsetats, die zeitweilige Außerkraftsetzung des Lebenshal-

tungsindex sowie eine erhöhte Besteuerung der vermögenden Schichten. Aber die Histadrut widersetzt sich energisch jedem Eingriff in das Indexierungssystem, dem einzigen Schutz der Lohn- und Gehaltsempfänger gegen die Inflation. Angesichts dieses Widerstandes der Histadrut ist die eben geschaffene Einheitsfront der Regierungskoalition schon brüchig geworden.

In den sieben Jahren, die wir in dieser Abhandlung Revue passieren ließen, hat sich Israels Parteienlandschaft in einem Ausmaß verändert, wie es niemals vorher in seiner Geschichte der Fall gewesen war: Von den elf Parteien, die für die Wahl des Jahres 1977 angetreten waren, sind fünf noch heute vertreten: Likud, Maarach, Mawdal, Agudat Israel und die Kommunisten. Die jetzt 15 Parteien zählende Skala enthält (außer diesen fünf Parteien) drei, die 1981 in die Knesset gelangten und sieben, die erst vor Beginn der Wahlen von 1984 entstanden sind.

Bemerkenswert ist die Polarisierung des Parteienspektrums in Fragen der Außenpolitik: die Stärkung der Parteien links vom Maarach und rechts vom Likud. Ebenso bedeutsam ist die Entwicklung des Maarach von einer ursprünglich sozialistischen, dann sozialdemokratischen, schließlich mit dem Austritt der Mapam und dem Eintritt Jachads, zu einer ausgesprochenen Mittelstandspartei — wohingegen der Heruth in seiner jetzt scharf betonten Distanzierung zu den Likud-Liberalen dem Maarach die Rolle des Fürsprechers der wirtschaftlich schwachen Schichten streitig machen will.

Israelische Nahost-Politik nach den Wahlen 1984

Perspektiven einer politischen Wende

I. Der Likud-Block und der arabisch-israelische Konflikt — ein zwiespältiges Verhältnis

Zwei große Parteienblöcke prägen seit Jahren die politische Landschaft Israels. Zum einen der Zusammenschluß der Arbeiterparteien, der seit der Staatsgründung im Jahre 1948 in unterschiedlichen Varianten die politische Führung bis 1977 im Lande gestaltete, andererseits der Likud-Block, der die Regierungsgeschäfte seit 1977 führte.

Um den Standpunkt des Likud-Blocks oder — genauer — den der „Heruth-Partei“ (des Kerns der Vereinigung) zur Nahostfrage besser darlegen zu können, muß zuvor auf das allgemeine Verhältnis dieser Partei zu den Arabern eingegangen werden.

Im Jahre 1923 bezeichnete der ideologische ‚Vater‘ der Partei, Zeev Jabotinsky, sein Verhältnis zu den Arabern als „höfliche Gleichgültigkeit“¹⁾. „Ein freiwilliger Ausgleich zwischen Zionisten und Arabern“, so Jabotinsky, „ist nicht mal im Traum denkbar.“²⁾ Nach seinem Urteil bestand nicht einmal ein Hoffnungsschimmer für die Zustimmung der Araber zur Umgestaltung von „Palästina“ in ein Land mit jüdischer Mehrheit. In diesem Zusammenhang verneinte Jabotinsky auch Aussichten auf einen friedlichen Kompromiß zwischen Arabern und der jüdischen Bevölkerung; er bezeichnete dieses Vorhaben als illusionär. Nur hinter einer „Eisernen Wand“ könne das jüdische Aufbauwerk im Lande vollendet werden, folgerte Jabotinsky³⁾. Auf diesem ideologischen Unterbau entwickelte sich die „Heruth-Partei“ unter ihrem Führer Menachem Begin.

Diese Einstellung bzw. dieser ideologische Fixpunkt bestimmte damals das Verhalten der „Heruth“ zur arabischen Bevölkerung Israels.

Die Wahlniederlage der Vereinigten Israelischen Arbeiterpartei im Jahre 1977 brachte den von Menachem Begin geführten Likud-Block in die Regierungsverantwortung. Im Gegensatz zu Begins kompromißbereiter Haltung gegenüber Ägypten nahm er als Premierminister eine besonders unnachgiebige Position in der Westbankfrage ein. Begin und seine Anhänger proklamierten die politische Unteilbarkeit des Gebietes zwischen Mittelmeerküste und Jordan und betrieben eine Politik, die sich die Vermehrung jüdischer Ansiedlung und die jüdische Hegemonie in Judäa und Samaria zum Ziel gesetzt hatte⁴⁾. Neben den wiederholten Erklärungen, dieses Territorium aus sicherheitspolitischen Erwägungen behalten zu müssen, wurden biblisch-historische Rechte auf dieses Gebiet geltend gemacht. Dies war die Grundlage einer neuen Siedlungspolitik der Regierungen Menachem Begins und danach Yitzhak Shamirs. Im Vergleich zur Siedlungspolitik der Arbeiterpartei, die ausschließlich sicherheitspolitisch motiviert war (Sicherung des Jordantales) und den Grundsatz beachtete, eine Provokation der arabischen Bevölkerung nach Möglichkeit zu vermeiden, begann seit 1977 eine rege Siedlungsaktivität, die in der Westbank einen integralen Bestandteil des Staates Israel sah. Daß die Siedlungspolitik Reaktionen der arabischen Staaten herausfordern könnte, wurde dabei völlig ignoriert. Ein klassisches Beispiel für die neue Form der Ansiedlung waren die jüdischen Niederlassungen in und um die Stadt Hebron. Im Unterschied zu den Siedlungen, die zur Zeit der Regierung der Arbeiterpartei entstanden waren, sind die weitaus zahlreicheren Siedlungsprojekte des Likud-Blocks entsprechend der ideologischen Grundhaltung ein Produkt der Kombination sicherheitspolitischer, religiöser und histori-

¹⁾ Z. Jabotinsky, Wir und die Araber, in: Beilage zu der monatlichen Zeitschrift Eretz Israel, (1974) 35. Ausführlich zur Bildung des Likud-Blocks siehe M. Wolffsohn, Politik in Israel, Opladen 1983, S. 113 ff.

²⁾ Ebd.

³⁾ Ebd., S. 71.

⁴⁾ A. Yaniv/A. Shlaim, Die innenpolitischen Determinanten der israelischen Außenpolitik, in: Aus Politik und Zeitgeschichte, B 14/1981.

scher Überlegungen⁵⁾. Im Wahlprogramm des Likud aus dem Jahre 1981 heißt es: „Der Staat Israel hat das Recht auf Souveränität über Judäa, Samaria und den Gaza-Streifen. Nach Beendigung der Übergangszeit, die im Camp-David-Abkommen festgelegt wurde, wird Israel seine Forderung formulieren und sich einsetzen, um dieses Recht durchzusetzen.“⁶⁾ Jeder territoriale Kompromiß zwischen Jordanien und Israel würde vom Likud als die Aufgabe des Anspruchs auf das Land bewertet, der den Weg zur Errichtung eines zusätzlichen palästinensischen Staates neben Jordanien ebnet⁷⁾.

Für den Likud stellten die Vereinbarungen von Camp David deshalb eine Art Garantie dar, daß es auf dem „westlichen Teil des Staates“ unter keinen Umständen zu Zugeständnissen in Form einer territorialen Teilung und zur Bildung eines palästinensischen Staates kommen könnte⁸⁾.

Einen „ausgeprägten Stolz“ entwickelte die Partei hinsichtlich des Friedensvertrages mit Ägypten. Sowohl im Wahlprogramm 1981 als auch im letzten Manifest wurde ausdrücklich erwähnt, daß das Abkommen ein Werk der Likud-Regierung ist. Zugleich betonte die Partei ihren Willen zur Fortsetzung des Camp-David-Prozesses oder — präziser ausgedrückt — die Bereitschaft, die Verhandlungen über den Autonomieplan wieder aufzunehmen. Dabei läßt sie keinen Zweifel daran aufkommen, was nach ihrer Auffassung unter Autonomie zu verstehen ist: die Bildung eines souveränen Staates wird explizit ausgeschlossen. Die Formel der Wahlprogramme von 1981 und 1984 lautet: „Das arabische Volk hat die Selbstbestimmung mit der Existenz von 21 selbständigen arabischen Staaten erreicht.“⁹⁾

Zwischen 1977 und 1984 hat die Likud-Regierung die Errichtung von über 100 neuen Siedlungen auf der Westbank und im Gaza-Streifen gebilligt und finanziell gefördert. Für den seit 1981 mitregierenden Koalitionspartner, der äußerst rechts und extrem nationalistisch orientierten Tehija-Partei, war die Siedlungs-

tätigkeit nicht nur eine Sicherheitsfrage, sondern in erster Linie eine ideologische Grundvoraussetzung, die der Likud durch die Schaffung der äußeren Bedingungen unterstützte. Die forcierte Siedlungsaktivität war Ausdruck des Rechts, sich in jedem Teil des Landes niederzulassen¹⁰⁾.

Eine unnachgiebige Haltung nahm der Likud-Block auch in der Frage der Golan-Höhen ein. Bereits in ihrem Wahlprogramm von 1981 hatte die Partei deutlich gemacht, daß sie bei Gesprächen mit Syrien weder bereit sei, die Golan-Höhen aufzugeben, noch die Absicht habe, auf eine bereits errichtete Siedlung zu verzichten. Gleichzeitig verkündete die Partei, daß sie zu gegebener Zeit sowohl das israelische Recht als auch die staatliche Administration auf diesem Gebiet zu vollziehen beabsichtige. Im Wahlmanifest des Jahres 1984 konnte die Partei mit Genugtuung feststellen, daß entsprechend dieser Planung die israelische Souveränität auf dem Golan vollzogen worden sei¹¹⁾.

Für die amtierende Likud-Regierung schloß die Annexion der Golan-Höhen keineswegs die Möglichkeit aus, zu einem Dialog mit der syrischen Seite zu gelangen. Jerusalem appelliert auch weiterhin an Syrien, den Weg des Krieges zu verlassen und das direkte Gespräch, gemeinsam mit den anderen arabischen Staaten, zu suchen¹²⁾.

Im Wahlprogramm aus dem Jahre 1981 gab der Likud-Block bekannt, daß es entgegen allen „Prophezeiungen der Maarach“ unter seiner Führung zu keinem Krieg gekommen sei¹³⁾. Ein Jahr später erwies sich diese Aussage als vorschnell. Der Krieg im Libanon hat bis zum August 1984 das Leben von fast 600 israelischen Soldaten gekostet, eine tiefgehende Spaltung der israelischen Gesellschaft heraufbeschworen und das Selbstverständnis der israelischen Armee nachhaltig zerrüt-

⁵⁾ Diese zusätzlichen Elemente wurden insbesondere von der „Tehija-Partei“ hervorgebracht. Zu den Grundpositionen von „Tehija“ und Gush Emunim s. M. Wolffsohn (Anm. 1), S. 87 f. und 119 f.

⁶⁾ Wahlprogramm des Likud von 1981.

⁷⁾ Wahlprogramm des Likud von 1984.

⁸⁾ Ebd. Diese Formulierung bezieht sich auf das biblische Israel, das sich über die Grenzen des heutigen Staates Jordanien hinaus erstreckte. Das Gebiet westlich des Jordanflusses wurde somit als der westliche Teil des Staates Israel bezeichnet.

⁹⁾ Wahlprogramm von 1981 und 1984 (Kapitel über Sicherheitspolitik).

¹⁰⁾ Vgl. Wahlprogramm der „Tehija-Zomet“ 1984. Kurz vor der letzten Wahl fusionierte diese Partei mit der „Zomet-Bewegung“ des ehemaligen Generalstabschefs Raphael Eitan. Die Tatsache, daß es der neuen Partei bei den Wahlen im Juni gelungen ist, fünf Sitze zu erreichen, kann auch als Indiz für die Unterstützung einer demonstrativ kompromißloseren Haltung in den Fragen künftiger Nahostverhandlungen interpretiert werden; gleichzeitig wird damit der Polarisierung der politischen Willensbildung Vorschub geleistet.

¹¹⁾ Wahlprogramm des Likud 1984. Diese Souveränität erwies sich jedoch eher als Wunschdenken des Likud. Ein großer Teil der ehemals syrischen Untertanen verweigert die Annahme der israelischen Staatsangehörigkeit und sieht sich weiterhin als Bürger des syrischen Staates; vgl. O. Zarai, in: Haaretz vom 19. 8. 1984.

¹²⁾ Vgl. ebd.

¹³⁾ Wahlprogramm des Likud von 1981, S. 3.

tet¹⁴⁾. Die politische Marschrouten des Jahres 1984 läuft dennoch ohne Zögern in die Richtung einer Rechtfertigung des Libanon-Krieges. Nach Ansicht des Likud hat Israel zwar keine territorialen Ansprüche im Libanon, aber die Räumung der israelischen Stellungen in diesem Lande sei erst dann möglich, wenn der Frieden an Israels Nordgrenze von Dauer ist. Ein Ausweg aus dem drohenden Versinken der jetzigen Regierung im „libanesischen Sumpf“¹⁵⁾ ist nicht absehbar. Ausreichende Garantien für die Schaffung eines friedlichen Zustandes an Israels Nordgrenze scheinen nur mühsam und schrittweise erreichbar. Die israelische Armee wird auf unabsehbare Zeit auch weiterhin in einen Krieg involviert sein, der täglich neue Menschenleben fordert.

Die Festigung der syrischen Position innerhalb der arabischen Welt im Zuge des Libanon-Krieges und die „Tatsachen-Politik“ der amtierenden Regierung in der Frage der Golan-Höhen machen einen Dialog zwischen den Kontrahenten in absehbarer Zeit relativ unwahrscheinlich.

Als Folge der Weigerung, territoriale Kompromisse über das Westufer des Jordans zu schließen, blockierte der Likud Annäherungs-

versuche aus Amman zu einer gemeinsamen Lösung. Das Erreichen eines gesicherten Friedens an der östlichen Grenze des Staates Israel scheint ohne ein Signal der Verhandlungsbereitschaft — Kalkül eines territorialen Kompromisses — und unter Berücksichtigung der wachsenden Unzufriedenheit in der arabischen Bevölkerung mit der israelischen Besatzungspolitik auf der Westbank gegenwärtig fast illusorisch¹⁶⁾.

Obwohl die Ausgangsbasis der bilateralen Beziehungen zwischen Israel und Ägypten durch das Abkommen von Camp David eine herausragende Stellung einnimmt, wäre die Hoffnung auf eine Intensivierung der Beziehungen gegenwärtig wenig realistisch. Die ägyptische Haltung, bezogen auf die israelischen Aktivitäten im Libanon, die unüberbrückbar formulierten Gegensätze in der Behandlung der Autonomiefrage und die gleichzeitigen Anstrengungen Ägyptens, erneut eine führende Stellung in der arabischen Welt einzunehmen, erschweren mögliche Ansätze, einen fruchtbaren politischen Dialog beider Staaten zur Konstante im nahöstlichen Umfeld zu machen.

II. Die Arbeiterparteien — die mögliche Wende?

Unmittelbar nach der Bekanntgabe des letzten Wahlergebnisses wurde in der israelischen Gesellschaft der Ruf nach Bildung einer Koalition auf breiter Grundlage unüberhörbar. In dem politischen Wirrwarr der kleinen Parteien und vor dem Hintergrund der Unfähigkeit der großen Parteien, einen entscheidenden Sieg zu erreichen, sahen viele Bürger des Staates in einem gemeinsamen Vorgehen der beiden Hauptlager die einzige Alternative. In diesem Zusammenhang machten einige Beobachter darauf aufmerksam, daß der politische Gegensatz in der Behandlung des israelisch-arabischen Konfliktes nicht unüberwindbar sei. Wenn die Chance, zu einer Übereinstimmung zu gelangen, nicht genutzt werde, sei zumindest eine Vereinba-

rung über das vorläufige „Einfrieren“ der umstrittenen Themen denkbar¹⁷⁾. Zuspruch fanden diese Überlegungen vor allem deshalb, weil der Lösung der fatalen wirtschaftlichen Situation Priorität eingeräumt wurde und zur Durchsetzung wirksamer ökonomischer Maßnahmen eine breite Verankerung der Regierung erforderlich sein würde.

Eine gründlichere Betrachtung der proklamierten politischen Linie der tonangebenden israelischen Parteien zeigt jedoch deutliche Unterschiede in den Auffassungen im Hinblick auf das israelische Engagement in den Kernfragen der Nahostproblematik. Durch die Benutzung einer unmißverständlichen Sprache grenzt das letzte Wahlprogramm des Likud-Blocks Interpretationsversuche ein; in der Zielsetzung des israelischen Rückzuges aus dem Libanon demonstrierten die Parteien Einigkeit — zumindest in den Grundlinien. Beide politischen Lager stimmten überein, den Abzug der israelischen Truppen von einer Schutzgarantie für die Anwohner der

¹⁴⁾ Vgl. Wahlprogramm der „Jachad“ (Ezer Weizman) 1984 und Wahlmanifest der Partei „Shinui“ (die Partei für Wandel); vgl. auch J. Peled, in: Haaretz vom 17. 8. 1984.

¹⁵⁾ Die Bezeichnung stammt aus dem Wahlmanifest von „Shinui“.

¹⁶⁾ Siehe Rede von Oppositionsführer Peres am 18. 10. 1982 vor der Knesset: Der Kampf um den Staat Israel als jüdischer Staat. Informationsmaterial der Arbeiterpartei.

¹⁷⁾ Vgl. Eldar, in: Haaretz vom 14. 8. 1984.

Nordgrenze vor terroristischen Übergriffen aus dem libanesischen Staatsgebiet abhängig zu machen¹⁸⁾.

Im Unterschied zum Likud-Block besitzt die Arbeiterpartei eine weit flexiblere Perspektive für einen gesicherten Frieden in Nahost. So erklärte die Arbeiterpartei auf der Grundlage der Sicherheitsratsresolutionen 242 und 338 ihre ausdrückliche Bereitschaft, ohne jegliche Vorbedingungen einen Friedensdialog mit den arabischen Nachbarstaaten zu eröffnen¹⁹⁾. Wie schon in ihrem Wahlprogramm von 1981 proklamierte sie ihre Bereitschaft zu einem Friedensabkommen mit Jordanien und Syrien auf der Basis eines territorialen Kompromisses²⁰⁾.

Deutliche Differenzen hinsichtlich der Motivation und der Lösungsvorschläge zwischen beiden Parteien sind auch bei der Konzeption einer Regelung für die besetzten Gebiete erkennbar. Im Unterschied zum Likud, der sich aus ideologischen und sicherheitspolitischen Erwägungen gegen jeden territorialen Verzicht stellt, nimmt die Arbeiterpartei einen moderaten Standort ein. Demographische Kriterien begründeten die Bereitschaft der

Arbeiterpartei zu Konzessionen auf territorialer Basis. In der Übernahme von 1,3 Millionen Arabern sieht der Block der Arbeiterparteien eine Gefahr für die weitere Existenz Israels als jüdischer Staat. Eine Entscheidung Israels als jüdischer Staat. Eine Entscheidung zugunsten einer Annexion der besetzten Gebiete würde eine Situation zur Folge haben, in der eine „Minderheit“ der arabischen Welt sich in einem ständigen Machtkampf mit einer Minderheit des jüdischen Volkes befindet, um eine „absolute Mehrheit“ zu erreichen²¹⁾. Denn dann befänden sich die Grundregeln des jüdischen und demokratischen Staates in der Gefahr, außer Kraft gesetzt zu werden. Israel könnte zu einem zweiten Libanon werden²²⁾.

Nach Ansicht der Arbeiterpartei kann und soll das palästinensische Problem deshalb im Rahmen des „jordanisch-palästinensischen Staates“ gelöst werden. Die Konföderation eines jordanisch-palästinensischen Staates könnte sich nach Auffassung der Arbeiterpartei auf das heutige Jordanien, bestimmte Teile von Judäa und Samaria und den Gaza-Streifen erstrecken. Voraussetzung wäre der gleichzeitige Abschluß eines Friedensvertrages zwischen beiden Staaten.

III. Fazit

Die dargestellten Unterschiede und die Mitwirkung der Arbeiterpartei in der Regierung lassen Hoffnungen im Hinblick auf eine flexiblere Außenpolitik zu. Zweifellos standen im Vordergrund des israelischen Wahlverhaltens weniger die Lösung des palästinensischen Problems als vielmehr die immensen wirtschaftlichen Schwierigkeiten des Landes²³⁾. Der Zusammenhang von Wirtschaft und Politik gilt für die politische Szene des Nahen Ostens nicht minder als für solche Staaten, deren Existenz unangefochten ist. Die Verknüpfung der ökonomischen und politischen Bereiche wird voraussichtlich schon

bald zu einer provisorischen Einstellung der Siedlungstätigkeit in den besetzten Gebieten führen. Bereits der frühere Finanzminister Orgad bezeichnete das „Einfrieren“ der Siedlungsprojekte als einen notwendigen Beitrag im Rahmen der Anstrengungen zur Gesundung der israelischen Wirtschaft. Nicht zu trennen sind ökonomische und sicherheitspolitische Wechselwirkungen, wie dies schon für die Siedlungspolitik angemerkt wurde. Die hohen Aufwendungen, die mit der Präsenz der israelischen Streitkräfte im Libanon verbunden sind (ca. eine Million US\$ pro Tag) könnten im Falle eines Rückzuges auch eine Entspannung der desolaten wirtschaftlichen Situation Israels bewirken.

In der Tat erwies sich die Frage der künftigen Libanon-Politik als ein Bereich, in dem eine Übereinstimmung zwischen den beiden großen Lagern relativ einfach herzustellen war. Die Feststellung von Yitzhak Shamir, daß zwischen den beiden großen Parteien des israelischen Parlaments keine gravierenden Meinungsunterschiede in der Libanon-Frage bestünden, gilt nach wie vor. Der Unterschied, falls überhaupt vorhanden, ist eher semantischen Ursprungs. Abweichungen waren in

¹⁸⁾ Vgl. Wahlprogramm des Likud (1—6) und der Arbeiterpartei (a—2) von 1984.

¹⁹⁾ Wahlprogramm der Arbeiterpartei 1984, Abschnitt A.

²⁰⁾ Wahlprogramm der Arbeiterpartei 1981 (c—3). Die Arbeiterpartei betonte, daß jeder territoriale Kompromiß in Übereinstimmung mit den Sicherheitsbedürfnissen des Landes stehen muß. Vgl. S. Peres, in: Davar vom 29. 4. 1983.

²¹⁾ Vgl. S. Peres, in: Davar vom 29. 4. 1983; vgl. U. Schmoni, Leiter der Informationsabteilung der Arbeiterpartei, in: Davar vom 21. 12. 1982; vgl. Fernsiedlungsdiskussion Begin/Peres vom 25. 6. 1981.

²²⁾ Ebd.

²³⁾ Vgl. Dan Margalit, in: Haaretz vom 2. 8. 1984.

den Formulierungen feststellbar, nicht aber in der grundsätzlichen Konzeption²⁴⁾.

Die Tatsache, daß es beiden Parteien gelungen ist, bei ihren Koalitionsgesprächen in relativ kurzer Zeit doch noch eine Einigung in dieser Frage zu erzielen, unterstreicht diese Aussage. Kern dieser Übereinstimmung war der geplante Rückzug der israelischen Streitkräfte in einer kurzen und festgelegten Frist bei gleichzeitiger Sicherung der israelischen Nordgrenze²⁵⁾.

Als weit komplizierter erwies sich bislang die Behandlung des Palästinenserproblems und die damit verknüpfte Frage der Gestaltung der Beziehungen zum östlichen Nachbarstaat. Hier liegen territoriale Kompromißbereitschaft und darauf abgestimmte Vorstellungen zur Siedlungspolitik der Arbeiterpartei mit den Maximalkonzepten des Likud-Blocks im Streit. Eine Annäherung konnte schließlich mit dem Konzept einer zukünftigen Beteiligung arabischer Palästinenser an Friedensverhandlungen erzielt werden. Beide politischen Lager vereinbarten, daß die arabischen Bewohner der Westbank und des Gaza-Streifens an den Friedensgesprächen beteiligt werden sollten²⁶⁾.

²⁴⁾ Vgl. Schweitzer, in: Haaretz vom 6. 4. 1984; vgl. Eldar, in: Haaretz vom 29. 7. 1984.

²⁵⁾ Vgl. Haaretz vom 20. 8. 1984.

²⁶⁾ Ebd.

Eine Koalition unter der Leitung des „Maarach“ macht eine Annäherung an die Vorstellungen Jordaniens wahrscheinlicher, als das in der Regierungszeit des Likud der Fall war. Allerdings hatte es auch nach dem Sechs-Tage-Krieg von 1967, als ebenfalls eine Regierung auf „breiter Basis“ bestand, mit Beginns Wissen inoffizielle Kontakte zwischen dem jordanischen Herrscher und israelischen Politikern gegeben²⁷⁾. Auch die Annahme, daß eine Regierung der „nationalen Einheit“ die Verwirklichung eines Autonomieplans unter Mitwirkung des Likud-Blocks vorantreiben könne, muß in die Variationen der gegenwärtigen Überlegungen miteinbezogen werden.

Um dem Friedensprozeß zwischen Ägypten und Israel einen neuen Anstoß zu geben, wäre ein israelischer Impuls, der — über den Gesprächspartner Ägypten hinausgehend — in der arabischen Welt eine veränderte Haltung Israels dokumentieren würde, für die ägyptischen Verhandlungspartner die entscheidende Voraussetzung, den Dialog mit Israel wieder aufzunehmen. Dies könnte sich zum Beispiel in einer gezielten Geste in der Libanon-Politik oder in einer glaubwürdigeren Kompromißbereitschaft in der palästinensischen Frage ausdrücken²⁸⁾.

²⁷⁾ Vgl. Dan Margalit, in: Haaretz vom 2. 8. 1984.

²⁸⁾ Vgl. G. Raphael, in: Haaretz vom 2. 8. 1984; vgl. Eldar, in: Haaretz vom 29. 7. 1984.

Deutsch-israelische Beziehungen im Spiegel der öffentlichen Meinung

In diesem Aufsatz soll der Versuch unternommen werden, die zweiseitigen Beziehungen zwischen Bonn und Jerusalem anhand von Meinungsumfragen nachzuzeichnen, die in beiden Staaten durchgeführt wurden. Bedauerlicherweise sind diese Erhebungen nicht „spiegelbildlich“, d. h. sie wurden unabhängig voneinander und oft auch zu verschiedenen Zeitpunkten organisiert. Mehr als bundesdeutsche werden hier israelische Daten vorgestellt; dies aus folgenden Gründen: Erstens würde die Darstellung und Besprechung der Umfragen aus beiden Staaten den räumlichen Rahmen dieser Arbeit sprengen; zweitens sind die Zahlen aus der Bundesrepublik vor

allem in den verschiedenen Bänden des „Allensbacher Jahrbuches“ leicht zugänglich; drittens wurden die israelischen Daten bislang noch nie in ihrer Gesamtheit veröffentlicht¹⁾, sind also nicht nur historisch-politikwissenschaftlich, sondern auch politisch aufschlußreich.

Wegen des unterschiedlichen Gewichts und der damit verbundenen Notwendigkeit einer sachgerechten Einordnung werden die bundesdeutschen Daten, anders als die israelischen, auch nicht politisch-soziologisch aufgeschlüsselt. Lediglich die Entwicklung der Sympathiekurve sei hier erörtert.

I. Umfragen in der Bundesrepublik Deutschland

1. Sympathien im arabisch-israelischen Konflikt

So undifferenziert die in Schwarz-weiß-Tönen gefärbte Fragestellung in bezug auf die Sympathien in diesem Konflikt auch ist, so aufschlußreich bleibt sie als eine Art politischer Gewinn- und Verlustrechnung.

Die wichtigste Aussage, die aus Tabelle 1 hervorgeht, lautet: Zwischen 1965 und 1983 gab es nur zwei Zeitpunkte, in denen die Sympathie der Westdeutschen mehr „den“ Arabern als „den“ Israelis gehörte. Einmal wurde die Umkehrung des allgemeinen Musters im Mai 1981 registriert, sodann konnte sie auch im Oktober 1982 festgestellt werden. Die jeweilige Erklärung läßt sich leicht finden: Im Mai 1981 hatte Israels damaliger Ministerpräsident Begin den früheren Bundeskanzler Schmidt sowie „das“ Deutsche Volk wegen ihrer nationalsozialistischen Vergangenheit pauschal verurteilt. Die Bundesbürger reagierten empört. Erschüttert waren sie im Oktober 1982 über das Mitte September an Palästinensern in Beirut verübte Massaker, das zwar christliche Milizen zu verantworten hatten, jedoch mit israelischer Duldung. Bei der Nach-Frage im Februar 1983 waren zwar die Gemüter weniger erhitzt, und die Sympathie für Israel war erneut stärker als die für die arabische Seite, aber erstens hatte sich der Abstand im Vergleich zu früheren Daten erheblich verringert, zweitens scheint sich die

Zuneigung zu den Arabern auf einem Niveau stabilisiert zu haben, das deutlich über dem früheren (bis 1978) lag, und drittens dürfte die Zunahme der „Weder-noch“-Antworten besonders bedeutsam sein. Keine der beiden Konfliktparteien genießt große Sympathien in der Bundesrepublik Deutschland.

Die Ergebnisse vom November 1956 wird man nur als aufschlußreichen indirekten Vergleich verstehen dürfen, da nicht nach der Position im ägyptisch(arabisch)-israelischen Konflikt gefragt wurde. Vielmehr sollten westdeutsche Bürger erklären, ob sie im Suez-Konflikt auf der Seite Ägyptens, Englands oder Frankreichs standen. Weil aber die am 29. Oktober 1956 begonnene Invasion Ägyptens durch Engländer, Franzosen und Israelis gemeinsam geplant und unternommen wurde, enthält die Allensbacher Frage nicht nur einen grundlegenden Fehler, sondern auch eine Verzerrung zugunsten Israels. Insofern wäre es gewiß nicht unangebracht, die für England und Frankreich ermittelten Sympathiewerte auf Israel zu übertragen. Um auf diese Vorgehensweise aufmerksam zu machen, wurden die Zahlen für 1956 in Klammern gesetzt. Unproblematisch ist diese Übertragung nicht, denn 52 % der Bundesrepublikaner meinten,

¹⁾ Durch ein Forschungsstipendium der Konrad-Adenauer-Stiftung war es mir möglich, die israelischen Daten vom PORI-Institut (Public Opinion Research of Israel) zu erhalten.

Tabelle 1. Sympathien im arabisch-israelischen Konflikt, 1956/65—1983 (in Prozent)

Frage: „Zum Konflikt zwischen Israel und den arabischen Staaten: Auf welcher Seite stehen Sie: mehr auf der Seite der Israelis oder mehr auf der Seite der Araber?“

	(11/1956)**	3/1965	6/1967	7 + 8/1967	5/1970	4/1971	4/1973	10/1973	12/1974	4/1978	5/1981	10/1982	2/1983	
	Suez-Krieg	Ulbricht in Ägypt.	Krieg	„Auf-atmen“	Abnut-zungs-krieg Terror	Vor Scheel-Besuch	Vor Brandt-Besuch	E A Krieg	Terror + Gegen-terror (PLO)	März: Isr. im Libanon	Begin-Angriffe auf Kanz-ler + Volk	Beirut: Massaker an Palästi-nensern	Weniger Empörung?	
Israel	(10)	24	55	59	45	43	37	40	57	50	44	21	20	19
Araber	(56)	15*	6*	6*	7	8	5	6	8	7	7	24	26	15
Weder/Noch	(6)	44	27	27	32	29	37	45	25	29	33	43	39	51
Unentschieden	(28)	17	12	8	16	20	21	9	10	14	16	12	21	15

* nur bezogen auf Ägypten

** Frage: „Auf welcher Seite stehen Sie: Mehr auf der Seite von Ägypten oder mehr auf der Seite von England und Frankreich?“ Nach Israel wurde also nicht gefragt, die Werte für England und Frankreich auf Israel übertragen. Daher sind sie eingeklammert.³⁾

A = Allensbach-Umfrage

E = EMNID-Umfrage

(Daten aus: Diversen Jahrgängen des Allensbacher Jahrbuches; „Die Stimmung im Bundesgebiet“ [= Allensbach] diverse Ausgaben; Allensbacher Berichte [Nr. 41/1973]; Zusatzinformationen aus einzelnen Allensbacher Umfragen; EMNID-Informationen 11 bis 12/1973)

³⁾ Die „Schuld am Konflikt in Ägypten“ wurde von 52% der Befragten England, von 29% Frankreich, von 17% Israel, von 11% Ägypten und von 10% Rußland zugewiesen, 18% blieben unentschieden; vgl. Jahrbuch der öffentlichen Meinung 1957, S. 355.

daß Israel zu dieser Aktion von England und Frankreich lediglich „angestiftet“ worden sei³⁾. Genau so viele, also 52 %, hielten England für den Haupt„schuldigen“ der Auseinandersetzung, und nur 17 % meinten, Israel sei „am meisten schuldig“⁴⁾. Der für Ägypten so erfreuliche Wert von 56 % zeigt, daß „die“ arabische Seite durchaus mit Wohlwollen in der Bundesrepublik rechnen konnte. Sobald aber der arabisch-israelische Konflikt direkt angesprochen war, verringerte sich dieses Wohlwollen erheblich.

Drei Phasen erkennt man bei der Entwicklung der Sympathiekurve: Erstens die Zeit vor dem Sechstagekrieg. Zweitens den Abschnitt vom Juni 1967 bis zum Ende der siebziger Jahre. Drittens die Periode seit 1981, genauer: 1983. Vor dem Krieg des Jahres 1967 und im Februar 1983 wurden in der Tendenz ähnliche Daten ermittelt. Zwar bekundeten die Befragten eine stärkere Zuneigung für die israelische Seite, aber der Abstand zur arabischen Partei war vergleichsweise gering, während der Anteil der „Weder-noch“-Antworten sowie der Unentschiedenen rund zwei Drittel erreichte. Mit anderen Worten: Nur ein Drittel bekannte sich überhaupt zur einen oder anderen Seite.

Der Sechstagekrieg brachte zweifellos den ersten Einschnitt in der Sympathiekurve. Die Sympathie für David, der dem übermächtigen Goliath die Stirn bot, trug wohl zu diesem Zuneigungsschub ebenso bei wie die von den Bürgern empfundene Erleichterung über die „Rettung“ Israels. Den Außenstehenden schien Israels Existenz tatsächlich bedroht, und auch die Schnelligkeit des israelischen Sieges veränderte das Bild von David und Goliath nicht. Risse jedoch wurden in diesem Bild zwischen 1970 und 1981 erkennbar: Die bundesdeutsche Öffentlichkeit schwankte in der Langzeitprognose bezüglich der Frage, ob „auf die Dauer“ Israel oder die Araber „eines Tages die Stärkeren sein“ würden. Im Mai 1970 glaubten dies 29 % von den Israelis und 27 % von den Arabern, im Dezember 1974 (rund ein Jahr nach dem Jom-Kippur-Krieg) nur noch 26 % von den Israelis und 34 % von den Arabern, im April 1978 (nach der kurzfristigen Libanon-Invasion der Israelis im März 1978) sahen 40 % die Israelis und 20 % die Araber als Überlegenen, aber im Mai 1981 (während der Auseinandersetzungen um

deutsche Waffenlieferungen an Saudi-Arabien) glaubten 27 %, daß die Israelis stärker sein würden, während 33 % es den Arabern zu trauten. Der Anteil der Unentschiedenen blieb mit rund 40 % weitgehend gleich⁵⁾. Aus diesen Zahlen kann geschlossen werden, daß die Entwicklung der Sympathiekurve zwischen 1970 und 1981 nur unwesentlich von der Einschätzung Israels als David oder Goliath beeinflusst wurde. Dagegen ist für die Wende von 1967 kein anderer Grund als das David-Image zu erkennen, wobei vielleicht (!) das geschichtlich begründete Unbehagen hinzukam, beim (befürchteten) Untergang „der Juden“ so kurz nach dem Holocaust untätig zusehen zu müssen. Dies kann jedoch nur eine Vermutung bleiben.

Der hohe Sympathiewert vom Sommer 1967 (59 %) wurde nie wieder erreicht. Nur während des Jom-Kippur-Krieges, im Oktober 1973, ermittelte Allensbach noch einmal einen fast ebenso hohen Stand (57 %). Zu beachten wäre hier die Tatsache, daß die Sympathie für Israel, die EMNID registrierte, mit 40 % deutlich niedriger, die Zahl derjenigen ohne Position wesentlich höher war. Abgesehen von dieser kurzfristigen Schwankung im Herbst 1973 (bis einschließlich 1974) ging die Sympathie für Israel auch in der zweiten Phase zwischen 1967 und 1978 tendenziell zurück.

Zwei weitere Einstellungsmuster sollte man in bezug auf die zweite Phase erwähnen: Zum einen die kontinuierlich niedrigen Sympathiewerte für die arabische Seite, die zwischen 6 % und 8 % schwankten, zum anderen die Tatsache, daß zwei Einstellungsblöcke von ungefähr je 50 % entstanden waren. Der eine Block bezog klare Positionen für Israel oder die Araber, der andere blieb unentschieden. Auch hierin unterscheidet sich die zweite von der ersten und dritten Phase, in denen zwei Drittel keine Position vertraten und ein Zuneigungspotential nur bei einem Drittel erkennbar wurde.

Der Mai 1981 brachte durch Begins rhetorisch-politischen Rundumschlag nicht nur eine zeitweilige Umkehrung der traditionellen Pro-Kontra-Verteilung, sondern auch einen grundsätzlichen Wendepunkt. Die dritte Phase wurde eingeleitet: Pro und Kontra entsprachen dem herkömmlichen Schema, doch der Block der Unentschiedenen schwoll gewaltig an.

Möglicherweise ist es voreilig, aufgrund der Daten vom Februar 1983, also nach dem Abklingen der ersten Erregungen der Jahre 1981 und 1982, schon auf eine neue Phase hinzu-

⁵⁾ Allensbacher Jahrbuch 1978—1983, S. 649.

³⁾ 20 % der Befragten meinten, Israel habe dies „auf eigene Faust angefangen“, 28 % waren unentschieden; vgl. Jahrbuch der öffentlichen Meinung 1957, S. 355.

⁴⁾ Ebd. Frankreich 29 %, Ägypten 11 %, Rußland 10 %, unentschieden 18 % (über 100 %, weil Mehrfachantworten möglich waren).

weisen. Dafür spricht aber erstens die Tatsache, daß trotz der Abkühlung auch noch Anfang 1983 die Sympathie für Israel weiter abnahm, zweitens keine dramatischen Ereignisse stattfanden, die eine grundsätzliche Umkehrung des Trends hervorgerufen haben könnten, und drittens die Umfragedaten aus

II. Umfragen in Israel

Bei Erhebungen, die in Israel zum Thema der beidseitigen Beziehungen durchgeführt wurden, scheint es angebracht, zwischen Grundsatzfragen einerseits und Problemen des politischen Alltags andererseits zu unterscheiden. Es ist sinnvoll, dieser Einteilung noch eine Zwischenstufe mit der Bezeichnung „Alltagsprobleme mit grundsätzlichem Charakter“ hinzuzufügen.

Bedauerlicherweise liegen zum Thema der israelisch-deutschen Beziehungen erst seit 1970 Erhebungen vor, in denen zudem selten dieselben Fragen gestellt werden, die die Bundesdeutschen zu beantworten hatten. Ähnlich wie in der Bundesrepublik Deutschland hat auch in Israel nur ein einziges Institut Feldforschung auf diesem Gebiet betrieben, nämlich das Public Opinion Research of Israel (PORI).

Nicht chronologisch, sondern nach der Intensität der Grundsätzlichkeit seien die in Israel durchgeführten Umfragen vorgestellt; keineswegs ist allerdings dabei auszuschließen, daß der eine oder andere Leser den Grad des Grundsätzlichen anders einschätzt als der Autor.

Nach der Darstellung und Auswertung der Antworten aus der Gesamtbevölkerung werden die soziologischen und parteipolitischen Unterschiede der Befragten berücksichtigt und erörtert.

1. Grundsatzfragen

„Sind alle heute noch lebenden Deutschen Schuld am Holocaust an den Juden?“ fragte PORI im März 1982 einen repräsentativen Querschnitt der jüdischen Bevölkerung des Landes. Die überwältigende Mehrheit von 40,6 % antwortete mit Nein, nur 8,5 % mit Ja⁷⁾.

⁶⁾ Vgl. dazu ausführlich mit vielen Daten meine Aufsätze „The European Community and the Middle East“, in: Middle East Contemporary Survey, hrsg. v. C. Legum u. a., Bände V—VII, New York—London 1983—1985. Die dort vorgelegten Daten sind auch in bezug auf Alter und Parteizugehörigkeit aufgeschlüsselt.

⁷⁾ PORI-Umfrage 4.—14. 3. 1982. Alle in diesem Aufsatz genannten PORI-Erhebungen sind bislang unveröffentlicht.

zahlreichen westeuropäischen Staaten schon seit Jahren ein ähnliches Muster aufweisen: Die meisten Befragten sind dem Weder-noch-Lager zuzurechnen; bei denjenigen aber, die sich für eine der beiden Seiten entschieden, verfügt Israel über einen entscheidenden Vorsprung⁶⁾

Daß aber die „vor 1928 geborenen“, noch lebenden Deutschen Schuld am Holocaust trügen, meinten 42,8 %⁸⁾. Man könnte von einer abgestuften Kollektivschuld-These sprechen, die von der Mehrheit der jüdischen Israelis danach vertreten wurde. Unterschieden wurde zwischen den Generationen der Deutschen, doch nicht innerhalb der Generationen.

Die zweite Grundsatzfrage wurde sowohl im Juli 1972 als auch im Juni 1981 gestellt: „Gibt es in Deutschland Chancen für ein Wiederaufleben des Nazismus oder etwas Ähnlichem?“

In der Frühphase der sozialliberalen Koalition glaubten rund 39 % an diese Möglichkeit, fast genau so viele glaubten es nicht; 21 % hatten dazu keine Meinung⁹⁾.

Gegen Ende der sozialliberalen Koalition, im Juni 1981, glaubten jedoch 55 % an die Chance eines Wiederauflebens des Nazismus, 29 % sahen diese Gefahr nicht; 10 % sagten „Vielleicht“ und 10 % enthielten sich einer Stellungnahme. Doch sollten keine allzu grundsätzlichen Folgerungen aus diesen Antworten gezogen werden! Die Umfrage wurde einen Monat nach Begins Angriffen auf Helmut Schmidt und „das“ Deutsche Volk durchgeführt. Die Grundsatzfrage war vom Alltagsärger verzerrt worden. Es wäre verwunderlich, wenn dieser kurzfristige Ärger, der ja auf der deutschen Seite zu grundlegenden Veränderungen im öffentlichen Meinungsbild führte, nicht auch in Israel Konsequenzen gehabt hätte. Völlig unberührt von dieser Feststellung bleibt die Beurteilung der „Schuld“frage.

Wie sehr im Juni 1981 die Stimmung „angeheizt“, auf jeden Fall erregt und nicht nur gegen Schmidt gerichtet war, sondern auch gegen die Bundesrepublik generell, beweist eine andere Frage, die den politischen Alltag betraf, genauer: Begins Attacken gegen Kanzler und Volk. PORI zufolge rechtfertigten genau 50 % der jüdischen Israelis diese Benotung ih-

⁸⁾ Ebd.

⁹⁾ Umfragedaten 28. 6. bis 5. 7. 1972 und 1. bis 4. 6. 1981.

res Ministerpräsidenten, 32 % lehnten sie ab und 14 % hatten keine Meinung¹⁰⁾.

Den nur bedingten und eher zyklischen Auswertungswert der Antworten vom Juni 1981, die auf die zweite Grundsatzfrage gegeben wurden, belegen die Einstellungen zur dritten Grundsatzfrage:

„Ist die heutige Bundesrepublik Deutschland ein anderes Deutschland als das Nazi-Deutschland?“ wollte PORI im Juni 1981 und im März 1982 von den jüdischen Israelis wissen¹¹⁾. An das „andere Deutschland“ glaubten im Juni 1981 immerhin noch 43 %, aber im März 1982 64 %. Daß es das „andere Deutschland“ nicht gäbe, behaupteten im Juni 1981 28 % und im März 1982 nur 13 %. Nicht entscheiden konnten sich im Juni 1981 rund 29 %, im März 1982 nur noch 22 %.

Selbst das Ergebnis vom Juni 1981 ist keineswegs dramatisch zu nennen, denn in der gefühlsbetonten Stimmung jenes Monats wurde von 72 % *nicht* bestritten, daß sich Deutschland gewandelt habe. Das Zusammenzählen der Ja-Stimmen und der Unentschiedenen ist deswegen berechtigt, weil die Stimmung Deutschland gegenüber damals aufgewühlt war, und unentschiedene Antworten sind stets ein Hinweis auf kühlere Köpfe, die sich nicht von der Anti-Stimmung mitreißen lassen.

Die vierte Grundsatzfrage wurde im Oktober 1979 gestellt: „Meinen Sie, daß die Wiedergutmachungszahlungen fünfunddreißig Jahre nach dem Ende des Zweiten Weltkrieges eingestellt oder entstehende Ansprüche immer noch wie bisher behandelt werden sollten?“¹²⁾ Die überwältigende Mehrheit von 71 % sprach sich dafür aus, „entstehende“, also neue Ansprüche wie bisher zu behandeln, 17 % plädierten für ein Ende, und 12 % mochten sich nicht entscheiden. Mit anderen Worten: An der Wiedergutmachung solle nicht gerüttelt werden. Wer wollte schon freiwillig auf private Vergünstigungen wie die an Einzelpersonen fließenden Gelder aus Deutschland verzichten? Wer so denkt, irrt? Denn der Anteil

¹⁰⁾ PORI-Umfrage ebenfalls vom 1.—4.6. 1981; vgl. die Gallup-Umfrage: Mit der Weigerung Begins, „einem Deutschen, der Kriegsteilnehmer im Zweiten Weltkrieg war“, die Hand zu geben, „identifizierten“ sich 49% der Israelis, 30% taten dies nicht, und 21% blieben unentschieden, in: Allensbacher Jahrbuch 1978—1983, S. 651.

¹¹⁾ Im Juni 1981 lautete die Frage etwas anders: „Glauben Sie, daß es heute ein „anderes Deutschland“ gibt, und sind die heutigen Deutschen anders als die Deutschen während des Zweiten Weltkrieges?“ Genaue Daten der Umfragen: 1.—4.6. 1981 und 4.—14.3. 1982.

¹²⁾ PORI-Umfrage vom 15.—21. 10. 1979.

derjenigen, die von den deutschen Transferzahlungen „etwas haben“, müßte bei der Antwort deutlich höher sein als bei den Israelis, die hiervon nicht betroffen sind. Genauer: Israelis euro-amerikanischer Herkunft müßten viel häufiger die Einstellung der Ansprüche ablehnen als ihre Landsleute afro-asiatischer Herkunft. Tatsächlich jedoch wollten 72 % der euro-amerikanischen und 69 % der afro-asiatischen Juden die bis dahin übliche Handhabung fortgesetzt wissen¹³⁾. Die Differenz zwischen beiden Bevölkerungsgruppen ist aber hier so gering, daß man kaum ernsthaft die Standpunkte mit der Betroffenheit oder gar dem eigenen Vorteil der Befragten erklären kann.

Diese Interpretation wird auch durch den folgenden Sachverhalt belegt: Zabarim (die im Lande Geborenen) und Israelis, die bis einschließlich 1947 ins Land gekommen waren, plädierten fast genau so oft für die übliche Praxis, d. h. die Früheinwanderer, die unmittelbar hiervon eher persönlich profitieren, zu 70 %, und die Zabarim, die wohl kaum Vorteile aus dieser Regelung zogen, zu 69 %. Auch die Altersunterschiede führen nur zu bedingt veränderten Einstellungen: Die Jüngsten (18 bis 29 Jahre) traten zu 70 %, die Ältesten (60 Jahre und mehr) zu knapp 73 % für die traditionelle Regelung ein.

Für mehr als vier Fünftel der Israelis (84 %) war die Wiedergutmachung „eine moralische Verpflichtung der Bundesrepublik an die Opfer des Nazi-Regimes“¹⁴⁾. Nur 6 % hielten die Reparationen nicht für eine „moralische Verpflichtung“, 10 Prozent blieben unentschieden. Zugleich glaubten 71 % auch einen instrumentellen Charakter der Wiedergutmachung erkennen zu können. Die Reparationen hätten, so meinten sie, Deutschland überhaupt erst wieder dazu verholpen, „Partner der Weltpolitik und -wirtschaft“ zu werden. Nur 12 % hielten dem entgegen, daß diese finanziellen Leistungen für die „Wiederzulassung“¹⁵⁾ Deutschlands als Partner der Weltpolitik und -wirtschaft „nicht wichtig“ gewesen seien, und 16 % enthielten sich einer Stellungnahme.

Daß deutsches Militär oder gar deutsche Uniformen in Israel Gefühlsaufwallungen auslösen würden, darf man fast als gesichert an-

¹³⁾ Die Herkunft des Vaters wurde jeweils ermittelt.

¹⁴⁾ PORI-Umfrage vom 15.—21. 10. 1979.

¹⁵⁾ In der englischen Fassung: „... important for Germany's acknowledgement as a partner in world politics and economics“. „Acknowledgement“ muß als „Zulassung“ bzw. Wiederzulassung besser übersetzt werden.

nehmen. Im September 1974 fragte PORI: „Israel und Westdeutschland planen, Militäretachés für ihre Botschaften in Bonn und Tel-Aviv zu benennen. Würde es Sie stören, wenn ein Offizier in deutscher Uniform in Tel-Aviv stationiert wäre?“¹⁶⁾ Doch überraschenderweise ergab sich das folgende Bild: 57 % meinten, es würde sie „nicht stören“, 31 % nahmen daran Anstoß, 4 % gaben an, es würde sie „etwas stören“, und rund 9 % legten sich nicht fest. Selbst die in der Frageformulierung erwähnte deutsche Uniform schreckte die Mehrheit der Israelis im Herbst 1974 nicht mehr ab; ein ebenso erstaunliches wie auf Entkrampfung deutendes Zeichen. Die Juden, die zum ersten Mal in der Gegenwartsgeschichte ihres Volkes eigene Truppen besitzen, sind ganz offenkundig bereit zur Differenzierung. Auch wenn es sich um eine Frage der Präsenz von Soldaten in deutscher Uniform handelt, stehen diese offenbar nicht für das Klischee des (brutalen) Deutschen schlechthin.

2. Alltagsfragen mit grundsätzlichem Charakter

„Sind Sie für oder gegen Beziehungen zu Deutschland?“ Diese Frage stellte PORI im Mai 1972, also noch vor dem an israelischen Sportlern verübten Massaker während der Olympischen Spiele in München. Dennoch gab es auf beiden Seiten schon zu diesem Zeitpunkt auf der Regierungsebene unüberhörbare Verstimmungen. Die Bundesregierung wandte sich vernehmbar gegen die fortwährende Besetzung der 1967 von Israel eroberten Gebiete und schloß sich im Mai 1971 einer zwar nicht veröffentlichten, doch an die Presse gedruckten Erklärung der EG-Außenminister an. Darin wurde Jerusalem u. a. aufgefordert, die besetzten Territorien zurückzugeben; Jerusalem sollte überdies internationalisiert werden, und mehr oder weniger verklaustriert traten die Minister für das Selbstbestimmungsrecht der Palästinenser ein¹⁷⁾.

Offenbar hiervon unbeeindruckt befürworteten im Mai 1972 rund 56% der befragten Israelis Beziehungen zu Deutschland, 18% sprachen sich dagegen aus, ebenfalls rund 18% wollten „nur notwendige Beziehungen“ (wobei eher unvermeidliche als notwendige, Englisch: „necessary“, gemeint gewesen sein dürften), und 8% gaben keine Meinung an¹⁸⁾.

¹⁶⁾ PORI-Umfrage vom 22.—30.9.1974.

¹⁷⁾ Vom 7.—9. Juli 1971 besuchte Walter Scheel als erster amtierender bundesdeutscher Außenminister Israel, vgl. Die Welt vom 14.7.1971.

¹⁸⁾ PORI-Umfrage 215 vom Mai 1972 (keine genauen Daten angegeben).

Fast genau ein Jahr später (Ende Mai 1973) und wenige Tage vor dem Israel-Besuch Willy Brandts, der als erster amtierender Bundeskanzler nach Israel reiste¹⁹⁾, traten demgegenüber genau zwei Drittel (66,6%) nicht nur für „Beziehungen“, sondern sogar für „gute Beziehungen“ mit der Bundesrepublik ein²⁰⁾. Obgleich geringfügig, nämlich um rund zwei Prozent, stieg der Anteil der Verneiner von 18% auf 20%, während nur noch 3% „bedingt“ gegen diese Beziehungen eingestellt waren. Elf Prozent wollten sich nicht festlegen.

Insgesamt zeigt auch diese Umfrage zweifellos eine zunehmende Offenheit Deutschland gegenüber, denn bei der zweiten Erhebung stieg nicht nur die Zahl der Ja-Sager, sondern eben auch der Anteil der Befürworter guter Beziehungen. Diesen kleinen Zusatz kann man nicht stark genug hervorheben.

— „Wovor haben Sie in der BRD²¹⁾ die meiste Angst?“ wollte PORI im März 1982 wissen²²⁾. Bei weitem die meiste Angst hegten die Israelis vor dem Antisemitismus“ (32%). Erst mit deutlichem Abstand wurden die übrigen Ängste registriert: „Gleichgültigkeit gegenüber dem Staat Israel“ (13%); „Sympathien für Araber, z. B. PLO“ (12%). Erst nach der „Weißnicht“-Antwort (11%) folgten die übrigen Ängste: „Rückkehr zum Faschismus wegen Wirtschaftskrise und Arbeitslosigkeit“ (7%), „Fremdenhaß“ (6%), „Waffenlieferungen an Araber, z. B. Leopard-Panzer“ (5,6%), „Nationalismus“ (4%), „Linksextremismus“ (3%), „Pazifismus“ (3%), „Rechtsextremismus“ (3%), „alle übrigen“ (2%) und „Militarismus“ (1%). Deutlich überwiegen die auf den politischen Alltag bezogenen Sorgen, wobei das Thema „Antisemitismus“ als geschichtlich bedingte Alltagsangst zu verstehen ist. „Gleichgültigkeit Israel gegenüber“ und „Sympathien für Araber“ sind eindeutige Alltagsbefürchtungen. Die auf die deutsch-jüdische Geschichte zielenden Ängste („Rückkehr zum Faschismus“ u. a.) findet man erst auf den hinteren Rängen. Die Sorgen der Gegenwart haben die Last der Geschichte verdrängt, zumindest in den Hintergrund gedrängt.

Zum Anschluß an die Beantwortung der Grundsatzfragen sei noch auf eine kulturpolitische Fragestellung von 1981 hingewiesen: „Sind Sie dafür oder dagegen, wenn Richard-Wagner-Musik vom Israelischen Philharmonischen Orchester gespielt werden sollte?“ Nach jahrelangen Demonstrationen dafür und

¹⁹⁾ Der Besuch fand vom 7.—11. Juni 1973 statt.

²⁰⁾ PORI-Umfrage vom 20.—24.5.1973.

²¹⁾ So die wörtliche Frage in der Übersetzung von PORI.

²²⁾ PORI-Umfrage vom 4.—14.3.1982.

dagegen wollte PORI den repräsentativen Querschnitt ermitteln und nicht nur die demonstrierenden Aktivisten der einen oder anderen Seite²³⁾. Genau die Hälfte war gegen öffentliche Wagner-Konzerte, nur 18% hätten sie gerne gehört, 2% waren „bedingt dafür“, und 30% verweigerten eine Stellungnahme. Erstaunlicherweise reizte der tote Komponist die Israelis der Gegenwart offenkundig stärker als ein uniformierter deutscher Offizier in Tel-Aviv. Der Schluß kann nur lauten: Zum neuen Deutschland wollte man normale Kontakte knüpfen; mit dem alten wollte man nichts zu tun haben.

Entpuppten sich dabei etwa die Bevölkerungsgruppen mit der schlechtesten Schulbildung als die entschiedensten Anti-Wagnerianer? Keineswegs. Deutlich über dem Durchschnitt lagen die ablehnenden Antworten bei Universitätsabsolventen (53%). Die bis 1947 aus Europa und Amerika eingewanderten Bürger sowie diejenigen, die älter als 50 Jahre alt waren, also die am unmittelbarsten mit der Welt des Komponisten in Berührung gekommenen Juden lehnten eine musikalische Wiederbegegnung mit Wagner ab. Sie empfanden eine Wagneraufführung als politisches Ereignis und darüber hinaus als Rehabilitierung für einen Mann, der den Juden stets ablehnend gegenübergestanden hatte. Das wiederum erhebt diese scheinbar zweitrangige Frage letztlich doch noch zu einer grundsätzlichen, weil sie zugleich das Verhältnis zum alten Deutschland auspricht.

3. Fragen zum politischen Alltag

Nicht alle mit diesem Bezug vorzustellenden Fragen lassen sich als „alltäglich“ bezeichnen, da auch hier nicht selten der vordergründige Alltag historische, also grundsätzliche Dimensionen aufweist. Das Grundsätzliche im Hintergrund schimmert bis zum Vordergründigen durch.

— „Welches der genannten Völker würden Sie als Israels Freunde bezeichnen — das deutsche, US-amerikanische, britische oder französische?“ Diese Frage, bei der auch mehr als eine Antwort gegeben werden konnte, stellte PORI im März 1970²⁴⁾. Erinnern sollten wir uns in diesem Zusammenhang daran, daß im Winter 1969/70 der israelische Botschafter in der Bundesrepublik Deutschland, Ascher Ben-Nathan, bei Vortragsveranstaltungen an Universitäten von zumeist linken Studenten-

gruppen am Reden gehindert worden war. Im Februar 1970 aber hatte Abba Eban als erster amtierender israelischer Außenminister die Bundesrepublik besucht.

Wie zu erwarten, wurden die US-Amerikaner mit 43% am häufigsten erwähnt. Auf die Antwort „Weiß-nicht“ entfielen 15% — eine durchaus realistische Einschätzung und nicht unbedingt ein Zeichen mangelnder Information. Zudem entspricht diese Einstellung einer im Lande verbreiteten Grundüberzeugung, die besagt, daß die „ganze Welt gegen Israel“ eingestellt sei²⁵⁾.

Das deutsche Volk wurde mit 1,7% an neunter Stelle genannt, die Deutschen und Briten zusammen mit 1,3% an elfter sowie die Deutschen und Franzosen mit 1,1% an zwölfter Stelle. Eine Überraschung enthielt die Bewertung der Regierungen als „Freunde Israels“ zwei Monate später, im Mai 1970²⁶⁾. Bei dieser Interpretation ist auch der Umstand zu berücksichtigen, daß die sozialliberale Koalition in Bonn erst seit wenigen Monaten amtierte. Denn auf das US-amerikanische „Volk“ und dessen Regierung (mit 51% unangefochten auf dem ersten Rang) folgten die deutsche und die US-Regierung (18%); die „Weiß-nicht“-Antworten ergaben wieder genau 15%. Mit 2,3% auf sie allein bezogen, ohne die US-Administration also, kam die Bundesregierung immerhin auf den fünften Platz.

Einen gewissen zyklischen Einbruch konnte man im November 1972 feststellen. Das Münchner Massaker und die Haltung der Bundesregierung den Terroristen gegenüber, ihre Freilassung nach der Entführung der Lufthansa-Maschine, führten zur Distanz, nicht jedoch zu aufgewühlten Reaktionen, die mit der Atmosphäre des Frühjahres 1981 verglichen werden könnten.

„Halten Sie Westdeutschland nach den letzten Ereignissen (der Tragödie während der Olympischen Spiele in München) für einen Freund Israels?“ wurde von PORI im November 1972 gefragt²⁷⁾.

„Weder-noch“ war die häufigste Antwort von 47% der Befragten. Noch immer schätzen 35% Westdeutschland (also weder „Volk“ noch Regierung, wie in den eingangs erwähnten Fragen) als „Freund“, während 9% von einem „Feind“ sprachen und weitere 9% keine Stellung bezogen.

²⁵⁾ Wie berechtigt diese Haltung ist, kann und soll hier nicht überprüft werden. Zur Einstellung selbst vgl. M. Wolffsohn, Politik in Israel, Kap. 18, sowie M. Wolffsohn, Israel. Politik, Gesellschaft, Wirtschaft. Opladen 1983, S. 19 ff.

²⁶⁾ PORI-Umfrage vom 22. 5. 1970.

²⁷⁾ PORI-Umfrage vom 20.—24. 11. 1972.

²³⁾ PORI-Umfrage vom 1.—6. 12. 1981. Ohne die sozio-demographische Aufschlüsselung veröffentlicht in: Index to International Public Opinion, Vol. IV, S. 446.

²⁴⁾ Keine genaueren Daten genannt.

Auch die israelische Regierung hatte bis zum Zeitpunkt dieser Umfrage, bis zum November 1972, „arabische Terroristen“ gegen entführte Israelis ausgetauscht. Bestand in den Augen der Bürger des Jüdischen Staates zwischen diesen Austauschaktionen der eigenen Regierung und der Freilassung der „arabischen Terroristen“ durch Bonn ein Unterschied²⁸⁾. 61 % der Befragten fanden, es bestünde ein Unterschied, 22 % erkannten keinen, und 17 % vermochten nicht, sich zu entscheiden.

Worin bestand eigentlich der Unterschied? „Deutschland hat Mörder freigelassen“, meinten 36%, und 29% bekräftigten, daß es „einen Unterschied gibt“, konnten „aber nicht sagen“, worin dieser konkret zu finden sei. Mit anderen Worten: Das Unbehagen war emotional, nicht rational, die eigene Seite wollte man in milderem Licht sehen; also sah man sie in milderem Licht²⁹⁾.

Begrüßten die jüdischen Israelis den Besuch des ersten amtierenden Bundeskanzlers in ihrem Staat? PORI versuchte, dies zu drei verschiedenen Terminen vor der Visite Willy Brandts zu ermitteln: im März 1972, im November desselben Jahres, nach dem Münchner Massaker und der Freilassung der Terroristen, sowie Ende Mai 1973, wenige Tage vor dem Eintreffen des bundesdeutschen Regierungschefs.

Die Einladung selbst begrüßten im März 1972 zwei Drittel der Israelis (66%). Nur 9% lehnten sie ab, 18% gaben sich „neutral“, und nur 8% äußerten sich nicht konkret³⁰⁾.

Ende November 1972 sprachen sich 75% gegen eine Rücknahme der Einladung aus — eine geradezu sensationelle Zahl, wenn man das registrierte Unbehagen der öffentlichen und der veröffentlichten Meinung Israels nach den Schreckensereignissen bedenkt. Lediglich 15% wollten, daß Brandt wieder eingeladen würde; weitere 10 Prozent legten sich nicht fest³¹⁾.

Erwarteten die Israelis eine Verbesserung, Verschlechterung der zweiseitigen Beziehungen oder glaubten sie an keine Veränderung? Die Möglichkeit einer Verbesserung erkannten 44%, an gleichbleibende Beziehungen

glaubten 41%, 14% konnten sich nicht entscheiden und nur 1% rechnete mit einer Verschlechterung³²⁾.

Daraus ergibt sich: Die Israelis sahen Brandts Besuch mit großer Nüchternheit entgegen; von Aufgeregtheit keine Spur.

Viel politischen Staub wirbelte die Kontroverse zwischen Helmut Schmidt und Menachem Begin auf. Wenige Tage nach dem verbalen Angriff des israelischen Ministerpräsidenten fragte das Meinungsforschungsinstitut Gallup die Bürger Israels, ob der „Streit zwischen Begin und Schmidt den israelisch-deutschen Beziehungen schaden wird“. Einundfünfzig Prozent sollten sich, wie die deutschen Umfragen unzweideutig belegen, gründlich täuschen: Sie erwarteten keine Verschlechterung der Beziehungen. Mit einem realistischen „Ja“ antworteten 40%, 9% blieben unentschieden³³⁾. Daß die Mehrheit der Israelis in dieser Kontroverse ihren Ministerpräsidenten grundsätzlich unterstützte, wurde bereits erwähnt. Inhaltlich stimmten ihm darüber hinaus 70% zu³⁴⁾.

Nach den zahlreichen Aufgeregtheiten der vorangegangenen Monate und noch vor der öffentlichen Erklärung von Bundeskanzler Schmidt, seine Regierung werde an Saudi-Arabien keine Leopard 2-Panzer liefern, also vor dem 25. Mai 1982, wollte der Bayrisch-Rundfunk (Fernsehen) das Verhältnis der Israelis zur Bundesrepublik ermitteln³⁵⁾. 38% gaben keine Antwort, 31% beurteilten das Verhältnis „positiv“, 30% „negativ“.

Zwei Möglichkeiten einer Interpretation bieten sich hier an: Die eine besagt, daß trotz der historischen und seit 1981 geschürten Spannungen im politischen Alltagsbereich immerhin zwei Drittel der Israelis das Verhältnis als „gut oder „weder-noch“ bezeichnen; dies ist nach den Gefühlsaufwallungen auf beiden politischen Ebenen gewiß kein schlechtes Zeichen. Die andere Interpretation schlägt die Weder-noch-Antworten auf die Seite des negativen Ansatzes. Die erste Interpretation scheint plausibler aufgrund des so stark emotionalisierten Charakters der beiderseitigen Beziehungen. Ein „Weder-Noch“ kann hier

²⁸⁾ Ebd.

²⁹⁾ Dieselbe Umfrage, hier eine Nachfrage. Für 12% kam die Freilassung durch die Bundesregierung „zu schnell, ohne tatsächlichen Druck“. Sie vermuteten, daß es vorherige Absprachen gegeben hätte. Auf die Wiedergabe der übrigen Gründe sei hier verzichtet. Immerhin wußten 9% überhaupt keine Antwort. Es würde zu weit führen, die Unterschiede in diesem Rahmen abzuwägen.

³⁰⁾ PORI-Umfrage vom 15.—22. 3. 1972.

³¹⁾ PORI-Umfrage 20.—24. 11. 1972.

³²⁾ PORI-Umfrage vom 20.—24. 5. 1973.

³³⁾ Zit. in Allensbacher Jahrbuch 1978—1983, S. 652.

³⁴⁾ Ebd. Die Frage lautet: „Manche sagen (gemeint war der Bundeskanzler; M. W.), daß nicht nur die Israelis Anspruch auf garantierte Sicherheit haben und daß man auch den Palästinensern das Selbstbestimmungsrecht einräumen müsse. Stimmen Sie dieser Ansicht zu oder nicht?“ 70% stimmten nicht zu, 16% stimmten mit Ja, 14% blieben unentschieden.

³⁵⁾ PORI-Umfrage vom 4.—14. 3. 1982.

eher für ein Zeichen der Distanz gehalten werden. Bestimmt kann man aber sagen, daß die Aufteilung der Israelis in drei Meinungsböcke, statt zwei, wo es nur schwarz oder weiß gäbe, für ein differenziertes Meinungsbild spricht. Umgekehrt gilt dies freilich auch für die öffentliche Meinung in der Bundesrepublik, wo bekanntlich das Weder-noch-Lager im Hinblick auf den israelisch-arabischen Konflikt heute vorherrscht.

4. Politisch-soziologische Aufschlüsselung

Unsere besondere Aufmerksamkeit gilt in diesem Abschnitt den politischen Generationen, also den verschiedenen Alters- und Erlebnisgruppen sowie dem Ausbildungs- und Herkunftsfaktor. Da Einkommen und Berufskreis (ebenso wie auch die Ausbildung) mit der Herkunft der Befragten in der Regel eng zusammenhängen, können wir auf diese beiden Merkmale kürzer eingehen.

a) Politische Generationen

Altersgruppen

Wir unterscheiden der Einfachheit und der überwältigenden Bedeutung des Ereignisses wegen zwischen der Holocaust-Generation einerseits und der Nach-Holocaust-Generation andererseits. Die letztere hat in ihrer politisch prägenden Phase, im Alter von ungefähr 17 bis 25 Jahren, vom Holocaust nur gehört, während die ältere Generation ihn miterlebt, zum Teil auch durchlebt und durchlitten hat.

Bei den vorgestellten Grundsatzfragen fällt auf, daß die Nach-Holocaust-Generation Deutschland gegenüber wesentlich versöhnlicher eingestellt ist als die Generation der „Katastrophe“, wie die nationalsozialistische Judenvernichtung auf Hebräisch genannt wird³⁶⁾.

Das Muster: „Je jünger, desto wohlwollender“ gilt in bezug auf sämtliche Grundsatzfragen. Feine, nicht unbedeutende Unterscheidungen verdienen dabei Beachtung: Daß die Bundesrepublik Deutschland ein anderer Staat ist als das Deutschland während des Zweiten Weltkrieges, glaubte die Nach-Holocaust-Generation häufiger als die frühere Altersgruppe. Doch sollte nicht übersehen werden, daß innerhalb der zusammengefaßten Altersstufen der Holocaust-Generation die Ältesten aller

Befragten, also die Israelis, die mehr als sechzig Jahre zählten, mit 41,4% dem Deutschland nach dem Kriege fast ebenso positiv gegenüberstanden wie die 30- bis 39jährigen (40,8%). Nur die Jüngsten (18 bis 29 Jahre) übertrafen mit 51,2% diese Werte.

Zwar fürchteten auch die Ältesten den „Antisemitismus“ in Westdeutschland mehr als jede andere Gefahr, doch wieder wurden hier mit 29% Werte ermittelt, die unter dem Landesdurchschnitt von 32% rangierten. Unterdurchschnittlich ausgeprägt waren „Weißnicht“-Antworten, ihre Angst vor „Gleichgültigkeit gegenüber dem Staat Israel“ oder gar „Sympathien für Araber, z. B. die PLO“. In Alltags- und Grundsatzfragen dokumentiert sich hier jedoch größere Gelassenheit. Das war auch im Hinblick auf die geringe Beunruhigung im Zusammenhang mit dem Problem der „Waffenlieferungen an Araber, z. B. Leopard-Panzer“, zu beobachten. Mehr als die Jüngeren waren sie über den „Rechtsextremismus“ besorgt. Aber auch der „Nationalismus“ und der „Pazifismus“ beunruhigte sie mehr als die Jüngeren.

Weniger einheitlich ist das Bild, das durch die Antworten zu Alltagsfragen entsteht.

Das „deutsche Volk“ hielten die älteren Israelis eher als die jüngeren für einen „Freund“. Die amerikanische Regierung gemeinsam mit der bundesdeutschen schätzte die ältere Generation ebenfalls öfter als „Freund“ ein. War nur nach der westdeutschen Regierung gefragt, notierte man bei den Älteren Durchschnittswerte, ansonsten entstand kein altersbezogenes Muster.

Auch nach dem Münchner Massaker und der erpreßten Freilassung der Terroristen würdigten die jüngsten und ältesten Israelis „Deutschland“ als „Freund“. Bei den Ältesten fanden sich aber auch die meisten „Weder-noch-Antworten“ sowie die Einstufung „Deutschlands“ als „Feind“.

Die Einladung an Willy Brandt, Israel zu besuchen, begrüßten die Jüngeren stärker als die Älteren, die im November 1972 auch energischer für eine Absage der Brandt-Visite eintraten. Nach dem Aufenthalt des damaligen Regierungschefs in Israel fiel lediglich die größere Unsicherheit über die zweiseitigen Beziehungen bei den Älteren auf.

Je jünger die Israelis, desto eher „rechtfertigen“ sie die Angriffe Beginns auf „das“ deutsche Volk sowie den Bundeskanzler. Die Jüngeren „identifizierten“ sich mit dem Inhalt der Absage Beginns ebenfalls häufiger. Man kann dies nicht zuletzt dadurch erklären, daß die jüngeren Israelis im allgemeinen stärker als die

³⁶⁾ Vgl. auch die Umfragen aus den Jahren 1978 und 1979 bei fünfzehnjährigen israelischen Schülern sowie bei Studenten, in: Zimmermann: Einstellungen israelischer Schüler und Studenten zu Deutschland, in: Aus Politik und Zeitgeschichte, B 39-40/1980.

älteren Begins Likud gewählt haben, sowohl 1977 als auch 1981, wenige Wochen nach dem Angriff Begins auf die Deutschen. Da Begins Attacke zudem ein Teil seines damaligen Wahlkampfes war, dürfte die Parteiidentifizierung die jüngeren Israelis eher zu diesem Urteil motiviert haben als eine anti-deutsche Einstellung, die im übrigen auch gerade bei ihnen zuvor seltener anzutreffen war. Die Älteren glaubten auch häufiger als die Jüngeren, daß den deutsch-israelischen Beziehungen durch die Angriffe Begins geschadet werden könnte. Aber das Plädoyer des Bundeskanzlers zugunsten des Selbstbestimmungsrechtes der Palästinenser fand bei ihnen ebenso wenig Anklang wie bei den übrigen Altersgruppen. „Positiv“ bewerteten im Frühjahr 1982 die Beziehungen zwischen beiden Staaten die Altersgruppen von 30 bis 39 sowie die mehr als Sechzigjährigen überdurchschnittlich oft.

Einwanderergruppen

Im folgenden soll der Frage nachgegangen werden, ob sich die Einstellungen der verschiedenen Einwanderungswellen grundsätzlich voneinander abheben. Wir unterscheiden zwischen denjenigen Einwanderergruppen, die bis 1947 ins Land kamen, denen, die zwischen 1948 und 1952 (während der Phase der Masseneinwanderung) eintrafen und denen, die erst seit 1953 oder seit noch kürzerer Zeit Israelis sind; die „Zabarim“, also die im Lande Geborenen, müssen gesondert betrachtet werden.

Bei den Grundsatzfragen erwiesen sich die Zabarim als die größten Optimisten und israelisch-deutschen Fragen gegenüber am meisten aufgeschlossen. Die Alteingesessenen (bis 1947 eingewandert) zeigten sich hingegen besonders distanziert. Auf die entscheidende Skepsis stieß man bei den bis 1947 Eingewanderten. Trotzdem fand man unter allen Einwanderern bei den Veteranen, den Alteingesessenen, mit 68% den größten Anteil an Befürwortern „guter Beziehungen“ zu Westdeutschland. Nur die Zabarim befürworteten sie mit 71% noch entschlossener.

Im Bereich der Alltagsprobleme war das Bild vergleichsweise bunter. Hier schätzten gerade die Alteingesessenen, die schon vor der Staatsgründung im Lande lebten, „das“ deutsche Volk, die Bundesregierung, auch „Westdeutschland“ nach den Ereignissen vom Sommer und Herbst 1972 überdurchschnittlich oft als „Freund“ ein. Ihre Einstellung entsprach dabei am ehesten der der Zabarim. Ähnliche Feststellungen lassen sich in bezug auf Einla-

dung und Ablehnung des Brandt-Besuches treffen.

Die Generation der Gründungsväter, die Veteranen, verurteilten die Angriffe des Ministerpräsidenten auf die Deutschen und ihren Kanzler am heftigsten. Der größten Zustimmung konnte sich Begin bei den aus Nordafrika und Westasien stammenden Einwanderern erfreuen, die zwischen 1948 und 1952 in den gerade unabhängig gewordenen Staat gekommen waren. Wie bei den Zabarim muß allerdings berücksichtigt werden, daß 1977 und noch deutlicher 1981 die Israelis afroasiatischer Herkunft zu den glühendsten Anhängern und Wählern von Begins Likud gehörten. Zwei Drittel dieser orientalischen Israelis der ersten Generation wählten den Likud; in der zweiten Generation der im Lande geborenen orientalischen Juden waren es sogar drei Viertel³⁷⁾.

Wunschenken einerseits sowie eine grundsätzliche Distanz zu Begin und eine realistische Einschätzung der politischen Lage andererseits führten wohl deshalb auch dazu, daß die israelisch-deutschen Beziehungen im März 1982 von den Alteingesessenen in den dunkelsten, von den Einwanderern der Jahre 1948 bis 1952 sowie den Zabarim in den hellsten Tönen wahrgenommen wurden. Die eigene Parteilichkeit bestimmte weitgehend die Wahrnehmung, wobei die Veteranen mit ihrem stärker ausgeprägten Pessimismus nicht nur subjektiv, sondern auch objektiv Recht behalten sollten.

Herkunft

Daß die unterschiedliche Herkunft (des Vaters) die Einstellungen der Befragten auch in bezug auf einige Themen der israelisch-deutschen Beziehungen mitbestimmte, konnten wir bereits teilweise im vorangegangenen Abschnitt erkennen. Im Zusammenhang mit der Betroffenheit in Wiedergutmachungsfragen haben wir diesen Faktor bereits ebenso gestreift wie bei der Frage: „Wagner — ja oder nein?“

Bei den Grundsatzfragen erwiesen sich die Israelis euro-amerikanischer Herkunft im allgemeinen distanzierter als ihre Landsleute afro-asiatischer Herkunft. Drei Ausnahmen wären zu nennen: Für „gute Beziehungen zu Westdeutschland“ traten im Mai 1973 69% der „Aschkenasim“ ein, doch nur 62% der orientalischen Juden. Zwar hätte im Septem-

³⁷⁾ Vgl. M. Wolffsohn, (Anm. 25). (In der demnächst erscheinenden amerikanischen und englischen Ausgabe sind bereits die Zahlen für 1984 enthalten.)

ber 1974 ein uniformierter Offizier aus der Bundesrepublik in Tel-Aviv mehr Aschkenasim als „Orientalen“ gestört, aber mit 57% nahmen hieran weniger Israelis euro-amerikanischer Herkunft Anstoß als die aus Afrika und Asien (55%) stammenden Israelis.

Ganz deutlich hoben sich die Deutschland-Bilder der beiden Herkunftsgruppen im März 1982 voneinander ab. An ein „anderes“ Deutschland glaubten 68% der Euro-Amerikaner und 61% der „Orientalen“.

Der Zeitablauf dürfte diese Veränderungen kaum ausgelöst haben, denn die erwähnten Abweichungen vom allgemeinen Muster konnten in den frühen siebziger Jahren ebenso wie zu Beginn der achtziger Jahre wahrgenommen werden.

Auch die von beiden Herkunftsgruppen Deutschland gegenüber gehegten Ängste sind grundsätzlich verschieden. Die Aschkenasim befürchten eher Rückfälle der Deutschen in rechtsextremistische, faschistische sowie militaristische Neigungen. Über den „Antisemitismus“ in Deutschland machen sie sich weniger Sorgen als ihre orientalischen Mitbürger, die im übrigen eher gegenwartsbezogene Befürchtungen äußerten: „Gleichgültigkeit gegenüber dem Staat Israel“ oder „Sympathien für Araber (zum Beispiel PLO)“.

Ganz allgemein legen die Daten den Schluß nahe, daß die orientalischen Israelis in Alltagsfragen zu Deutschland mehr Abstand halten als die Aschkenasim.

Wieder sind einige Einzelheiten aufschlußreich, die nicht ins allgemeine Schema passen: Die Aschkenasim vertraten im November 1972 häufiger die Ansicht, daß die Freilassung der Terroristen durch die Bundesregierung „anders“ zu bewerten sei als der von der israelischen Regierung vollzogene Austausch. Mit „anders“ war eine Abwertung des bundesdeutschen Vorgehens gemeint. Zum selben Zeitpunkt zählten die Aschkenasim Westdeutschland mit 37% eher zu den „Freunden“ Israels als die Orientalen (29%); zugleich neigten immerhin 11% der Aschkenasim und nur 8% der Orientalen dazu, Westdeutschland zu den „Feinden“ des eigenen Staates zu rechnen.

Die letzte Abweichung: Vom Brandt-Besuch erwarteten im Mai 1973 48% der Orientalen und nur 42% der Aschkenasim eine Verbesserung des bilateralen Verhältnisses, während 46% der Aschkenasim und 33% der Orientalen keine Veränderung vorhersahen; sie

meinten, die Beziehungen würden „gleich“ bleiben.

Ausbildung

Wenn man die unterschiedliche Ausbildung der Befragten berücksichtigt, so fällt die vergleichsweise stark ausgeprägte Skepsis von Universitätsabsolventen auf. Sie neigten in den Grundsatzfragen in der Regel zu rigideren Urteilen.

Freilich bestätigen Ausnahmen erneut die Regel: Die Kollektivschuld-These, derzufolge „alle heute noch lebenden Deutschen Schuld am Holocaust an den Juden“ tragen, lehnten Akademiker mit 43% öfter ab als Volksschulabsolventen (30%); an der Spitze der Ablehnung lagen jedoch die gymnasial Ausgebildeten mit 44%. Die Beantwortung einer nur scheinbar differenzierenden Zusatzfrage erbrachte dann aber, daß die Volksschüler als die entschiedensten Gegner der Kollektivschuld-These gelten können. Daß (wohlgemerkt alle) „vor 1928 geborenen“ Deutschen schuldig wären, behaupteten nämlich im März 1982 46% der Akademiker, 42% der Befragten mit Abitur, doch nur 39% der ehemaligen Volksschüler.

Gegen zyklische Schwankungen erwiesen sich Akademiker außerdem wenig immun. Im Juni 1981, als die Begin-Schmidt-Kontroverse noch in den Ohren hallte, glaubten weniger Akademiker (41%) an das „andere“ Deutschland als Volksschulabsolventen (42%) und Israelis mit Abitur (45%). Im März 1982, nachdem sich die Wogen etwas geglättet hatten, sahen plötzlich Akademiker (70%) eher als Bürger mit Abitur (66%) oder einstige Volksschüler (53%) dieses „andere“ Deutschland.

Weitgehend einheitlich ist das Bild der Akademiker dagegen im Alltagsbereich. Hier gilt die Feststellung, daß Akademiker mehr als Nicht-Akademiker Offenheit und Wohlwollen sowie Interesse an guten Beziehungen bekundeten.

In einem Alltagsproblem bewerteten sie allerdings das Verhalten der Bundesregierung negativer als andere: bei der erpreßten Freilassung der Terroristen im Herbst 1972.

Es würde hier nicht nur zu weit führen, sondern auch wenig Zusatzinformationen bringen, wollte man noch die Einstellungen der verschiedenen Berufskreise oder Einkommensgruppen beleuchten. Diese beiden Faktoren hängen so eng mit der Herkunft und Ausbildung zusammen, daß kaum grundlegend neue Erkenntnisse gewonnen würden.

III. Ausblick

Es wäre wenig sinnvoll, die so unterschiedlichen und vielfältigen Einzelheiten der Einstellungsmuster in beiden Staaten in verallgemeinernde Aussagen zu pressen. Dennoch wird man ohne ungebührliche Vereinfachung festhalten können, daß weder israelische Gegenwart, noch der Alltagsärger oder die Wertschätzung des Partners Bundesrepublik die Vergangenheit völlig verdrängte; allerdings ist diese stark in den Hintergrund getreten.

Alltag und Grundsätzliches, Vergangenheit und Gegenwart werden immer wieder auf beiden Seiten vermengt, aber das Mischverhältnis entwickelte sich zugunsten der Gegenwart sowie der Sorgen von morgen. Es führt zu nichts, wenn man darüber nachdenkt, ob dieser Vorgang als „Normalisierung“ des beidseitigen Verhältnisses bezeichnet werden kann. Von substantiellerer Qualität scheint statt dessen die Frage zu sein, ob in einer derartigen Entwicklung, in welcher die Gegenwart die Vergangenheit überlagert, Geschichte nicht zum politischen Argument verkümmert.

Der israelische Kibbutz heute — Vom Siedlungspionier zum Schrittmacher sozialer Innovationen*)

I. Geschichtliche Entwicklung und ideologische Grundlagen

Seit 1909, dem Gründungsjahr des ersten Kibbutz „Degania“ am Südeinde des See Genezareth, haben die auf rigorose sozialistische Prinzipien gegründeten landwirtschaftlichen Kollektivsiedlungen nicht nur die Geographie Israels mitgeprägt, sondern vor allem Ideologie und Politik des Zionismus sowie die sich entwickelnden institutionellen und sozialen Strukturen der jüdischen Gemeinschaft in Palästina und später in Israel wesentlich beeinflusst.

Ogleich der Kibbutz eines der bestuntersuchten Gesellschaftssysteme ist, sind seine Erfahrungen nach drei Generationen in der deutschsprachigen sozialwissenschaftlichen Literatur wenig zur Kenntnis genommen worden; erst neuerdings wird ihm hierzulande bei der Suche nach alternativen Lebens- und Wirtschaftsformen wieder stärkere Beachtung geschenkt, so z. B. als „bislang erfolgreichstes Projekt alternativer Ökonomie“¹⁾.

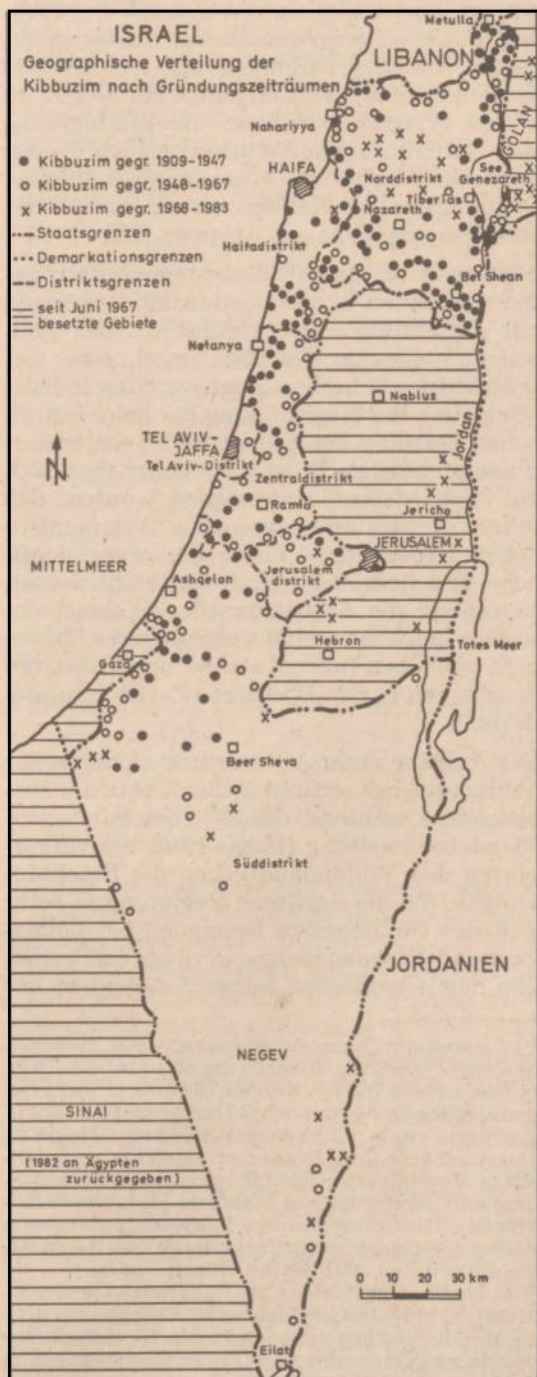
1. Avantgarde zionistischer Siedlungsarbeit

Schon ein Blick auf die räumliche Verteilung der heute 275 Kibbutzim in Israel gibt Aufschluß über deren Funktion als Wehrdörfer und militärische Stützpunkte bei der Grenzsicherung wie auch bei der Besiedlung und

¹⁾ Vgl. insbesondere: G. Heinsohn (Hrsg.), Das Kibbutz-Modell. Bestandsaufnahme einer alternativen Wirtschafts- und Lebensform nach sieben Jahrzehnten, Frankfurt 1982; auch neuerdings einen Wissenschaftsreport in 3 Folgen von D. E. Zimmer im ZEIT-Magazin, (1984) 42—44, über den Kibbutz als „natürliches Verhaltenslabor: „Kibbutz: Farm des neuen Menschen?“

Diese Studie stützt sich insbesondere auf die Arbeiten des von der Universität Haifa gemeinsam mit dem von der ‚Kibbutz Federation‘ getragenen ‚Institute for Study and Research of the Kibbutz and the Cooperative Idea‘, dessen zahlreichen Research Papers die Verfasserin viel verdankt, wie auch der persönlichen Diskussion mit Mitgliedern seines Forscher-Teams. Die Verfasserin hatte bei zwei Studienaufenthalten in Israel 1983 und 1984 Gelegenheit, ihre Einschätzung der Situation der Kibbutzim durch persönliche Eindrücke und Erkundungen zu untermauern.

²⁾ Dieser Artikel ist die stark gekürzte Fassung einer Arbeit, die in vollständiger Form noch an anderer Stelle erscheinen soll.



landwirtschaftlichen Erschließung des Landes.

Von den etwa 50 Neugründungen seit dem Sechs-Tage-Krieg liegen 19 in den besetzten Gebieten; im Unterschied zu den raumgreifenden „amtlichen“ Siedlungsaktivitäten nach 1977 konzentrieren sie sich aber — weiterhin dem Prinzip der Grenzsicherung folgend — auf die Jordansenke (6x) und die Golanhöhen (10x); außerdem wurden 3 (religiöse) Kibbutzim im Raum südlich von Jerusalem errichtet^{1a)}. Als weiterer räumlicher Schwerpunkt neuer Kibbutzgründungen auf israelischem Gebiet ist neben Zentralgaliläa der Negev im Süden erkennbar (8x), wo die Erschließung und Kultivierung der Wüste wie auch die militärische Sicherung vorrangige nationale Siedlungsmotive bilden, zumal nach der Rückgabe des Sinai an Ägypten 1982.

Historisch ist die Kibbutzbewegung untrennbar verbunden mit der nationalen Bewegung zur Errichtung einer Heimstätte des jüdischen Volkes in Palästina/Israel: eine Geschichte der jüdischen Staatswerdung in Palästina ohne Berücksichtigung der kolonisatorischen Leistung der Kibbutzim ist schlechterdings unmöglich. Es ist umgekehrt aber auch zu Recht darauf hingewiesen worden, daß „ohne die Unterstützung der ‚kommunistischen Experimente‘ durch die organisatorische und finanzielle Kraft der zionistischen Bewegung die Kibbutzim aller Wahrscheinlichkeit nach ein weitaus peripheres Phänomen geblieben (wären) als die kommunitären Siedlungen in den USA des 17.—19. Jahrhunderts.“²⁾

Die Aufgabe einer Avantgarde zionistischer Siedlungsarbeit erfüllten die Kibbutzim insbesondere während der Zeit der englischen Mandatsverwaltung (1920—1948): sie verkörperten den Widerstand gegen die Beschränkungen, die die englische Regierung in jener Zeit der zionistischen Bewegung bei Bodenkauf und Einwanderung auferlegte und errangen damit besonders hohes Ansehen in der

^{1a)} Im weiteren kann nur ausnahmsweise zwischen den ideologischen Nuancierungen unter den Kibbutzim unterschieden werden, die sich in ihrer Organisation in heute noch 3 Dachverbänden dokumentiert: dem „links-sozialistischen Hakibutz Haartzi (84 Siedlungen), der „mitte-rechts-sozialistischen Vereinigten Kibbutzbewegung (175 Siedlungen) und dem religiösen Hakibutz Hadati (16 Siedlungen). Die letztgenannte Gruppierung ist eine Kibbutz-Variante auf orthodox-religiöser Grundlage, die seit den 30er Jahren entstanden ist.

²⁾ L. Liegle, Der Kibbutz als integrierte Genossenschaft, S. 145—168 in: Mehrwert, Beiträge zur Kritik der Politischen Ökonomie, Nr. 19: einfach anders leben? Ökonomie und Utopie, Osnabrück 1979, S. 151.

jüdischen Bevölkerung sowie Respekt auch in den arabischen Nachbardörfern. Im Gefolge der Staatsgründung 1948 verloren die Kibbutzim an Gewicht und Einfluß: nicht nur weil ein Teil ihrer Aufgaben nun von staatlichen Institutionen übernommen wurde — z. B. im militärischen, kulturellen und erzieherischen Bereich —, sondern auch aus ideologischen Gründen³⁾. Während die Mehrzahl der jüdischen Einwanderer vor 1948 aus ideologischen Motiven ins Land gekommen waren, fehlte den in den Jahren danach vorwiegend aus afrikanischen und asiatischen Ländern einwandernden Juden eine solche Orientierung fast völlig; sie favorisierten andere Siedlungsformen, — wie etwa die im herkömmlichen Sinne genossenschaftlich strukturierten „Moshavim“. Dadurch verloren die Kibbutzim ihre dominierende Position in der ländlichen Siedlungsbewegung Israels. Die Entwicklung der relativen Bevölkerungszahlen in den Kibbutzim ist tendenziell stagnierend: repräsentierten bei der Staatsgründung die Kibbutzim noch 7,8% der jüdischen Bevölkerung, so sank dieser Anteil ab Mitte der sechziger Jahre unter 4%⁴⁾. Heute leben in den etwa 275 Kibbutz-Siedlungen des Landes ca. 126 000 Menschen, das sind knapp 3,7% der heutigen jüdischen Bevölkerung Israels; womit immerhin nach ca. 3,3% in den siebziger Jahren sich in letzter Zeit eine Umkehrung des negativen Trends andeuten könnte. Da sich die jüdische Bevölkerung Israels aber seit der Staatsgründung mehr als verfünffacht hat, war und bleibt die Kibbutz-Bewegung in Israel immer ein *Minderheitenphänomen*.

2. Ideologische Grundlagen:

Vision einer neuen Gesellschaft

Konstitutiv für den Kibbutz ist ein Wertesystem, das durch *drei Dimensionen* gekennzeichnet wird: es verbindet Zielsetzungen der nationalen Wiedergeburt (*Zionismus*) und einer totalen sozialen Reform (*Sozialismus*) mit der Orientierung an der repressionsfreien Selbstverwirklichung des Individuums (*individuelle Emanzipation*)⁵⁾. Die Integration dieser Zieldimensionen in *einem* Wertesystem ist sozialhistorisch als kollektive Reaktion auf die Existenz des Judentums in der Diaspora gedeutet worden: die Gründergeneration der Kibbutzim wanderte nach Palästina ein, um eine neue, auf Selbstarbeit gegründete Gesellschaft zu errichten; die „Rückkehr zum Boden“

³⁾ Vgl. M. Rosner, The Kibbutz and the Israeli Society — Changing mutual relation, Haifa 1982; S. 1f.

⁴⁾ M. Wolffsohn, ISRAEL — Politik, Gesellschaft, Wirtschaft, Opladen 1984, S. 180.

⁵⁾ L. Liegle, a.a.O., S. 164f.

sollte die *ökonomische* Grundlage einer nationalen jüdischen Existenz in Palästina schaffen, die kollektiven Eigentums- und Organisationsformen die *soziale* Grundlage einer ausbeutungsfreien und egalitären Gesellschaft. Die Rolle der Arbeit als zentraler Wert und Medium der nationalen Befreiung und Selbstfindung des jüdischen Volkes umfaßte für die jüdischen Siedlungspioniere in den Kibbutzim zugleich ein ganzheitliches Arbeitsideal und eine strikte Betonung der Gleichberechtigung⁶⁾. Dabei wurde gerade die manuelle Arbeit nicht etwa als notwendiges Übel angesehen, sondern als „ethischer Wert an sich“, als „Mittel zur Heilung des jüdischen Volkes von seinen sozialen und nationalen Leiden“⁷⁾.

„Haluziut“, das Bild des landwirtschaftlichen Pioniers, gilt nicht umsonst bis heute als Norm des politischen Systems und als Erziehungsideal in Israel⁸⁾; historisch und ideologisch wird es aufs engste mit der Kibbutz-Bewegung assoziiert, wenn nicht sogar identifiziert.

Die Kibbutz-Ideologie wurde stark geprägt von humanistischen und sozialistischen Werten, wie der Gleichwertigkeit der Arbeit, dem Ideal einer möglichst vielseitigen menschlichen Persönlichkeit, der Ablehnung enger Professionalisierung und Spezialisierung. Die gleichrangige Bewertung jeglicher Art von Arbeit folgte dem Grundsatz: ... „it is not *what* a man does which is important, but *how* he does it, the effort he invests, his dedication to his work...“⁹⁾. Eine umfassende Ausbildung und Entwicklung aller menschlichen Potentiale wiederum setzt ein entsprechendes Erziehungssystem voraus, dem daher von Anbeginn in den Kibbutzim besondere Bedeutung zugemessen wurde.

3. Kibbutz-Prinzipien: Freiwilligkeit als Basis

„Der Kibbutz stellt eine Kommune auf der Grundlage freiwilliger und kündbarer Mitgliedschaft dar“¹⁰⁾. Diese Kennzeichnung des Kibbutz — etwa gerade im Gegensatz zur sowjetischen Kolchose oder zur chinesischen Kommune — sollte vorweg ganz besonders herausgestellt werden. Im § 3 der in den siebziger Jahren entstandenen Statuten der Ver-

einigten Kibbutzbewegungen wird im übrigen das prinzipielle Selbstverständnis der Kibbutzim auf den folgenden gemeinsamen Nenner gebracht: „Der Kibbutz ist eine freie Vereinigung von Personen zum Zwecke der Errichtung, Integration und Bewirtschaftung einer kollektiven Siedlung, die nach den Prinzipien von gemeinschaftlichem Eigentum am Grundbesitz, eigener Arbeit, Gleichheit und Zusammenarbeit in den Bereichen der Produktion, des Konsums und der Erziehung organisiert ist. Der Kibbutz ist eine eigenständige Siedlung. Der Kibbutz versteht sich als integraler Teil der Arbeiterbewegung in Israel, als Pionier des nationalen Neubeginns, und sein Ziel ist die Errichtung einer sozialistischen Gesellschaft in Israel, die auf wirtschaftlicher und sozialer Gleichheit basiert...“¹¹⁾.

Es ist bemerkenswert, in welchem Maße die Kibbutzim ihren ursprünglichen *prinzipiellen Orientierungen* treu geblieben sind; diese lassen sich wie folgt zusammenfassen¹²⁾:

a) Das gesamte Kibbutz-Eigentum gehört der Gemeinschaft als *Kollektiveigentum*; dies betrifft nicht nur alle Produktionsmittel, sondern auch viele Konsumgüter, soweit sie sich in gemeinschaftlicher Verfügung befinden (z. B. Autos, Freizeitmöbel u. ä.). Teile der Konsumgüter des persönlichen Bedarfs werden aber auf die Mitglieder verteilt (vom Teekessel vor 20 Jahren bis zum Farbfernseher heute). Es herrscht das Prinzip der „Gemeinschaftlichen Produktion, Konsumtion und Erziehung“.

b) Der Kibbutz stellt mit seinen Mitgliedern einen *geschlossenen Arbeitsmarkt* dar: er beruht auf dem Prinzip der „Selbstarbeit“ seiner Mitglieder; Beschäftigung von Arbeitskräften von außerhalb gegen Lohn ist damit prinzipiell nicht vereinbar.

c) Die *Arbeitskräfte* des Kibbutz stehen der *Gemeinschaft zur Verfügung*. Diese bestimmt durch ihre gewählten Organe die Zeiteinteilung zwischen Arbeit, Ausbildung, Studium und Freizeit sowie über die Verteilung auf die verschiedenen Beschäftigungen in den Produktions- und Dienstleistungs-Branchen des Kibbutz; dabei werden individuelle Wünsche und Neigungen aber nach Möglichkeit berücksichtigt. Der vollen Arbeitstätigkeit der Frau entspricht im Kibbutz ihre Befreiung von den Pflichten des privaten Haushalts und von der Pflege und Erziehung der Kinder. Alle Haushalts- und Erziehungsfunktionen

⁶⁾ Vgl. hierzu: Chr. Busch-Lüty, Israel — eine „arbeitende Gesellschaft“ im Wandel zur Industrienation, List Forum, Bd. 10, Nr. 4 (1980), S. 238—61.

⁷⁾ W. Laqueur, Der Weg zum Staat Israel, Geschichte des Zionismus, Wien 1975, S. 298f.

⁸⁾ M. Wolffsohn, Politik in Israel, Opladen 1983, S. 345.

⁹⁾ M. Rosner, The Quality of Life in the Kibbutz, Haifa 1980, S. 2.

¹⁰⁾ L. Liegle, a.a.O., S. 150.

¹¹⁾ Zit. nach G. Heinsohn (Hrsg.), a.a.O., S. 157.

¹²⁾ Vgl. H. Barkai, Der Kibbutz — ein mikrosozialistisches Experiment, in: G. Heinsohn (Hrsg.), a.a.O., S. 23.

werden grundsätzlich von kollektiven Institutionen erfüllt, gehören also zum Dienstleistungsbereich.

d) Der Kibbutz praktiziert das Prinzip der *Gleichheit der realen Pro-Kopf-Einkommen*; das bedeutet die konsequente Aufhebung des Zusammenhangs zwischen individueller Arbeitsleistung, persönlichem Beitrag zur Produktion und realer Einkommenssituation des einzelnen. Es herrscht also — ohne jedes materielle Anreizsystem — das Prinzip: „Jeder nach seinen Fähigkeiten, jedem nach seinen Bedürfnissen“ — im Rahmen der Möglichkeiten der Gemeinschaft.

e) Der Kibbutz ist als selbstveraltetes Kollektiv nach *basisdemokratischen Ordnungsprinzipien* verfaßt; diese Selbstverwaltung wird getragen von zeitweiligen Amtsträgern ohne jede materielle Vergünstigung, die nach einem im ganzen eingehaltenen *Rotationssystem*

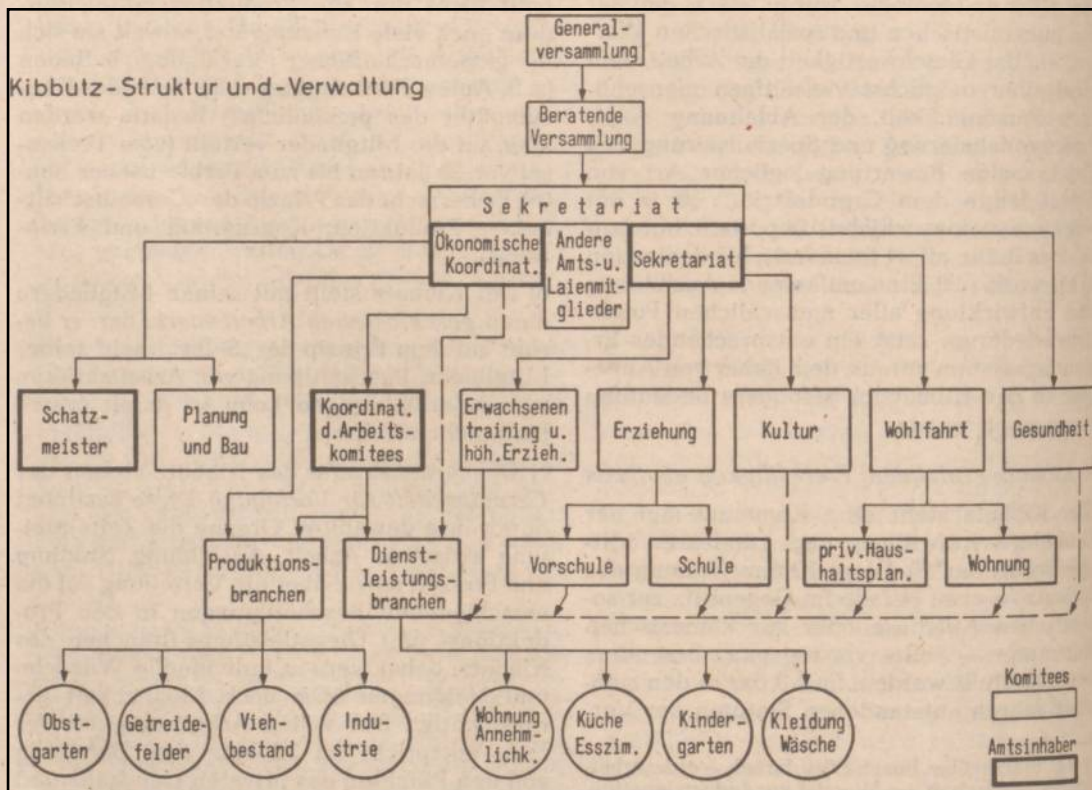
nach zwei bis drei Jahren ausgetauscht werden.

Das besonders Bemerkenswerte ist, daß die Kibbutzim, auch *ohne jedes materielle Anreizsystem* für ihre Arbeitskräfte, von den Anfängen an zu den *besonders effizienten* Produktionseinheiten in Israel gehört haben. Dies ermöglichte der Kibbutzbevölkerung eine überdurchschnittliche Steigerung ihres Lebensstandards als Gemeinschaft; jährlich Wachstumsraten von 4—5% des rechnerischen Pro-Kopf-Einkommens in den fünfziger und sechziger Jahren kennzeichnen die Dynamik dieses Prozesses¹³⁾. Heute liegt das Durchschnittseinkommen der Kibbutzim im oberen Sechstel der israelischen Einkommenspyramide¹⁴⁾, und es gilt das geflügelte Wort von den „Pflanzeraristokraten“¹⁵⁾.

¹³⁾ Ebd., S. 20.

¹⁴⁾ G. Heinsohn (Hrsg.), a.a.O., S. 344.

¹⁵⁾ M. Wolffsohn (1984), a.a.O., S. 179.



II. Wandel und Kontinuität der Kibbutzim heute — im Zeichen „sanfter“ Industrialisierung

Israel hat in den ersten 30 Jahren seiner staatlichen Existenz eine auch im internationalen Vergleich beispiellos steile und stürmische sozial-ökonomische Entwicklung absolviert: wahrhaftig ein „Wirtschaftswunder“, nicht nur im atemberaubenden absoluten Wachstumstempo (Verneunfachung des realen Bruttosozialprodukts von 1950—1973), sondern insbesondere auch im Strukturwandel von Wirtschaft, Gesellschaft und Technik¹⁶⁾. So kann es nicht verwundern, daß auch die Kibbutzim in dieser Periode einen „dramatischen Wandel“¹⁷⁾ erfahren haben; seine zentrale Herausforderung stellte die Industrialisierung dar, die daher besonders im Blickfeld der weiteren Betrachtungen stehen wird.

Vorweg ist jedenfalls auf Grund der bereits genannten Daten zu konstatieren, daß die Kibbutzim diesen Wandlungsprozeß überlebt und dabei eine bemerkenswerte Flexibilität nicht nur in der Anpassung, sondern auch der aktiven Gestaltung der Verhältnisse bewiesen haben.

Da der Trend zur Industrialisierung zwar der Gesamttendenz der Entwicklung in Israel entsprach und als solcher auch durch die Regierung politisch gezielt gefördert wurde, aber dennoch ausschließlich von der Initiative der einzelnen Kibbutzim ausging, sollen zunächst die Bestimmungsgründe und Antriebskräfte dieser Initiativen dargestellt werden, bevor die Fakten der Entwicklung selbst und die aus der Industrialisierung folgenden Konsequenzen und Probleme beleuchtet werden können.

1. Die „industrielle Revolution“ im Kibbutz: Ursachen

Hier ist zu differenzieren zwischen verursachenden Faktoren aus höchst unterschiedlichen Sachzusammenhängen, die nichtsdestotrotz *gemeinsam* den Industrialisierungstrend in den Kibbutzim begründet und forciert haben¹⁸⁾. An erster Stelle zu nennen ist eine besondere Konstellation *geopolitischer* und *ökologischer* Faktoren:

Da bei der Errichtung der Kibbutzim im Zuge der Besiedlung von Palästina/Israel geopolitische Gesichtspunkte stark dominierten, war die Ausstattung der Siedlungen mit natürlichen Ressourcen, v. a. Wasser und Land, häufig sehr unterschiedlich bemessen und erwies sich bei fortschreitender Entwicklung für eine dauerhafte wirtschaftliche Existenz oft als nicht ausreichend; in dieser Beziehung „benachteiligte“ Kibbutzim, etwa in den Bergen von Galiläa oder in den Wüstengebieten des Negev, waren daher von vornherein auf zusätzliche Einkommensquellen angewiesen. Diese Begrenztheit in der natürlichen Ressourcen-Ausstattung war um so problematischer, als ja — sehr im Unterschied zu den meisten Entwicklungsländern — die Israelis bis in die sechziger Jahre hinein der rapiden Entfaltung ihrer Landwirtschaft Priorität einräumten und die Kibbutzim wesentliche Träger und Schrittmacher dieser Politik waren. Auch heute noch bildet eine modern geführte gemischte Landwirtschaft das Rückgrat der meisten Kibbutz-Wirtschaften, auch wenn insgesamt kaum noch die Hälfte der gesamten Kibbutzeinkommen in diesem Bereich erwirtschaftet wird. Aber sie bearbeiten noch immer ein Drittel der landwirtschaftlichen Fläche, nutzen 40% der zur Verfügung stehenden Wassermengen und erstellen 40% der gesamten landwirtschaftlichen Produktion und Ausfuhr Israels¹⁹⁾. Absolut dominierend sind sie bei den Feldkulturen: 1981 entfielen über 50% der Weizenernte, 60% der Zuckerrübenernte und gar 85% der Baumwollproduktion Israels auf die Kibbutzim²⁰⁾.

Die aus der Rationalisierung und Mechanisierung folgende allgemeine Tendenz zur Abnahme landwirtschaftlicher Arbeitsplätze traf in den Kibbutzim zusammen mit einer genau gegenläufigen Tendenz *soziologisch-demographischer* Faktoren²¹⁾: die Kibbutzbevölkerung hat im Laufe der Jahre absolut erheblich zugenommen (in den 30 Jahren nach der Staatsgründung um etwa 100%) — auch wenn ihr Anteil an der israelischen Gesamtbevölkerung eher abgenommen oder stagniert hat (s. o.). Diese Entwicklung kam zustande zum einen durch die ständig steigende Zahl der Siedlungen, aber auch durch internes Größen-

¹⁶⁾ Vgl. hierzu: Chr. Busch-Lüty, Entwicklungsphänomene Israel: Vom Kibbutz zum Kapitalismus? Aus Politik und Zeitgeschichte, B 4/79.

¹⁷⁾ M. Kerem, Der Kibbutz heute, Tel Aviv 1981, S. 21.

¹⁸⁾ Vgl. hierzu: A. Meir, The Industrialization of Agriculture in the Kibbutzim: The Case of Israel, S. 259—280 in: G. Enyedi/J. Volgyes, (Hrsg.) The Effect of Modern Agriculture on Rural Development, New York u. a. 1982.

¹⁹⁾ M. Kerem, a.a.O., S. 20f.

²⁰⁾ E. Heide, Kibbutz-Bewegung wurde Schrittmacher von Israels Industrie, in: Kölner Rundschau vom 28. 1. 1983, S. 5.

²¹⁾ Vgl. A. Meir, a.a.O., S. 274ff.

wachstum der Kibbutzim: während in den dreißiger Jahren noch ca. 75% aller Kibbutzim weniger als 300 Menschen umfaßten, waren es Anfang der siebziger Jahre nur noch 20% (meist Neugründungen); mehr als zwei Drittel der Kibbutzim waren inzwischen in Größenordnungen zwischen 300 und 700 Personen hineingewachsen (in den dreißiger Jahren hatte erst 18% der Siedlungen diese Größe). Der Anteil der großen und sehr großen Kibbutzim ist jedoch relativ konstant geblieben; es gibt auch heute nur sechs Kibbutzim mit mehr als 1 000 Personen²²⁾.

Erst das Zusammentreffen der bisher genannten Faktoren potenzierte die Gefahr latenter Arbeitslosigkeit in den Kibbutzim und zwang sie zur Schaffung neuer produktiver Arbeitsplätze. Dieser Effekt wurde verstärkt durch den natürlichen Alterungsprozeß in den Kibbutzim, je nach Gründungsalter der Siedlungen etwa von den fünfziger Jahren an; alternde Kibbutzniks hielten zunehmend Ausschau nach leichteren Tätigkeiten als denen in der Landwirtschaft. Da es zu den unverrückbaren Prinzipien des Kibbutz gehört, seinen Mitgliedern eine angemessene Arbeit bereitzustellen solange sie nur arbeiten können, waren auch unter diesem Aspekt industrielle Beschäftigungsmöglichkeiten gefragt.

Dieser demographisch bedingte Wandel der Arbeitsbedürfnisse differenzierte sich auch qualitativ weiter mit dem Aufwachsen einer zweiten und dritten Generation in den Kibbutzim: ihren ausbildungs- und neigungsbedingten Präferenzen für qualifiziertere Berufe, insbesondere „technically sophisticated jobs“, mußte entsprochen werden, wenn ihre Zufriedenheit und damit ihr dauerhafter Verbleib in den Kollektivsiedlungen gesichert werden sollte.

Ähnliches galt im Hinblick auf die Arbeitsbedürfnisse der Frauen: nachdem die hochtechnisierte Landwirtschaft immer weniger geeignete Betätigungsfelder für sie bot, wurde ein Ausgleich in einem anderen Produktionszweig um so dringlicher, als auch im Kibbutz die „typisch weiblichen“ Tätigkeitsfelder in allen Service-Bereichen als weniger angesehen gelten²³⁾.

²²⁾ Map of the Kibbutzim in Israel, Federation of the Kibbutz Movements, Department of Documentation and Information, Tel Aviv 1983. Die Zahlenangaben beziehen sich auf die ständigen Bewohner der Kibbutzim; die Zahl der Kibbutz-Mitglieder liegt zwischen $\frac{1}{2}$ und $\frac{2}{3}$ dieser Ziffern.

²³⁾ U. Leviatan, *The Industrial Process in Israeli Kibbutzim: Problems and their Solutions*, S. 159—172 in: M. Curtis/M. S. Chertoff, *Israel: Social Structure and Change*, New Jersey 1973, S. 160.

Nicht zuletzt gab es auch handfeste *ökonomische Gründe* für die Industrialisierung der Kibbutzim: Die Landwirtschaft ist auch in Israel ein durchschnittlich weit weniger profitables Geschäft als die Industrie, — nicht zuletzt auf Grund einer entsprechenden Politik der Regierungen; die berühmte „Einkommens-Schere“ zwischen Landwirtschaft und Industrie existiert auch in Israel²⁴⁾. Das ökonomische Überlebensinteresse der Kibbutzim im Wettbewerb mit ihrer wirtschaftlichen und gesellschaftlichen Umwelt ließ ihnen insofern kaum eine andere Wahl, als auch selbst den Weg der Industrialisierung zu beschreiten.

2. Die „industrielle Revolution“ im Kibbutz: Fakten

Das rasante Tempo, in dem sich die Kibbutz-Industrialisierung in den letzten 25 Jahren entwickelt hat, ist zu Recht als bester Indikator unternehmerischer Tatkraft und Innovationsbereitschaft wie auch interner Mobilität aller Produktionsfaktoren in den Kibbutzim interpretiert worden. So wuchs z. B. die industrielle Produktion in der ersten Hälfte der siebziger Jahre jährlich um durchschnittlich 20% in den Kibbutzim, gegenüber ca. 8% in Israel insgesamt²⁵⁾. Sicher ist schon allein die Tatsache höchst bemerkenswert, daß es den Kibbutzim gelungen ist, durch kollektive Kapitalbildung aus dem Agrarsektor heraus eine ländliche Industrie aufzubauen. Vor allem aber konnte eine derart massive interne Verlagerung der Arbeitskräfte wohl nur gelingen, weil im Kibbutz die Verkettung zwischen Beschäftigung und Lebensstandard aufgelöst ist und daher soziale Friktionen nicht wie üblich den Strukturwandel behindern können.

Schon in den Anfangsjahren der Besiedlung waren Werkstätten für Reparaturen landwirtschaftlicher Geräte und die traditionellen Berufe jüdischer Arbeiter — wie Schneiderei, Tischlerei, Schlosserei — in den meisten Kibbutzim vorhanden. Der zweite Weltkrieg, in dem das damalige Palästina eine große Basis für die englischen Armeen war, führte zur Errichtung eigener Fabriken in den Kibbutzim, die gewöhnlich landwirtschaftliche Produkte verarbeiteten. Erst ab Ende der fünfziger Jahre begann aber in den Kibbutzim die eigentliche Industrieära. Bis 1982 entstanden über 360 Betriebe, dazu 31 im gastronomischen Bereich²⁶⁾, und nur etwa 15% aller Kib-

²⁴⁾ A. Meir, a.a.O., S. 273

²⁵⁾ H. Barkai, a.a.O., S. 39 ff.

²⁶⁾ Kibbutz Industries, Hrsg: Kibbutz Industries Association, Tel Aviv 1982.

butzim leben heute noch ausschließlich von der Landwirtschaft²⁷). Die Zahl der in der Industrie Beschäftigten liegt bei etwa 17 500, von denen allerdings nahezu 20% Lohnarbeiter sind (s. u.). Die Betriebsgrößen bewegen sich zwischen zehn und 400 Beschäftigten, aber ganz überwiegend handelt es sich um Klein- und Mittelbetriebe mit bis zu 50 Mitarbeitern. Sie sind im allgemeinen mit modernster Technik ausgerüstet und stehen in dem Ruf, eine höchst aggressive Verkaufs- und Exportpolitik zu betreiben. Die Voraussetzungen dazu wie generell für die Anwendung moderner industrieller Planungsmethoden wurden seit 1963 systematisch geschaffen und gefördert durch die Etablierung der zentralen „Kibbutz Industry Association“ als Dachverband.

Das Bild der *Branchenstruktur* der Kibbutz-Industrien stellte sich 1982 folgendermaßen dar²⁸): Metallverarbeitende Unternehmen: 83; Plastik- und Gummiproduktion: 74; Elektrotechnik und Elektronik: 31; Textil- und Lederverarbeitung: 18; Nahrungsmittelindustrie: 18; Möbelfabriken: 18; Druckereien: 10; Optik: 12; Chemie und Biotechnik: 14; Kunstgewerbe: 21.

Besonders aufschlußreich sind die Verschiebungen dieses Strukturbildes im Laufe der letzten Jahre²⁹): von den in der frühen Industrialisierungsphase dominierenden arbeitsintensiven Fertigungszweigen (in der Textil-, Holz- und Metallverarbeitung) verlagern sich neuerdings die Schwerpunkte sehr viel stärker auf die sogenannten „knowledge-intensive industries“ (Elektronik und Instrumentenbau, Plastik- und Gummiprodukte, Optik, Chemie, Computerdienste). Neben dem bereits oben kurz gekennzeichneten Wandel der Arbeitsbedürfnisse zeigt sich darin die offenkundige Fähigkeit der Kibbutzim, Wachstumssektoren ausfindig zu machen und ihr Produktionspotential auf erfolgsversprechende Produkte zu lenken. Wie erfolgreich sie darin waren, kommt in den durchschnittlichen jährlichen Produktivitätszuwächsen von 4–5% der beiden letzten Jahrzehnte zum Ausdruck wie auch in der Tatsache, daß die Kibbutz-Industrien 1982 mit 1,15 Milliarden US-\$ 7% zur gesamten israelischen Industrieproduktion und — bei einer Exportquote von 26% — 6,2% zum israelischen Export beitrugen.

²⁷) M. Rosner/A. S. Tannenbaum, *Ownership and Alienation in Kibbutz Factories*, Haifa 1983, S. 7f.

²⁸) Kibbutz Industries, a.a.O.

²⁹) A. Meir, a.a.O., S. 262 ff.

3. Die industrielle Revolution im Kibbutz: Folgen

Die historische Erfahrung mit den Wirkungen von Industrialisierungsprozessen auf sozial-ökonomische und kulturelle Systeme in aller Welt legt es nahe, auch die ideologische, räumliche und soziale Identität des Kibbutz durch seine fortschreitende Umstellung auf industrielle Produktionsstrukturen und -prinzipien hochgradig gefährdet zu sehen. Es ist daher interessant und über den unmittelbaren Erfahrungsbereich Israels hinaus lehrreich, die wechselseitigen Anpassungsvorgänge von Kibbutz- und Industriensystem und -prinzipien im Zuge dieses Prozesses zu vermerken, die ja darauf bedacht und geeignet sein mußten, den Erfordernissen *beider* Systeme gerecht zu werden.

Ein wesentliches Problem lag und liegt nach wie vor in der Schwierigkeit, das industrielle Produktionsvolumen mit dem „geschlossenen Arbeitsmarkt“ des Kibbutz, also seiner eigenen personellen Kapazität, abgestimmt zu halten, da ein allein von der Dynamik des Marktes bestimmtes Kapazitäts-Wachstum zwangsläufig die grundlegende Kibbutz-Ideologie der *selbstbestimmten Arbeit* in Frage stellen würde. Konkret heißt dies ja, daß Kibbutz-Arbeitskräfte nur aus Mitgliedern und Kandidaten zur Mitgliedschaft bestehen sollten³⁰). Die Beschränkung der tatsächlichen Größe der Arbeitsbevölkerung des Kibbutz kann aber nur so lange wirksam sein, wie die ideologische Barriere gegen die Beschäftigung von *Lohnarbeitern* von außerhalb nicht durchbrochen wird. Die „Bresche im ideologischen Zaun, der den Kibbutz vom allgemeinen Arbeitsmarkt trennt“³¹), wurde mit Beginn der ‚industriellen Revolution‘ in den fünfziger und frühen sechziger Jahren zunächst unvermeidlich und wuchs sich bis auf 8–9% der Kibbutz-Beschäftigten aus. Die Kibbutz-Unternehmen der verarbeitenden Industrie mit einem Lohnarbeiteranteil von über 50% trugen dazu den Löwenanteil bei.

Angesichts dieser drohenden Aufweichung eines der grundlegenden Kibbutz-Prinzipien wurden aber in der Folge starke Gegenkräfte zu deren Abwehr mobilisiert; sie führten insgesamt dazu, daß dieser Trend im Zaum gehalten werden konnte. Heute wird der Lohnarbeiteranteil in den Kibbutz-Industrien mit 20% angegeben³²).

³⁰) Dazu kommen noch ältere Kibbutz-Kinder sowie Gruppen von ‚Mitgliedern auf Zeit‘ verschiedener Herkunft, die aber weniger als 10% der Arbeitsbevölkerung des Kibbutz bilden; vgl. H. Barkai, a.a.O., S. 29.

³¹) Ebd. S. 31.

³²) Kibbutz Industries, a.a.O.

Dieses „Nicht-Versagen an der Beschäftigungsfront“, — wie es die Kibbutzniks selbst gern nennen, wenn sie vom Ergebnis ihrer Bemühungen sprechen, die drohende Durchlöcherung des Prinzips der Selbstarbeit aufzuhalten³³⁾, wurde auf verschiedenen Wegen erreicht: dazu gehören z. B. von den Kibbutzverbänden verhängte „Abgaben“ auf jeden Lohnarbeiter als direktes Druckmittel ebenso wie der Verkauf einzelner industrieller „Wasserköpfe“ von Kibbutzim an Außenstehende. Vor allem aber wurde die zügige Einführung von arbeitssparenden Techniken im Produktionswie auch im Dienstleistungssektor (teilweise Umstellung der Eßsäle auf Selbstbedienungssysteme) gefördert, sowie insgesamt der oben bereits gekennzeichnete Trend zum Umsteigen von arbeitsintensiven Branchen auf „High-Technology“-Industrien³⁴⁾. Als Ergebnis dieser Entwicklung ist in der Tat eine beachtliche Reduzierung der Betriebsgrößen in den Kibbutz-Industrien zu vermerken: der Anteil von Kleinbetrieben (unter 30 Beschäftigten) hat erheblich zugenommen, von 47% 1969 auf 60% 1975, während gerade die relativ größten Kibbutzbetriebe über 100 Beschäftigten weiter von 11 auf 7% zurückgingen³⁵⁾.

Eine weitere problematische Folge der Industrialisierung für die Kibbutzim ergibt sich aus der Vereinbarung der *Funktionsprinzipien industriellen Managements* und industrieller Fertigung mit den traditionellen Kibbutz-Werten, — wie soziale Gleichheit, Selbstbestimmung, Nicht-Spezialisierung, berufliche Mobilität, Vermeidung materieller

Leistungsanreize. Denn herkömmliche industrielle Arbeit beruht immer ihrem Wesen nach auf der Trennung von Hand- und Kopfarbeit, dispositiven und Routinetätigkeiten, erfordert größere Spezialisierung und strengere Koordination, als es die in der Landwirtschaft gewohnten formlosen Funktionsweisen den Kibbutzniks gestatteten. Die industriellen „Sachzwänge“ in Richtung größerer vertikaler Mobilität und damit beruflicher Differenzierung und Qualifizierung haben die Kibbutzim insgesamt mit einer „Ausbildungsrevolution“ zu kontern und in ihrem Sinne ins Positive zu wenden versucht: eine exemplarische Muster einer „Sozialinnovation à la Kibbutz“, von dem noch die Rede sein wird (s. u. III).

Sicher gibt es für die Kibbutzim kein Zurück auf dem Weg der Industrialisierung: im Wettbewerb mit und in der israelischen Gesellschaft können und werden sie als soziales System nur überleben, soweit und weil sie sich so *effizient* wie nur möglich zu organisieren verstehen: diese Erkenntnis scheint als *eines der „Geheimnisse“ des Kibbutz-Erfolges* festzustehen³⁶⁾.

Es dürfte sich aber auch bereits abzeichnen, daß das Industriesystem im Zuge seiner „Eilverleibung“ in das Kibbutzsystem erheblich unfunktionierte worden ist: in Richtung auf das, was man heute auch als Konzept einer „sanften“ Industrialisierung³⁷⁾ bezeichnet, gekennzeichnet als menschengemäß — arbeitsorientiert — bedarfsgerecht — sozialverträglich — umweltschonend — ressourcensparend — dezentral.

III. Exemplarische Innovationsmuster und Elemente alternativer Lebensqualität im Kibbutz

Sozialer Wandel im Mikrokosmos des Kibbutz stellt sich keineswegs nur als passive und reaktive Anpassung dar, sondern ist offensichtlich in hohem Maß aktiv gestaltete Veränderung der Verhältnisse. Die *besondere innovatorische Qualität* dieses Sozialsystems kann im Rahmen dieser Arbeit allenfalls exemplarisch verdeutlicht werden. Dies gelingt am ehesten in einem Bereich, der wie kein anderer konstitutiv für den Kibbutz ist: der menschlichen Arbeit. Hier soll die konsequente Weiterentwicklung der Produktionsverhältnisse des Kibbutz nach Maßgabe der gewandelten Arbeitsbedürfnisse seiner Mit-

glieder gezeigt werden. Die „Lösungsmuster“, die kurz skizziert werden, sind auch insofern besonders „kibbutz-typisch“, als sie sich um den zugleich organischen und dynamischen Zusammenhalt der Generationen im Kibbutz bemühen. Es geht dabei zunächst um die *Jungen*, dann um die *Alten*.

³⁶⁾ Vgl. dazu N. Golomb, *The Relations between the Kibbutz and its Industry*, Kibbutz Management Centre, Ruppin Institute, 1981; M. Rosner/M. Palgi, *Ideology and Organization: The Case of Kibbutz Industrialization*, Haifa 1980.

³⁷⁾ Gemeint sind damit zumeist die verschiedensten Entwürfe für ökologisch „eingepaßte“ Entwicklungs- und Fortschrittsstrategien, insbesondere in Technik und Arbeitsorganisation; siehe z. B. U. E. Simonis (Hrsg.), *Ökonomie und Ökologie — Auswege aus einem Konflikt*, Karlsruhe 1980; J. Strasser/K. Traube, *Die Zukunft des Fortschritts*, Bonn 1981.

³³⁾ H. Barkai, a.a.O., S. 32.

³⁴⁾ Ebd., S. 29 ff.

³⁵⁾ A. Meir, a.a.O., S. 264 ff.

1. Entwicklung der Produktionsverhältnisse nach Maßgabe des ‚Faktors Arbeit‘

Exempel 1: die „Higher-Educational-Revolution“³⁸⁾ der siebziger Jahre — Zukunfts-Investitionen in junge Kibbutzniks

Obleich die „Erziehung zur Arbeit“ — u. a. auch dank Verknüpfung von Arbeit und Lernen schon in der Schule — im Kibbutz im ganzen als dessen „wichtigster pädagogischer Erfolg“ registriert wird³⁹⁾, hat sich doch in den letzten 20 Jahren die junge Generation der Kibbutzniks in ihren beruflichen Wünschen sehr stark vom landwirtschaftlich geprägten Arbeitsideal ihrer Eltern entfernt. 1969 arbeiteten zwar nur 7% aus der Generation der Töchter und Söhne im Kibbutz in Berufen, die eine akademische Vorbildung erforderten, — aber 56% von ihnen *wünschten* sich eine solche Ausbildung!⁴⁰⁾ Bei den Söhnen zielten diese Wünsche hauptsächlich auf den technologischen und wissenschaftlichen Arbeitsbereich, bei den Mädchen auf Arbeiten im Bereich von Kunst, Erziehung und Sozialarbeit, — ein Ergebnis nicht nur einer entsprechenden Erziehung in den Kibbutz-Schulen, sondern auch der Lebensform des Kibbutz insgesamt, der mit der gemeinsamen, inzwischen durchaus hinreichenden Sicherung der primären Bedürfnisse seiner Mitglieder zugleich das Niveau ihrer individuellen Wünsche nach Befriedigung höherer Bedürfnisse erhöht: nach Entwicklung ihrer schöpferischen Begabungen etwa und nach Selbstverwirklichung⁴¹⁾. Entgegen einer in der Kibbutz-Publizistik verbreiteten Meinung haben alle empirischen Untersuchungen aber keine Befunde erbringen können, die den Wunsch der Töchter und Söhne nach „Selbstverwirklichung“ individualistisch, auf der Basis von Konkurrenz und Sieg des Stärkeren, Begabteren und Besseren zu deuten erlaubte; vielmehr wird Selbstverwirklichung bewußt erstrebt „auf der Basis einer qualitativen Gleichheit, die auf die Bedürfnisse des einzelnen im Rahmen einer kollektiven Wirtschaft und Gesellschaft Rücksicht nimmt.“⁴²⁾.

Das Erstaunliche ist nun, daß diese Wünsche nach ‚higher education‘ sich in den 70er Jahren geradezu von heute auf morgen durchgesetzt haben: die Zahl studierender Kibbutz-

niks hat sich in weniger als zehn Jahren bis 1975 mehr als vervierfacht; 1980 hatten bereits 25% der erwachsenen Kibbutzniks eine Ausbildung im tertiären Bereich absolviert, gegenüber 7% 15 Jahre zuvor; und für 1982 wird das „Investitionsvolumen“ in junge Kibbutzniks mit ca. 3000 Studienjahren angegeben, d. h. 6% aller Kibbutz-Mitglieder studieren laufend — auch im Bereich der Fortbildung; und dieser Trend setzt sich offensichtlich in die absehbare Zukunft fort⁴³⁾.

Diese „Bildungswelle“ in den Kibbutzim wäre nun im internationalen Vergleich kaum besonders bemerkenswert, wenn sie nicht parallel lief mit einer entsprechend forcierten Veränderung der beruflichen Arbeitsmöglichkeiten im Kibbutz, also dank einer — oben bereits geschilderten — flexiblen Weiterentwicklung seines Beschäftigungssystems. Dessen vorrangige Ausrichtung auf die Berufs- und Arbeitswünsche seiner Mitglieder kommt besonders gut in einem Statement der Hakibbutz-Haartzi-Bewegung von 1980 zu den Zielsetzungen der Kibbutz-Industrien zum Ausdruck⁴⁴⁾:

“(a) The factory is *part of the kibbutz home* in which the member has a framework for the expression of his creative abilities, the satisfaction of his natural needs for work and occupation ...”;
und:

“(b) *Occupational diversification*: the factory will be planned so that in the long run highly skilled professional and administrative jobs will be provided in accordance with the training, abilities and desires of the kibbutz members. Highly skilled occupations will be integrated into the general labor network of the kibbutz and the factory.”

Änderungen der Berufsstrukturen im Kibbutz sind aber nicht nur theoretisch gefordert, sondern auch praktisch realisiert worden. Trotz des relativ kurzen Zeitraums läßt sich zwischen 1976 und 1980 ein deutlich verstärkter Trend zum Ausbau „wissensintensiver“ Industriebetriebe in den Kibbutzim verzeichnen, die in dieser Zeit um 21% mehr in der Zahl der Betriebe und 31% in der Zahl der Arbeitsplätze wuchsen als der Industriebereich, der als „nicht-wissens-aber-arbeits-intensiv“ gekennzeichnet wird⁴⁵⁾.

Die Bildungsrevolution im Kibbutz ist nicht zuletzt deswegen ein so gutes Exempel für die Innovationskraft dieses Sozialsystems,

³⁸⁾ U. Leviatan, Higher Education in the Israeli Kibbutz: Revolution and Effect, Haifa 1982.

³⁹⁾ M. Rosner/N. Cohen, Resümee aus: Die Zweite Generation — Der Kibbutz zwischen Kontinuität und Wandel, in: G. Heinsohn (Hrsg), a.a.O., S. 281.

⁴⁰⁾ U. Leviatan, Importance of Knowledge-Intensive Occupations for the Kibbutz Society, Haifa 1980, S. 3 ff.

⁴¹⁾ M. Rosner/N. Cohen, a.a.O., S. 281.

⁴²⁾ Ebd., S. 282

⁴³⁾ U. Leviatan, (1982), a.a.O., S. 1 ff.

⁴⁴⁾ Ebd., S. 11.

⁴⁵⁾ Ebd., S. 12.

weil sie aus *individuellen* menschlichen Bedürfnissen in Gang gekommen ist: „The development in higher education in the kibbutzim where mostly by *individual aspirations* rather than initiated by structural changes in the society related to technology, market demands, and the like.“⁴⁶⁾ Und diese „aspirations“ wurden nicht etwa durch Pressure-groups der Jungen umgesetzt: 88% und damit die überwiegende Mehrheit *aller* Kibbutzniks hatten 1973 die Frage positiv beantwortet, ob sie eine Erweiterung der akademischen Ausbildungsmöglichkeiten und -zeiten im Rahmen der Kibbutzbewegungen wünschsten: der „existenziell engagierte Zusammenhalt zwischen den Generationen“ funktioniert offenkundig⁴⁷⁾.

Exempel 2: Altersgerechter „Arbeitsstand“ für Kibbutz-Senioren

Mit Altenproblemen sind die Kibbutzim erst in den letzten 20 Jahren konfrontiert worden, — als nämlich sehr plötzlich in den „Veteran-Kibbutzim“ die Gründergeneration — alle auf einmal — 55 bis 60 Jahre alt wurde. Die spezielle Altersstruktur der Kibbutzim ergibt sich aus deren Gründung durch mehr oder weniger altersgleiche Jugendgruppen, in den Pionierzeiten wie auch bei jüngeren Neuanstellungen; sie ist heute bei den Veteran-Kibbutzim gekennzeichnet durch einen Anteil von 25 bis zu 40% Mitgliedern über 65 Jahren, getrennt durch ein „demographisches Tal“ von der Generation der unter 40jährigen „Kinder“ mit deren Familien. Daneben gibt es gleichwohl auch heute noch „junge“ Kibbutzim, in denen das älteste Mitglied nicht über 35 Jahre alt ist, ähnlich der Situation der Veteran-Kibbutzim vor dem Zweiten Weltkrieg. Die Altersschichtung in den Kibbutzim ist also sehr extrem und unterscheidet sich stark von der der israelischen Gesellschaft insgesamt (mit knapp 10% über 65jährigen in deren jüdischem Bevölkerungsteil und nur 3% bei den Nichtjuden)⁴⁸⁾.

Die Probleme, vor die sich viele Kibbutzim durch das Phänomen des „sudden aging“ gestellt sahen, haben zum einen dazu geführt, daß Kibbutz-Verbände wie auch Kibbutz-Forschungsinstitute sich besonders intensiv dieser Frage angenommen haben; zum anderen haben sich in den Kibbutzim bei der Suche nach „altengerechten“ Formen in allen Lebensbereichen eine Fülle praktischer Regelungen, Einrichtungen und Verfahrensweisen

herausgebildet, die in vieler Hinsicht mit dazu beigetragen haben mögen, daß in Israel heute vielfach die Kibbutzim geradezu als „Altenparadies“ gelten⁴⁹⁾.

Soweit sich dieses Urteil überhaupt empirisch überprüfen läßt, spricht vieles für seine Richtigkeit:

— Die *Lebenserwartung* von Kibbutz-Mitgliedern (Männern wie Frauen) ist eine der höchsten in der Welt und überstieg 1977 die allgemeine Lebenserwartung der jüdischen Bevölkerung in Israel um 3,5 Jahre: eine angesichts der harten Lebensbedingungen gerade der Siedler-Veteranen immerhin bemerkenswerter Tatbestand⁵⁰⁾. Die Ergebnisse aller Untersuchungen weisen darauf hin, daß der „environmental factor“ im weitesten Sinne wesentlich zur hohen Lebenserwartung und -qualität im Kibbutz beiträgt: abrupte Änderungen in den verschiedenen Lebensrollen — Arbeit, Familie, soziales Umfeld, Lebensraum — bleiben dem älter werdenden Kibbutznik erspart, die sichere Einbindung in die Gemeinschaft, sozial und ökonomisch, setzt sich fort mit allen Rechten und Pflichten; dank Gleichheitsprinzip gibt es im Kibbutz keine Minderung des Lebensstandards im Alter (im Gegenteil, z. B. neue und bessere Wohnungen werden üblicherweise nach Anciennität zugeteilt); der am Ort konzentrierte Familienzusammenhalt ist die Regel, und damit die in den Kibbutzim ganz auffällige großfamiliäre Einbindung der Alten — (mit höchst lebendigen Großeltern-Rollen!). Hinzu kommt eine erstklassige medizinische Vorsorge und Versorgung wie auch viele aus dem ländlichen Leben resultierende Vorzüge, Abwesenheit von Streß, Wettbewerb etc.

— Es gibt einige neuere empirische Untersuchungen dazu, was die älteren Kibbutzniks selbst für die wichtigsten Komponenten ihrer Lebensqualität halten und womit sie mehr oder weniger zufrieden sind⁵¹⁾. Das höchst beachtliche einhellige Ergebnis: die *Arbeit* nimmt bei den älteren und alten Kibbutzniks eine *noch* zentralere Rolle ein als bei den Jungen, und sie trägt gerade bei den Älteren am meisten zur allgemeinen Lebenszufriedenheit bei, vor anderen Domänen wie Familie, sozialen Aktivitäten, Freizeitbeschäftigung. Es ist also wieder einmal die *Arbeit*, die auch für die Rolle der Alten im Kibbutz prägend und kennzeichnend ist, — und die um-

⁴⁶⁾ Ebd., S. 13.

⁴⁷⁾ G. Heinsohn, a.a.O., S. 7.

⁴⁸⁾ U. Leviatan/Z. Am-ad/G. Adar, Aging in the Kibbutz: Satisfaction with Life and its Antecedents; Haifa 1982; U. Leviatan, Work and Aging in the Kibbutz, Haifa 1982 (1982 a).

⁴⁹⁾ G. Heinsohn, a.a.O., S. 355.

⁵⁰⁾ U. Leviatan/J. Cohen/A. Jaffe-Katz, Life Expectancy of Kibbutz Members, Haifa 1983.

⁵¹⁾ U. Leviatan, Work and Age: Centrality of Work in the Life of Older Kibbutz Members, Haifa 1980; U. Leviatan, (1982 a).

gekehrt den Kibbutz vor die Herausforderung gestellt hat, „altengerechte“ Arbeitsformen und -plätze zu entwickeln. Zumal im Kontrast zu den hierzulande gängigen Vor-Ruhestandsregelungen und Früh-Pensionierungstendenzen wirkt dieser kibbutztypische Weg eines *altersgerechten „Arbeitsstandes“* für Senioren sicher fast absurd oder jedenfalls verblüffend und verdient nähere Betrachtung:

In der Tat ist der Kibbutz eine der ganz wenigen Produktionsgemeinschaften, in denen es *keinerlei Altersgrenzen* für die Arbeit gibt; lediglich in einigen Kibbutzim gibt es ab 70 eine Option für Nicht-Arbeit, die aber erfahrungsgemäß so gut wie nie gewählt wird. Vielmehr gilt in den Kibbutzim allgemein eine altersabhängige schrittweise Reduzierung der Arbeitszeit, die bei Frauen mit 45 und bei Männern mit 50 Jahren alle 5 Jahre eine Arbeitsstunde pro Tag ausmacht, bis herunter zu einem 4-Stunden-Tag, der bei Frauen also ab 65, bei Männern ab 70 Jahren erreicht wird. Eine Untersuchung hat aber ergeben, daß die über 65jährigen Kibbutzniks 56% mehr Arbeitsstunden leisten als es diesen formalen Normen entsprechen würde⁵²⁾, wiederum ein Indiz für die zentrale Bedeutung der Arbeit im Leben der Kibbutz-Senioren!

Angesichts dieser eindeutigen Bedürfnissituation der älteren Menschen im Kibbutz ist es um so wichtiger, „*passende*“ Arbeitsplätze für sie bereitzustellen, — und hier ist man sicher erst auf dem Weg zu optimalen Lösungen, wie selbstkritisch auch von Kibbutz-Forschern verlautet⁵³⁾. Daß das Motiv der Schaffung altersgerechter Arbeitsplätze den Aufbau von Industriebetrieben generell sehr gefördert hat, wurde bereits vermerkt. Häufig wurde sogar bei der Wahl der Branche oder Fertigungstechnik diesem Gesichtspunkt Priorität vor solchen des wirtschaftlichen Kalküls eingeräumt (man spricht in diesen Fällen von *Mifal Beit* oder auch der „zweiten Industrie“). 62% der älteren Kibbutzniks arbeiten momentan in der Industrie und im Dienstleistungsbereich der Kibbutzim (ohne Erziehung), in denen sie aber nur zu 38% schon in ihren jungen Jahren tätig waren.

Der Wechsel an einen altersgerechteren Arbeitsplatz bringt für den Kibbutznik auch deshalb kaum neue Probleme, weil dank Rotationsprinzip und Förderung beruflicher Mobilität das Kibbutz-System seine Mitglieder ohnehin zu häufigerem Wechsel ermuntert und veranlaßt, so daß ein 65jähriger meist in seinem Arbeitsleben bereits drei bis fünf ver-

schiedene Berufe ausgeübt und noch sehr viel mehr Funktionen innegehabt hat. Die *altengerechten Arbeitsplätze* in der Industrie sind meist durch besonders günstige physische Umweltbedingungen (Klimatisierung, Lärmschutz, Komfort am Arbeitsplatz), insbesondere aber durch gute soziale Verhältnisse (homogene Kleingruppen) und für die individuelle Disposition flexible Ausgestaltung (disponible Arbeitszeiten — z. B. auch nachts) gekennzeichnet.

2. Der Kibbutz als ‚ökologisches Gemeinwesen‘: Elemente alternativer Lebensqualität

Da für den Kibbutz als kollektive Gemeinschaft die allseitige Verflechtung sämtlicher Lebensbereiche konstitutiv ist, lassen sich einzelne Elemente der Lebensqualität nur sehr schwer aus diesem Geflecht heraus isolieren. In der kritischen Sozialwissenschaft steht neuerdings hierfür der Begriff des „ökologischen Gemeinwesens“ zur Verfügung, definiert als „die Gesamtheit der in der menschlichen, gesellschaftlichen und natürlichen Umwelt heute und in Zukunft miteinander vernetzten Teilsysteme“⁵⁴⁾. In der Tat kann man den Kibbutz als spezifisch „ökologisch“ orientiert bezeichnen: im Sinne eines *erweiterten ökologischen Ansatzes*, nicht im engeren „biologischen“ Sinn, sondern als „Vernetzung von menschlich-sozialer und natürlicher Mitwelt, Umwelt und Nachwelt.“⁵⁵⁾ Daher ist es auch kein Zufall, daß die aus der Kritik des modernen Industrialismus entstandenen alternativen Denkansätze und Konzepte für einen „Ökosozialismus“ in so vielen Punkten die Lebens- und Wirtschaftsform des Kibbutz geradezu herausfordern, jedenfalls zu bestätigen scheinen: „Ökosozialismus“ als Etikett einer „begrifflichen Bündelung der verschiedenen Aspekte des Konzepts einer humanen und ökologisch vernünftigen Gesellschaftsordnung.“⁵⁶⁾

Im Sinne dieses Ansatzes wird also im folgenden versucht, aus den im „ökologischen Gemeinwesen“ Kibbutz vernetzten menschlichen, sozialen und natürlichen Teilsystemen schlaglichtartig einige Elemente alternativer

⁵⁴⁾ H. Bossel, ‚Kritische ökologische Forschung‘ als Reaktion auf die ‚Etablierte Wissenschaft‘, in: H. Bossel/W. Dürrschmidt (Hrsg.), *Ökologische Forschung*, S. 9; K. F. Müller-Reissmann, *Entwicklung der Technik — Überwindung oder Humanisierung der Arbeit*, in: U. E. Simonis (Hrsg.), *Mehr Technik — weniger Arbeit? Plädoyers für sozial- und umweltverträgliche Technologien*, Karlsruhe 1984, S. 112ff.

⁵⁵⁾ H. Bossel, a.a.O., S. 9.

⁵⁶⁾ J. Strasser/K. Traube, a.a.O., S. 239 und passim.

⁵²⁾ U. Leviatan, (1982a), a.a.O., S. 4.

⁵³⁾ Ebd., S. 8 ff.

Lebensqualität aufzuzeigen. Die zentrale Rolle und Wertung der Arbeit im Leben der Kibbutzniks legt es nahe, ihr auch hier besonderes Augenmerk zuzuwenden:

a. *Qualität des Arbeitslebens im Kibbutz:
Sinnvolle Tätigkeit
für den ganzen Menschen*

Die „Arbeit“ im Kibbutz entspricht schon in der *Abgrenzung* nicht der von der Vermarktungsfähigkeit her definierten (Lohn-)Arbeit⁵⁷⁾. Sie ist insofern — in der Marx'schen Unterscheidung und Terminologie — viel eher *Tätigkeit* = „menschliches Tun im Reich der Freiheit“; denn *Arbeit* ist danach „menschliches Tun im Bereich der Notwendigkeit“, unter dem Zwang der Existenzsicherung; der direkte „Lebensunterhalt“ ist aber im Kibbutz ja gerade von der „Arbeit“ abgekoppelt.

Dem Wesen der Kibbutz-Arbeit wird am besten ein ökologisch orientiertes Arbeitsverständnis gerecht: „... Arbeit ist Lebenssicherung und Selbstverwirklichung des Menschen durch gestaltendes Handeln im Dienste des ökologischen Gemeinwesens, — ... das Reich der Notwendigkeit und das Reich der Freiheit gehören zusammen ... ihre Aufteilung widerspricht der Ganzheitlichkeit des Menschen und ist auf Dauer inhuman ...“⁵⁸⁾.

Welche menschlichen Tätigkeiten „im Dienste“ des Kibbutz als „Arbeit“ gelten, ist schon verschiedentlich angesprochen worden.

Die Grenze zwischen Arbeitsleben und Privatleben des einzelnen ist demnach fließend. Man kommt daher auch nicht auf die Idee, derartige „Tätigkeiten“ aus dem Leben der Menschen verbannen zu wollen: Arbeit wird im Kibbutz nicht als notwendiges „Übel“ angesehen und daher weder gemieden noch auf das „unvermeidliche Maß“ reduziert. Das erklärt auch das *zeitliche Gewicht* der Arbeit im Leben des Kibbutzniks, gewissermaßen das Maß seiner „Selbstaussbeutung“: denn der Kibbutznik arbeitet *mehr* als andere!

— 60% der Kibbutz-Bevölkerung „arbeiten“, gegenüber 35% der Gesamtbevölkerung in Israel⁵⁹⁾.

— Der normale Arbeitstag eines Kibbutzniks ist acht Stunden lang, in einer Sechs-Tage-

Woche, mit verschiedenen zusätzlichen Gemeinschaftspflichten lt. Dienstplan⁶⁰⁾.

— Das Gewicht der Arbeit im Leben des Kibbutzniks wird am deutlichsten aus seiner *Lebensarbeitszeit*, die besonders stark kontrastiert zu dem in der industriellen Arbeitsgesellschaft allgemein üblichen Teilungsschema in vier „Lebenskästchen“⁶¹⁾: den Ausbildungskosten am einen, den Ruhestandskosten am anderen Ende der Lebenszeit und in der Mitte die Arbeits- und die Freizeit. Alle drei „Nicht-Arbeits-Kästen“ zeigen nicht nur die Tendenz, sich enorm auszuweiten, sondern auch losgelöst vom Bezug zur Arbeitswelt ein starkes Eigengewicht im menschlichen Leben zu gewinnen: Inbegriff eines auch in dieser Hinsicht „zerteilten“ Menschenschicksals im Industrialismus! Das ganzheitliche Menschenbild des Kibbutz hat auch dem widerstanden: Zeit-„Kästchen“ gibt es im Leben des Kibbutzniks nicht, „Arbeitszeit-Verkürzung“ in ihren verschiedenen Dimensionen *kann* in den Kibbutzim kein Thema sein!

Die „Befreiung *der* Arbeit“, nicht die „Befreiung *von* Arbeit“, das war und ist das zentrale Anliegen der Kibbutz-Bewegung und steht nach wie vor im Mittelpunkt aller Bemühungen in der Arbeitswelt des Kibbutz; diese sind mit der Industrialisierung noch stärker akzentuiert und systematisiert worden⁶²⁾. Im weitesten Sinne geht es dabei um die Schaffung von Arbeitsbedingungen, in denen die Menschen ihre Persönlichkeit und schöpferischen Anlagen möglichst entfalten können. Insofern zielt die Kibbutz-Version einer „Humanisierung der Arbeit“ wesentlich weiter und breiter als deren Programmatik hierzulande.

Qualität des Gemeinschaftslebens im Kibbutz: funktionierende Basisdemokratie.

Die direkte Kibbutz-Demokratie hat sich im Ganzen als *lebens- und entscheidungsfähig* erwiesen und bisher den unleugbaren Gefahren einer Degeneration — besonders angesichts fortschreitender struktureller Differenzierung des Kibbutz — widerstehen können⁶³⁾. Das demokratische Selbstvertrauen der Kibbutz-Mitglieder und ihre Bereitschaft

⁵⁷⁾ Vgl. R. Darendorf, Arbeit und Tätigkeit — Wandlungen der Arbeitsgesellschaft, in: H. Afheldt, P. Rogge (Hrsg.), *Geht uns die Arbeit aus?* Stuttgart 1983, S. 23 ff.

⁵⁸⁾ K. F. Müller-Reissmann, a.a.O., S. 113.

⁵⁹⁾ L. Liegle, a.a.O., S. 160.

⁶⁰⁾ M. Rosner, Veränderungen der Freizeitkultur in den Kibbutzim, in: G. Heinsohn (Hrsg.), a.a.O., S. 125 ff.

⁶¹⁾ Vgl. R. Darendorf, S. 31.

⁶²⁾ M. Rosner, Der qualitative Gehalt..., a.a.O., S. 64.

⁶³⁾ Vgl. M. Rosner, Participatory political and organizational Democracy and the Experience of the Israeli Kibbutz, Haifa 1981; ders., Ist direkte Demokratie in der modernen Gesellschaft machbar? Lehren aus der Kibbutzerfahrung, in: G. Heinsohn (Hrsg.), S. 78 ff.

zu verantwortlicher und solidarischer Mitentscheidung scheint ausreichend und tragfähig; dies ist nicht zuletzt ein Sieg für die Theorie der „Laien-Kompetenz“ gegenüber dem technokratischen „Experten-Anspruch“ in der Politik⁶⁴), aber auch ein Beweis der *Praktikabilität direkter Bürger-Partizipation* und -Selbstbestimmung, die allerdings erwiesenermaßen in politischen Entscheidungen besser funktioniert als bei wirtschaftlichen Angelegenheiten, besonders im industriellen Bereich. Hier werden gelegentlich „Tendenzen zu exzessiver Autonomie“ der Betriebe gegenüber der Kibbutz-Gemeinschaft und ihren Organen vermerkt⁶⁵).

Die direkte Demokratie des Kibbutz hat sich angesichts der höchst komplexen Zielstrukturen dieses Kollektivs nicht nur als hinreichend entscheidungsfähig erwiesen, sondern auch noch (nach kibbutz-externen Maßstäben einer „profitablen Produktion“) *höchst effektiv* gezeigt. Die kibbutz-interne Effizienz hängt allerdings ab von der optimalen Abstimmung aller Kibbutzziele aufeinander; die Kibbutz-Gemeinschaft scheint aber in der Lage zu sein, die Bewältigung der sich daraus ergebenden Zielkonflikte demokratisch und mit relativ geringen Reibungsverlusten zu organisieren: sie widerlegt damit immerhin die Auffassung, daß Demokratisierung stets auf Kosten der Rationalität von Entscheidungen und der Effektivität ihrer Durchsetzung gehen muß⁶⁶)! Vielmehr könnte die Kibbutzerfahrung nahelegen, daß Demokratisierung sogar eher eine vernünftiger und effektiver, d. h. *zielgerechtere* Organisation der Gesellschaft zu schaffen vermag!

Am Rande sei hier noch auf eine bestimmte Schwachstelle im politischen System des Kibbutz hingewiesen, die besonders kennzeichnend für die Vernetzung in diesem Gemeinwesen ist: die *Ämterscheu*, d. h. die vielfach festzustellende mangelnde Motivation zur Übernahme von Gemeinschaftsämtern im Kibbutz, soweit sie leitende Funktionen betreffen⁶⁷). Dieser relative *Mangel an politischen Ambitionen* scheint nach entsprechenden Untersuchungen vor allem auf eine „negative-reward balance“ zurückzuführen zu sein: die „Gewinne“ — in Gestalt von sozialem Status, Einfluß, Selbstverwirklichung — aus solchen Ämtern wiegen die „Verluste“ (zusätz-

liche Arbeit: Belastung, Ärger) nicht auf⁶⁸)! Dies wird erst verständlich, wenn man die Rangfolge des Sozialprestiges der verschiedenen Rollen im Kibbutz kennt: höchstes Ansehen und Sympathie im Kibbutz genießen nämlich der „hervorragende Arbeiter“ und „das loyale Mitglied“; „leitende Amtsträger“ hingegen rangieren in der Wertschätzung eher im Mittelfeld und sind in der Beliebtheit die „Vorletzten“ (von insgesamt sieben Positionen)⁶⁹): wiederum ein Indiz für die überraschende Bedeutung der Arbeit im gesamten sozialen Wertesystem des Kibbutz, aber zugleich auch für den sehr geringen „Machtgehalt“ von Führungspositionen im Kibbutz.

Wenn als letztes nach Elementen der Lebensqualität im natürlichen Lebensraum des Kibbutz gefragt werden soll, muß sozusagen als Prinzip des ökologischen Gemeinwesens noch dessen *Größe*, bzw. gerade *Kleinheit* herausgestellt werden. Die Rehabilitation der „kleinen Einheit“ — „small is beautiful“ — als politisch hoch aktuelle Forderung nach Dezentralisierung und größerer Überschaubarkeit der Zusammenhänge in allen Lebensbereichen ist ja entstanden vor dem äußerst negativen Erfahrungshintergrund mit überkonzentrierten und -zentralisierten, weiträumig vernetzten Strukturen der modernen Industriegesellschaft⁷⁰).

Qualität des natürlichen Lebensraums Kibbutz: das „urbane“ Dorf.

Dank seines festgefügteten Wertesystems ist der Kibbutz *kein* Opfer der immanenten Wachstumsdynamik von Industrialisierung und Modernisierung geworden: sein „geschlossener Arbeitsmarkt“ hat hier offensichtlich verhindert, was weltweit als Agglomerations- und Urbanisierungstendenzen die Industrialisierung begleitet und nicht zuletzt die Ökologie aus dem Gleichgewicht bringt. Die gemischte *agro-industrielle Struktur*, wie sie sich in den Kibbutzim herausgebildet hat, vereinigt ökonomische mit ökologischen Vorzügen — auch wenn im hochtechnisierten Agrarbereich stellenweise die natürliche Umwelt doch hochgradig „strapaziert“ wird —, aber eben immer in relativ kleinem Maßstab.

Da die Erfahrungen zeigen, daß die „stadtnahen“ Kibbutzim sich in der Regel nicht haben halten können, scheint die räumliche Distanz zu städtischen Siedlungszentren, d. h. also *ländliche Abgeschiedenheit* im Sinne relati-

⁶⁴) Vgl. J. Strasser/K. Traube, a.a.O., S. 240.

⁶⁵) M. Rosner, *Der qualitative Gehalt...*, a.a.O., S. 73.

⁶⁶) Vgl. J. Strasser/K. Traube, a.a.O., S. 241.

⁶⁷) M. Rosner/A. Ovnath, *Seven Years Later: changes in perceptions and attitudes of kibbutz-born adults and their causes*, Haifa 1980, S. 25; M. Rosner, *Ist direkte Demokratie...*, a.a.O., S. 101.

⁶⁸) M. Rosner/A. Ovnath, a.a.O., S. 25f.

⁶⁹) M. Rosner, *Ist direkte Demokratie...*, a.a.O., S. 98f.

⁷⁰) Vgl. J. Strasser/K. Traube, a.a.O., S. 241 ff.

ver räumlicher Abgeschlossenheit gegenüber der Außenwelt, eine Überlebensbedingung des Kibbutz zu sein⁷¹⁾. Der Kibbutz als Siedlungsform ist ja in seiner internen Struktur auf *Nähe* aller zu allen und zu allem gebaut: nur etwa 30% seiner Beschäftigten haben im Durchschnitt ihren Arbeitsplatz außerhalb des unmittelbaren Siedlungskomplexes, also z. B. in etwas entfernter gelegenen Plantagen oder auch Betrieben und Schulen. Dadurch ist eine gegenseitige Nähe vom Produktions- und Konsum-Sektor, von Arbeitswelt und Freizeitbereich gegeben, wie sie sonst nur in vorindustriellen Produktionsverhältnissen die

Regel war. Der im Zentrum der Siedlung gelegene Speisesaal wird als das „sinnfälligste Symbol der kollektiven Ökologie des Kibbutz“⁷²⁾ bezeichnet, zumal er gleichzeitig Mittelpunkt seines politischen und kulturellen Lebens ist; für dessen Qualität hier nur als Quintessenz einer Untersuchung der Freizeitkultur in den Kibbutzim gesagt werden kann: „... In einer ländlichen Umgebung hat der Kibbutz eine kulturelle Vielfalt und Rahmenbedingungen für künstlerische und kulturelle Kreativität geschaffen, die mit denen in der Stadt vergleichbar sind und sie auf manchen Gebieten sogar übertreffen...“⁷³⁾

IV. Lehren aus der Kibbutz-Erfahrung

Das „nicht gescheiterte Experiment“ Kibbutz⁷⁴⁾ entzieht sich einer abschließenden Würdigung. Überlegungen zur Relevanz seiner Erfahrungen in sieben Jahrzehnten für die Außenwelt anzustellen kann nicht heißen, die daraus zu gewinnenden Lehren im einzelnen aufzulisten und zu evaluieren. Ohnehin entspräche es nicht Geist und Selbstverständnis der Kibbutz-Bewegung insgesamt, würde man ihr unterstellen, daß sie sich und ihre Lebensformen der Außenwelt schlicht „zur Nachahmung“ empfehlen wollte; dazu ist den Kibbutzniks Selbstzufriedenheit zu fremd und ihre Neigung viel zu notorisch, ihre Leistungen eher an ihren eigenen hohen Gründungs-idealen zu messen als an den mäßigen Erfolgen anderer Gesellschaften. „Zukunftsweisend“ für die Suche nach neuen menschlichen Lebens- und Wirtschaftsformen in der Industriegesellschaft können insofern wohl immer nur *einzelne innovative Elemente* des Kibbutz-Systems sein, — z. B. sein „Alten“-Modell; oder seine Praxis der Ämter-Rotation, des „job-enrichment“; oder auch sein „ganzheitliches“ Verständnis der Arbeit. Der Kibbutz ist jedoch viel zu einzigartig in seinen historischen und ideologischen Konstellationen, als daß er als Gesamtmodell einer alternativen Lebens- und Wirtschaftsform schlechthin gelten könnte; das zeigen auch die im ganzen erfolglosen Versuche seiner Kopierung in anderen Ländern (z. B. Japan, USA)⁷⁵⁾.

71) L. Liegle, a.a.O., S. 156 ff.

72) Ebd., S. 158.

73) M. Rosner, *Veränderungen der Freizeitkultur...*, a.a.O., S. 153.

74) M. Buber, *Paths in Utopia*, London 1949.

75) Vgl. Th. Bergmann, *The Replicability of the Kibbutz-Experience*, in: K. Bartölke/Th. Bergmann/L. Liegle (Hrsg.), *Integrated Cooperatives in the Industrial Society: The example of the Kibbutz*, Assen 1980, S. 228 f.

Dennoch darf nicht übersehen werden, daß für die Kibbutz-Ideologie ein starkes *missionarisches* Element konstitutiv ist, das sich aber durch und durch *zionistisch* versteht, d. h. auf die nationalen Belange des jüdischen Volkes im Staate Israel gerichtet ist. Der Kibbutz *will* „Lehren“ erteilen⁷⁶⁾; er soll deshalb in dieser Rolle in der israelischen Gesellschaft noch abschließend kurz gewürdigt werden.

1. „Ständige Herausforderung“ als Prinzip: der Kibbutz in der israelischen Gesellschaft.

In Wandel und Kontinuität des Kibbutz über die Jahrzehnte ist seine Auseinandersetzung mit den ständigen Herausforderungen seines gesellschaftlichen Umfeldes sichtbar geworden; die Kibbutzim haben sich in diesem Prozeß zu behaupten und konsolidieren vermocht dank der Bewahrung ihrer ideologischen und generativen Identität.

Im Unterschied zu anderen utopischen Gemeinschaften versteht sich der Kibbutz aber auch seinerseits als vitale Herausforderung an die israelische und jüdische Gesellschaft, und zwar in mehrfacher Beziehung⁷⁷⁾ als — „Leader“ — d. h. als Pionier den Weg zu weisen für soziale und nationale Ziele und deren Realisierung;

— „Modell“ — als Vorbild für alle Israelis in den verschiedensten Lebensbereichen, wenn auch nicht als ganzheitliche Lebensform;

— „Center of attraction“ — zur Anziehung derjenigen Menschen aus der israelischen

76) Vgl. M. Rosner, (1982), a.a.O., S. 9 ff.

77) U. Leviatan, *The Kibbutz Society in the Eyes of the Israel Public 1976—1981*, Haifa 1982, S. 3.

Gesellschaft, die bereit sind, sich mit dem „Kibbutz way of live“ zu identifizieren.

Der relative Verlust an *politischer Führerschaft* der Kibbutzim in Staat und Gesellschaft ist bereits deutlich geworden; ihre *Modell-Wirkung* ist nur schwer zu konkretisieren und angesichts des Prozesses rapide fortschreitender sozialer und ethnischer Differenzierung und Polarisierung der israelischen Gesellschaft eher ebenfalls rückläufig zu sehen. Damit verbleibt als greifbarste Herausforderung die „*Attraktivität*“ der Kibbutzim für die Israelis selbst, ablesbar an deren Bekundungen von Sympathie, Interesse oder Hochachtung für die Kibbutzim, bis hin zur „*Abstimmung mit den Füßen*“, also den Mitglieder-Bewegungen, vor allem denen in die Kibbutzim *hinein*; deren absolute Freizügigkeit macht sie zu einem echten Gradmesser dieser Attraktivität. In der Freiwilligkeit des Ein- und Austritts ist die Freiheit der individuellen Identifizierung mit dem Kibbutz und seinem Wertesystem gewissermaßen institutionalisiert: es bleiben und kommen nur diejenigen als Mitglieder, die mit ihm einverstanden sind, — ein ganz entscheidender Faktor für die Geschlossenheit und Stabilität des Kibbutz-Systems!

Die durchschnittliche Abwanderungsquote von 40—45% v. a. junger Kibbutzniks in den letzten Jahren ist natürlich auch ein Gradmesser für die hohe Spannung und die wachsende Kluft zwischen „innen“ und „außen“. Aber immerhin über die Hälfte der im Kibbutz Geborenen bleibt und identifiziert sich mit seiner Lebensform, d. h. sie findet sie *besser* als die konventionellen Lebens- und Organisationsformen „draußen“. Der durchschnittliche jährliche Zuzug von Mitgliedern von außerhalb — neuerdings verstärkt „Stadtflüchter“ und junge Familien — wird dagegen mit ca. 1 000 angegeben⁷⁹⁾. Diese sehr moderate Zahl kontrastiert aber auffallend mit der Zahl derjenigen Israelis, die sich bei regelmäßig wiederholten Befragungen als „prinzipiell interessiert“ am Kibbutzleben bekennen: sie rechnet sich hoch auf ein Potential von immerhin 60 000 Menschen, wobei als Hauptmotiv die „besondere Lebensqualität“ im Kibbutz wesentlich *vor* dessen besonderer ideologischer Ausrichtung rangiert.

Diese Diskrepanz der Zahlen ist für die Kibbutzim in doppelter Hinsicht erfreulich und alarmierend zugleich: sie zeigt einerseits das hohe Maß an Sympathie und Interesse, auf das sie in der israelischen Gesellschaft bauen können (selbst eine Mehrheit von 56% der

Likud-Wähler „unterstützte“ bei einer Befragung 1978 den Kibbutz-Gedanken, und unerwartet hoch ist auch das festgestellte starke Interesse am Kibbutzleben im sephardischen Teil der Bevölkerung). Diese positive Grundeinstellung in der israelischen Gesellschaft wird aber nur wenig in entsprechendes Handeln (z. B. Eintritte) umgesetzt. Dabei spielt sicher der ebenfalls zutagegetretene Mangel an direktem Kontakt eine Rolle: fast die Hälfte der Befragten gaben an, noch nie in einem Kibbutz gewesen zu sein. Die hohe Einschätzung ihrer Lebensqualität ist einerseits für die Kibbutzim zwar schmeichelhaft, zeigt aber zugleich die Notwendigkeit, ihre ideologische Basis auch *nach außen deutlicher* zu machen, um nicht etwa die „falschen“ Sympathisanten anzuziehen. Hier gibt es in den allerletzten Jahren Anzeichen, daß die Kibbutzniks offensiv in die sozialen Konfliktfelder der heutigen israelischen Gesellschaft einsteigen⁷⁹⁾: so leisteten sie etwa freiwillige Gemeinschaftsarbeit in Entwicklungsstädten und sozialen Problemgebieten, oder sie nahmen Gruppen sozial unterprivilegierter Stadtjugendlicher in Kibbutz-Schulen auf (1979: nahezu 5 000).

2. Die Kibbutz-Lektion zum Innovations-Potential der Industriegesellschaft in West und Ost

Nichts hat so sehr die „Bewährung“ des Experiments Kibbutz in den Augen außerisraelischer Kommentatoren zu beständigen vermocht wie sein ganz unbestreitbarer *wirtschaftlicher Erfolg*, — wengleich wahrlich die Ökonomie im Kibbutz immer nur Mittel zum Zweck war und ist. Aber natürlich verführt die Greifbarkeit und Vergleichbarkeit der Meßlatte des wirtschaftlichen Ergebnisses zur Bevorzugung dieses Erfolgskriteriums; und außerdem provozieren die gängigen, auf Erfahrung beruhenden Erwartungen und ideologischen Vorurteile⁸⁰⁾ es geradezu, diesen Teil der Kibbutz-Lehren besonders herauszustellen.

In der Tat hat sich ja die innovative Ökonomie des Kibbutz den Leistungen kapitalistischen Wirtschaftens nicht nur gewachsen, sondern in mancher Hinsicht sogar überlegen gezeigt, — von einem Vergleich mit Ergebnissen im Staatssozialismus ganz zu schweigen. Will man also im Kibbutz einen lebendigen

⁷⁹⁾ Ebd., S. 32.

⁸⁰⁾ Vgl. z. B. K. Kautsky, Vorläufer des modernen Sozialismus, (1913), Berlin 1947, S. 156f. (zit. nach G. Heinsohn, a.a.O., S. 12): ... „eine einzelne kommunistische, sich selbst genügende Gemeinde muß, auch wenn sie noch so vollkommen organisiert ist, ökonomisch stets viel tiefer stehen als eine kapitalistische Gesellschaft, die den Weltmarkt beherrscht.“

⁸¹⁾ U. Leviatan (1979), a.a.O., S. 27ff.

Beweis für oder gegen sozialökonomische Doktrinen im west-östlichen Denkschema sehen, so könnte er allerdings den Vertretern des wissenschaftlichen Sozialismus recht geben, die sich nach Aufhebung der privaten Verfügung über die Produktionsmittel und Abschaffung der Lohnarbeit eine „Entfesselung der Produktivkräfte“ und die Entstehung einer ökonomisch überlegenen Produktionsform erwarten. Aber gerade im Hinblick darauf, daß das Kibbutz-Experiment ja eine ebenso lange Geschichte hat wie das erste sozialistische Experiment auf nationalstaatlicher Grundlage — die Sowjetunion —, ist festzustellen, daß der Kibbutz die sozialistischen Prinzipien sehr viel *konsequenter* in die Praxis umgesetzt hat, als es in irgend einer der Gesellschaften des realen Sozialismus bis auf den heutigen Tag je geschehen ist: nicht nur Produktion und Produktionsmittel wurden vergesellschaftet, sondern auch völlige ökonomische und soziale Gleichheit und Gleichberechtigung eingeführt, womit in der Konsequenz v. a. für die Rolle der Frau auch die Sozialisierung der Dienstleistungen und von Teilen des Konsums verbunden ist: insofern praktiziert der Kibbutz wirklich Kommunismus „in Reinkultur“. Aber: Konstitutives Element und Lebenselixier des Kibbutz ist eben auch und zugleich das *Prinzip der Freiheit* und Freiwilligkeit und die Orientierung an einem *ganzheitlichen humanistischen Menschenbild!* Wenn der Kibbutz etwas „beweisen“ kann, dann dies: daß Sozialismus und Freiheit als Ordnungselemente in der Praxis *doch* vereinbar sind; und daß demokratische Entscheidungsprozesse die Verbindung der beiden Elemente zuwege zu bringen vermögen, — wenn und soweit die Freiheit der individuellen Identifizierung mit dem verbindlichen Wertsystem gewährleistet ist.

Die Kibbutz-Erfahrung zeigt aber auch, daß das west-östliche Denk- und Unterscheidungsschema: Kapitalismus — Kollektivismus keineswegs die wichtigste Dimension im Innovationsbedarf der heutigen Industriege-

sellschaft anzeigt; vielmehr ist es die Suche nach alternativen Lebens- und Wirtschaftsformen für den modernen Industrialismus schlechthin, der das Kibbutz-Modell so besonders aktuell macht. Allerdings sollte sogleich angemerkt werden, in welcher Hinsicht der Kibbutz *nicht* ‚alternativ‘ im Sinne gleichbenannter Konzepte, Kommunen und politischer Gruppierungen heute ist: Basieren diese im Ganzen auf einer Protest- oder sogar Verweigerungshaltung gegenüber der industriellen Leistungsgesellschaft, so ist der Kibbutz eher gekennzeichnet durch Produktivismus und Innovationsfreudigkeit, auch und gerade im technisch-wirtschaftlichen Bereich.

Gleichwohl ist die Relevanz der Kibbutz-Erfahrung gerade für die Suche nach ökologisch und sozial ‚verträglicheren‘ Formen des Arbeitens, Produzierens, Konsumierens, Industrialisierens, Siedelns offenkundig. Insofern stellt die hier skizzierte Entwicklung und Wandlung der Kibbutzim in den letzten Jahrzehnten *auch* ein Stück Anschauungsunterricht zum überfälligen Bedarf wie auch zum Potential an sozialen Innovationen im Industrialismus dar: von einer ‚Humanisierung der Arbeitswelt‘, die diesen Namen wirklich verdient, d. h. den ‚ganzen‘ Menschen zum Maß der Produktionsverhältnisse macht, bis hin zu einem ‚qualitativen Wachstum‘, das Ökonomie und Technik im Einklang mit der natürlichen und sozialen Umwelt entwickelt — bedürfnisgerecht und aus hautnaher Verantwortung für die nachwachsende Generation zukunftsorientiert. In diesem Sinne ist der Kibbutz wohl doch sogar „spezifisch jüdisch“: eine Verkörperung der Mischung aus visionärer Begabung, intellektueller Brillanz und praktischem Lebensgefühl, die dieses Volk 2000 Jahre Diaspora hat überdauern lassen. Auch wenn der Kibbutz etwas höchst „Säkulares“ ist — vielleicht ist er doch so etwas wie eine „Botschaft zum Anfassen“ —, daß nämlich ein humaner und ökologischer Fortschritt in der industriellen Gesellschaft heute „machbar“ ist, jedenfalls im Kleinen.

Jochanan Hans Roman: Neue Entwicklungen in Israels Parteienlandschaft

Aus Politik und Zeitgeschichte, B 46-47/84, S. 3-13

Mit einem entscheidendem Wahlsieg beendete 1977 der „Likud-Block“ unter Führung von Menachem Begin die 29 Jahre alte Herrschaft der im „Maarach“ vereinten Arbeiterparteien. In den Wahlen 1981 konnte der Maarach mit dem Likud wieder gleichziehen, aber dessen Bundesgenossenschaft mit den religiösen Parteien (mehr als 10% in der 120 Mandate zählenden Knesset) ermöglichte es dem Likud, wiederum eine Regierungskoalition zu bilden.

Die folgenden drei Jahre sahen schwere Erschütterungen des Vertrauens in die Außen- und Innenpolitik der Regierung. Der Libanonkrieg, der nur der Absicherung des nördlichen Galiläas gegen Raketenbeschuß der im Südlibanon verschanzten Terroristen dienen sollte, wurde gegen den Willen des größeren Teils des Jischuw weit über dieses Kriegsziel hinaus ausgeweitet, und die bereits 1980 inaugurierte populistische Wirtschaftspolitik, die dem Likud die Wahlen von 1981 retten konnte, hatte inzwischen zu einer Inflation von schwindelnder Höhe und zu einem beängstigenden Schwund der Devisenreserven geführt. Ein im März 1984 eingebrachtes Mißtrauensvotum führte daher zum Sturz der Regierung und zu Neuwahlen.

Zu den für Juli 1984 angesetzten Wahlen reichten nicht weniger als 26 Parteien ihre Listen ein; 15 davon gelangten in die Knesset. Für die Mehrzahl der Parteien lag der Schwerpunkt in der Konfrontierung mit der arabischen Welt — und hier reichen die Programme von absoluter Unnachgiebigkeit gegenüber territorialen Forderungen bis zu ebenso exzessiver, an Selbstaufgabe grenzender Konzessionsbereitschaft. Zu einem Verständnis der Parteienlandschaft gehört jedoch auch die Einsicht in die divergierenden Standorte der Parteien in sozio-ökonomischen Fragen, in die Auseinandersetzungen zwischen den religiösen und den säkularen Teilen des Jischuw und nicht zuletzt den zunehmenden Einfluß der „Sepharden“ und „Orientalen“ auf alle politischen Entscheidungen.

Die Wahlen vom Juli 1984 ergaben ein absolutes „Unentschieden“ zwischen Maarach und Likud. Es kam daher zu einer „Regierung der nationalen Einheit“, der als vordringlichste Aufgabe die Überwindung der Wirtschaftskrise gesetzt ist.

Amnon Neustadt: Israelische Nahost-Politik nach den Wahlen 1984. Perspektiven einer politischen Wende

Aus Politik und Zeitgeschichte, B 46-47/84, S. 14-18

Im Sommer 1984 war der israelische Staatsbürger erneut aufgerufen worden, seinen Stimmzettel abzugeben. Zwei Hauptprobleme standen im Zentrum der Wahlentscheidung: erstens die besorgniserregende wirtschaftliche Lage des Landes und zweitens die sicherheitspolitische Situation an der nördlichen Grenze des Staates. Der hohe finanzielle Aufwand, den der Verbleib der israelischen Streitkräfte im Libanon erfordert, verdeutlicht den engen Zusammenhang zwischen den genannten Sachthemen.

Eine zusätzliche Problematik, die eines der Zentralthemen während des letzten Wahlkampfes bildete, war die Auseinandersetzung um die Zukunft der Westbank und mit ihr verknüpft die Frage der möglichen Annäherung an Jordanien. Im Vergleich zu der grundsätzlichen Übereinstimmung bei der Behandlung der sicherheitspolitischen Problematik an Israels Nordgrenze offenbarten die dominierenden politischen Kräfte im Lande (Maarach- und Heruth-Block) einen tiefen und gravierenden Dissens bei der geplanten Annäherung an Israels östlichen Nachbarstaat. Das Wahlergebnis und die daraus entstandene neue politische Konstellation in Israel erschwert jede klare Aussage über die weitere offizielle israelische Nahostlinie. Die Übereinstimmung über die Notwendigkeit einer Zurückziehung der israelischen Streitkräfte aus dem Libanon läßt Hoffnungen zu, was eine Lösung in diesem Gebiet betrifft. Demgegenüber wird die kontroverse Haltung in der Behandlung der Westbank-Angelegenheit wahrscheinlich auch weiterhin die beiden großen politischen Lager des Landes trennen und damit unter Umständen sogar zum Scheitern der eingegangenen „Zweckehe“ führen. Ob und welche politische Kraft letztlich die größere Durchsetzungsfähigkeit in dieser brisanten Frage haben wird, bleibt vorläufig ungelöst. Andererseits wäre auch die völlige Einfrierung der Problematik aufgrund der unsicheren politischen Konstellation nicht unrealistisch.

Michael Wolffsohn: Deutsch-israelische Beziehungen im Spiegel der öffentlichen Meinung

Aus Politik und Zeitgeschichte, B 46-47/84, S. 19-30

Der vorliegende Aufsatz versucht, die Beziehungen zwischen der Bundesrepublik Deutschland und Israel anhand von Meinungsumfragen nachzuzeichnen; allerdings sind die Erhebungen nicht „spiegelbildlich“, d. h. sie wurden unabhängig voneinander durchgeführt. In der Bundesrepublik gab es zwischen 1965 und 1983 nur zwei Zeitpunkte, zu denen die Sympathie der Westdeutschen mehr „den“ Arabern als „den“ Israelis gehörte: Im Mai 1981 (nach Begins Angriffen auf Bundeskanzler Schmidt und „das“ deutsche Volk) sowie nach dem Massaker von Beirut im Oktober 1982. Zwar genießt Israel inzwischen wieder einen Sympathievorsprung, doch ist er im Vergleich zu früher wesentlich geschrumpft. Die meisten Bundesbürger gehen zu beiden Seiten, Israel und „den“ Arabern, auf Distanz.

Bei den israelischen Erhebungen wird zwischen Grundsatzfragen, Alltagsfragen mit grundsätzlichem Charakter sowie Fragen zum politischen Alltag unterschieden. Im Grundsätzlichen sind Vorbehalte Deutschland gegenüber erkennbar, doch räumt die Mehrheit der Israelis ein, daß die Bundesrepublik ein „anderes“, „besseres“ und „neues“ Deutschland sei. Bei den Alltagsfragen mit grundsätzlichem Charakter zeigt es sich, daß die Sorgen der Gegenwart die Last der beiderseitigen Geschichte in den Hintergrund drängt. Im Alltagsbereich registriert man mehr oder weniger dramatischen Alltagsärger, auch Zufriedenheit. Die Aufschlüsselung der Daten zeigt vor allem eine größere Aufgeschlossenheit der jüngeren Israelis gegenüber der Bundesrepublik; die Älteren sind distanzierter. Israelis euro-amerikanischer Herkunft sowie die besser Ausgebildeten gehen in Grundsatzfragen eher auf Abstand als Juden orientaler Herkunft; letztere nehmen in Alltagsfragen gegenüber der Bundesrepublik härtere Positionen ein.

Christiane Busch-Lütjens: Der israelische Kibbutz heute. Vom Siedlungspionier zum Schrittmacher sozialer Innovationen

Aus Politik und Zeitgeschichte, B 46-47/84, S. 31-46

Der israelische Kibbutz als ‚mikrosozialistisches‘ Experiment hat eine ebenso lange Geschichte wie das erste sozialistische Experiment auf nationalstaatlicher Grundlage, die Sowjetunion; in aller Welt gilt es als Markenzeichen für Pioniergeist und Lebensqualität des jungen israelischen Gemeinwesens in dessen Aufbauphase. Mit heute 3,7% der Gesamtbevölkerung des Landes ist der Kibbutz in Israel immer ein Minderheitenphänomen geblieben, auch wenn die heute 275 Kibbutz-Siedlungen sich als dauerhafte alternative Lebens- und Wirtschaftsform in der kapitalistischen Industriegesellschaft nicht nur behauptet haben, sondern sich als Schrittmacher sozialer Innovationen in einer neuen Pionierrolle bewähren. Herausgefordert durch den stürmischen Wandel ihrer politischen, sozialen und ökonomischen Rahmenbedingungen seit der Staatsgründung haben sie in den vergangenen Jahrzehnten einen Prozeß ‚sanfter‘ Industrialisierung und Modernisierung absolviert, ohne dabei ihre ideologische Identität auf der Basis von Kollektiveigentum, gemeinschaftlicher Produktion und Konsum, konsequenter sozialer Gleichheit und Gleichberechtigung aller Mitglieder und ihrer Selbstverwaltung in einer basisdemokratischen Ordnung preiszugeben.

Vor dem Hintergrund der Suche nach alternativen Lebens- und Wirtschaftsformen in der heutigen Industriegesellschaft liegt es nahe, daß die besonders innovativen Lösungsmuster im Sozialsystem des Kibbutz neuerdings wieder verstärktes Interesse auf sich ziehen. Dank der zentralen Rolle der ‚Arbeit‘ in Ideologie und Praxis des Kibbutz sind die Produktionsverhältnisse in den Kibbutzim konsequent nach den sich in der Generationenfolge wandelnden Arbeits-Bedürfnissen der Kibbutzniks weiterentwickelt worden.

In seiner ganzheitlichen, integrierten Struktur und Lebensorientierung auf der Basis freiwilliger Identifizierung mit einem verbindlichen Normensystem kommt der Kibbutz als ‚ökologisches Gemeinwesen‘ den Vorstellungen sehr nahe, die der heutige ‚Ökosozialismus‘ in seinen wesentlichen theoretischen Ansätzen vorträgt. Dies gilt insbesondere für den Prozeß der ‚sanften‘ Industrialisierung der Kibbutzim, der gerade wegen seiner auch ökonomischen Erfolge bemerkenswert ist und im Leistungsvergleich mit dem kapitalistischen Umfeld der Kollektivwirtschaft der Kibbutzim deren Konkurrenzfähigkeit oder vielfach sogar Überlegenheit unter Beweis gestellt hat.